

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 21.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 30. Mai 1917.

Inhalt: Inland: Zur Rede des Herrn Reichskanzlers, S. 903—904. — Der Rücktritt des Posener und des Bromberger Regierungspräsidenten, S. 904. — Gegen die Kriegsziele der Alldeutschen, S. 906. — Die polnische Politik an der Schwelle großer Entscheidungen, S. 907. — Die Forderungen des Provisorischen Staatsrats, S. 908. — Der Antrag Czarlinski, S. 908. — Die Verhältnisse in Polen und Litauen in der Budgetkommission, S. 909. — Zur Aufhebung des Enteignungsgesetzes, S. 909—911. — Das polnische Vereinshaus in Pleschen, S. 911. — Änderung des Vereinsgesetzes, S. 912. — Die Bod'sche Broschüre, S. 913. — Die Verhandlungen des Posener Lehrervereins über die Sprachenfrage in der Volksschule, S. 914—919. — Die polnische Schule, S. 920. — Preßfreiheiten zwischen der Nationaldemokratie und ihren Gegnern, S. 920—924. — Die Ursulinerinnen, S. 925. — Die Zukunft des Volkes, S. 925. — Wissenschaftliche Kurse im Westen, S. 926. — Die Kapitalsbereitschaft, S. 927. — Spenden-sammlung der Mäßigkeitsvereine, S. 927. — Befestetes Gebiet: Staatsrat — Regentenschaft — Nationalrat — Konsolidierung, S. 929—932. — Polen und „Nationalpolen“ in den Legionen, S. 933. — Gegner des Aktivismus, S. 934. — Forderungen der Bauernschaft, S. 935. — Hochschulfstreik, S. 935. — Litauen und Polen, S. 936. — Ausland: Der Wiener Polentklub: Forderungen an ihn — Beratungen — Krisis — Beschlüsse — Bilinski's Rücktritt — Verhältnis zur Regierung, S. 936—942. — Gegenüber dem neuen Rußland, S. 942. — Die polnischen Standarten, S. 943. — Das Rapperswylers Nationalmuseum, S. 944.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 185 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 17. Mai 1917.

Zur Rede des Herrn Reichskanzlers

meint das Blatt:

„Was die Kriegsziele anbetrifft, so ist es klar und begreiflich, daß der Kanzler angesichts des Verhaltens der Entente mit konkreten Vorschlägen nicht hervortreten kann. Wie er mit Recht ausgeführt hat, würden die Gegner das, was er irgend in dieser Hinsicht sagen würde, zur Aufschüchtlung der bereits erlöschenden Kriegsbegeisterung verwenden. Die Ausführungen des Kanzlers sind in dieser Hinsicht so logisch, daß man eine andere Antwort von ihm nicht hat erwarten können. Auch hier muß man seine Klugheit und seine Mäßigkeit bewundern. Den entfesselten Weltsturm vor sich, muß er sich unter diesen schwierigen Verhältnissen gegen die Vorstöße innerer Gegensätze wehren, und er weiß sich allseitig mit der Überlegung eines gereiften Staatsmannes Rat im Gefühl der auf ihm lastenden Verantwortung. Unter diesen Verhältnissen ist Bethmann Hollweg wahrhaftig ein Mann der Vorsehung. Wieviel Kabinette der feindlichen Mächte haben in der Zeit des gegenwärtigen Krieges bereits ihre persönliche Zusammensetzung geändert, wieviel neue Leiter des Staatsschiffes sind auf der gegnerischen Seite auf der Bildfläche aufgetreten, um die Fehler der Vorgänger wieder gut zu machen und weiter zu experimentieren! Einzig Bethmann Hollweg hat sich seit drei Jahren in seiner Stellung behauptet, wobei er das Vertrauen der Mehrheit der Nation und der Krone auf seiner Seite hat. Gerade er ist darum, weil er den Einflüssen extremer Parteien nachgibt, sondern sicher den Mittelweg nach dem vorgezeichneten Ziele wandelt, in dem heutigen Chaos der einzige Mann, der die Einmütigkeit des Denkens und Strebens aufrecht zu erhalten vermag. Würde er dem Einfluß der kriegerisch

gestimmten Alldeutschen folgen, und wollte er um jeden Preis einen Krieg ohne Ende führen, dann könnten sich die Leidenschaften entfesseln, von denen der Sozialdemokrat Scheidemann gesprochen hat. Würde er aber den Weg dieses Politikers gehen, dann würde dies die Kriegsfurie bei der andern kriegführenden Seite im Auslande stärken. Er geht somit seinen eignen Weg, und die Mehrheit des Reichstages ist mit seinem Vorgehen einverstanden. Das Ausland muß auch mit seiner Stellungnahme rechnen.

Die Koalition bekundet noch nicht die Absicht, Frieden zu schließen, der Kanzler bezeichnet also ihr gegenüber seine Kriegsziele nicht mehr. Eine gewisse Abweichung hiervon sehen wir in seiner an die Adresse Rußlands gerichteten Äußerung, die größere Geneigtheit zum Frieden zeigt.

Nachdem Herr v. Bethmann Hollweg in kurzen Umrissen das Verhältnis Deutschlands zu den neutralen Staaten besprochen hatte, bemerkte er zum Schluß, daß bezüglich der Kriegsziele zwischen ihm und der Oberleitung der Armee völlige Einmütigkeit in den Ansichten bestehe. Und hierauf stützte er sein Vertrauen auf eine baldige und glückliche Beendigung des Krieges.

Die Prawda-Posen meint in der gleichen Angelegenheit in der Nummer 35 vom 19. Mai u. a.:

„Bei Betrachtung der Ausführungen des Herrn v. Bethmann Hollweg muß bemerkt werden, daß zunächst keine Aussicht auf Beendigung der Kämpfe vorhanden ist. Die Feinde der Mittelmächte, die bisher den Gegner mit dem Schwerte nicht zu besiegen vermögen, setzen ihre ganze Hoffnung auf die unausgesezt mißlingenden Angriffskämpfe im Westen, besonders aber auf den Auszehrungsplan und neuerdings auf den Beistand Amerikas. Indessen fließt das Blut in Strömen weiter, und die Unterseeboote untergraben die Existenz der Herrscherin der Meere, Englands. Die Feinde wollen von Frieden nichts hören, und in ihrer Verblendung predigen sie, ebenso wie die deutschen Konservativen, die Notwendigkeit, den Gegner zu zer-

trümmern, sowie Annexionspläne. Man muß sich somit mit dem Gedanken ausöhnen, daß dieser schreckliche Krieg nicht sobald enden wird.

Wenn wir uns jetzt nach der Rede des Kanzlers in der Lage unseres polnischen Volkes umsehen, dann bestätigt sich das, wozu seit Beginn des Krieges aufgeklärte und scharf in die Zukunft blickende Leute aufgefordert haben, daß wir Polen nämlich nicht untätig zusehen dürfen, was um uns herum geschieht, und daß wir keinen abwartenden Standpunkt einnehmen dürfen. Man weiß nicht, wann der Krieg zu Ende sein wird. Wer gewinnen will, der muß arbeiten, denn nur die Arbeit bringt Früchte.

Es scheint, als wenn unsere Vertreter in den Parlamenten, die polnischen Abgeordneten, sich endlich von der Notwendigkeit des Handelns überzeugt haben. Sie haben in letzter Zeit das Wort ergriffen, und zwar, wie anerkennend hervorgehoben werden muß, in entsprechender Form, würdig und ruhig, wie dies das Interesse der polnischen Volksgemeinschaft und die verantwortliche Stellung der Abgeordneten heischen. So hat denn auch jeder von uns mit Befriedigung diese Reden zur Kenntnis genommen und sich zweifellos darüber gefreut, daß die polnische Fraktion den Standpunkt der Untätigkeit aufgegeben hat und nicht den Weisungen der Leute gefolgt ist, welche empfahlen, still zu sitzen und Neutralität sowie Untätigkeit zu beobachten. Mit Befriedigung stellen wir fest, daß der Sinn für politisches Handeln in unseren Reihen gesiegt hat, was zweifellos und unbestreitbar ein Verdienst der Personen ist, die seit Beginn des Krieges zur Arbeit auffordern. Über diese Leute fiel und fällt man unausgesetzt in manchen unserer Blätter her. Heute haben sie die Genußnahme, daß ihre Stimme Gehör gefunden hat und nicht ohne günstige Ergebnisse für die Volksgemeinschaft geblieben ist.

Die polnische Fraktion sollte jedoch nicht auf halbem Wege stehen bleiben und sich nicht mit der bisherigen Tätigkeit zufriedengeben. Wenngleich die Sitzungen in den gesetzgebenden Körperschaften bald für längere Zeit werden vertagt werden, so bleibt noch viel zu erledigen. Und nicht nur die parlamentarische Rednertribüne ist ein Feld des Wirkens für unsere Abgeordneten. Hoffen wir, daß unsere Abgeordneten das Eisen schmieden werden, solange es heiß ist, und daß sie in der Arbeit zum Wohle der Sache, deren Anwälte sie sind, nicht aufhören werden.

Die Feinde des polnischen Volkes schlafen nicht — sie sind sehr tätig, und sie streben unausgesetzt danach, uns Polen alle Vorteile zu entreißen, die uns nach diesem Kriege zustehen. Unsere Abgeordnetenfraktionen sollten sich zu einer Tat aufraffen, die dieser Maulwurfsarbeit ein für alle Mal ein Ziel setzen würde. Die Möglichkeit hierfür ist zur Genüge vorhanden, denn „wer den Hund schlagen will, der wird auch einen Stock finden“.

Es ist nur ein wenig guter Wille nötig; man braucht sich nur vor den auftauchenden Schwierigkeiten nicht zu fürchten und muß nur ein wenig Mut haben. Wir zweifeln aber nicht daran, daß unsere Abgeordneten diese Eigenschaften besitzen.

Die Zeit wartet nicht. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die polnischen Abgeordneten diese Zeit ausnützen und zu einer erlösenden Tat schreiten werden, die das polnische Volk von ihnen erwartet. (R.)

Aus Nr. 111 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza) vom 17. Mai 1917.

Zur letzten Rede des Herrn Reichskanzlers bemerkt der „Dziennik Kujawski“ folgendes:

Die Einzelheiten der Rede des Reichskanzlers beziehen sich weniger auf die grundsätzliche Seite der

Kriegsziele, als auf gewisse Bahnen, welche die Politik des Reichskanzlers gegenwärtig beschritten hat. Die Begründung der Enthaltensamkeitspolitik ist unzweifelhaft höchst interessant, und man kann ohne Übertreibung feststellen, daß die gestrige Rede des Reichskanzlers politisch am meisten anspricht.

Nachdem er sich von dem sozialistischen Abg. Scheidemann abgewendet hatte, stellte er die Grenze zwischen ihm und den Alldeutschen noch bestimmter fest. Zum Schluß wies er auf sein Einvernehmen mit dem militärischen Oberbefehlshaber hin, entriß den alldeutschen Schreibern kräftig den Boden und gewann bei der Mehrheit des Reichstages für seine politische Taktik ein noch verstärktes Vertrauen.

Wie wir schon gestern bemerkten, hat er seinen Mittelweg zwar nicht bestimmt bezeichnet, aber am ausdrücklichsten war er dort, wo er vom Verhältnis zu Rußland und von der Möglichkeit eines Friedens mit Rußland sprach.

Im gegenwärtigen Augenblicke haben diese Worte eine ganz besondere Bedeutung und werden unzweifelhaft nicht bloß Widerhall in Petersburg hervorrufen, sondern auch sorgfältige Beachtung in London und Paris finden. Welche Folgen diese Worte haben werden, ob bei den Anstrengungen in Petersburg von Bethmann oder George die Oberhand gewinnen wird, daß ist eine Frage, die jetzt ihrer Antwort harret.

Der Reichskanzler sprach gestern nach einer Verständigung mit Wien. Jetzt ist man darauf gespannt, wie sein Wiener Kollege, der Graf Czernin, seine Ausführungen vervollständigen wird. Vielleicht wird sich erst auf der Grundlage seiner Ausführungen — und das erwarten wir — ein deutlicheres Bild des Gesamtbildes der Friedensziele entwerfen lassen, als das nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers möglich war, der trotz der Merkwürdigkeit der Einzelheiten und der Kraft der Überzeugung auch fernerhin ein Rätsel ohne Antwort verblieb.

Aus Nr. 116. des Głos Narodu (Krakau) vom 17. Mai 1917.

Zur letzten Rede des Reichskanzlers schreibt der Krakauer Głos Narodu: Herr v. Bethmann habe zwischen den westlichen Feinden und dem Gegner im Osten einen deutlichen Unterschied gemacht und, während er sich an die ersten kaum gewandt habe, habe er an den letzten ausgesprochen versöhnliche Worte gerichtet. Ob und welches Echo sie finden würden, werde die Zukunft zeigen. Aber die Tatsache allein schon, daß solche Worte überhaupt gefallen seien, weise darauf hin, daß Herr v. Bethmann einen Sonderfrieden in Betracht ziehe und sich ihm zuwende. Jetzt sei abzuwarten, welchen Widerhall die Rede des Reichskanzlers bei der Entente, insbesondere aber in Rußland finden werde. Wenn jemals nämlich, so könne gegenwärtig nach der Kundgebung des Reichskanzlers von einem fast offenkundigen amtlichen Vorschlag eines Sonderfriedens mit Rußland die Rede sein. Wenn die englischen und französischen Diplomaten bisher viel Mühe gehabt hätten, diese Bestrebungen in Rußland zu beschwichtigen, so würden sich ihre Anstrengungen nach der Rede des Reichskanzlers desto mehr konzentrieren und anspannen müssen.

Aus Nr. 113 des Głos Narodu (Krakau) vom 13. Mai 1917.

Der Rücktritt der Posener und Bromberger Regierungspräsidenten.

Die Mitteilung der Berliner Blätter von dem plötzlichen Rücktritt der Regierungspräsidenten in Posen und Bromberg ist bis dahin nicht in Abrede gestellt

worden. Ebenjowenig ist die ergänzende Behauptung unwiderprochen geblieben, daß ihre Anträge auf Entlassung nicht freiwillig gestellt, sondern durch einen Druck von Berlin aus veranlaßt worden sind. Wenn diese Rücktritte nicht mit dem angeblich in größerem Umfange bevorstehenden allgemeinen Wechsel von Verwaltungsbeamten in verschiedenen Provinzen des preussischen Staates wegen ihrer ungenügenden Tätigkeiten in der Nahrungsmittelfrage in Verbindung stehen — denn es sollten laut Zeitungs-Mitteilungen etwa 30 Landräte und Regierungspräsidenten zurücktreten —, sondern wenn die Rücktritte des Regierungspräsidenten Krahmer in Posen und des Regierungspräsidenten Günther in Bromberg aus politischen Gründen, insbesondere wegen der angekündigten „Neueinstellung“ in der Polenfrage erfolgt sein sollten, dann würde die polnische Bevölkerung des preussischen Teilgebietes allen Grund haben, mit diesem ersten notwendigen Schritte auf diesem Wege zufrieden zu sein, namentlich wenn dieser Schritt sich nicht auf die Provinz Posen beschränken, sondern auch auf die Regierungen in Danzig, Marienwerder und Oppeln erstrecken würde.

Wenn die Regierung auch nur teilweise die Irrwege der antipolnischen Politik verlassen wollte, auf welche sie seit länger als zwanzig Jahren durch den Druck der hakatistischen Kamarilla gedrängt wurde, die mit der Zeit zu einer unbequemen Nebenregierung herangewachsen ist und die wirkliche Regierung als ein willkürliches Werkzeug ihrer Ziele betrachtete, dann ist es selbstverständlich, daß sie in erster Reihe alle diejenigen einflussreichen Beamten der polnischen Gebiete beseitigen müßte, die Handlanger der Nebenregierung waren und mehr auf die Stimmen Tiedemanns als auf die Bethmann Hollwegs hörten, weil sie ihr auf dem einzuschlagenden neuem Wege im Verhältnis zu der polnischen Bevölkerung ein unüberwindliches Hindernis wären. In dieser Beziehung steht der Regierung, wenn sie ihren Absichten und Plänen Gehör verschaffen will, noch eine große Arbeit bevor, weil sich schon heute namentlich in den Kreisen der höhern Beamten eine kräftige Fronde gegen ihre politische Neueinstellung organisiert. Bei der seitens der konservativ-national-liberalen Kreise gegen den Reichskanzler von Bethmann Hollweg veranstalteten wüsten Treibjagd stehen ihre Organe, wie die „Tägliche Rundschau“ und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ u. dergl. an der Spitze, Blätter, die in den Beamtenkreisen der polnischen Gebiete am meisten verbreitet sind. Diese Kreise haben sich nämlich zur Zeit der Herrschaft des rücksichtslosen Chauvinismus während der Regierung Miquels und Bülows an den ägyptischen Fleischöpfen gemästet, die ihnen die Politik jeglichen chauvinistischen Geschäfts im antipolnischen oder alldeutschen Geiste vorsetzte. Daher zittern sie ob ihrer langjährigen Vorurteile und befürchten, daß sie im Falle der Verwirklichung der Neuordnung als Vertreter dieser Kreise in zahlreichen Stellungen überflüssig werden würden, erheben in ihrer Presse und in ihren Organisationen gegen den Reichskanzler pseudopatriotisches Geschrei und arbeiten in heimlichen Zusammenkünften nach Art der seiner Zeit entlarvten Versammlung im Hotel Adlon in Berlin geradezu an der Beseitigung des Reichskanzlers. Die Leiter des „Ostmarkenvereins“ gehören ebenfalls zu der Verschwörung gegen den Reichskanzler. Der bekannte Führer des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden“, Professor Jan der Berliner Universität Dietrich Schäfer, einer der erbittertesten Gegner des Reichskanzlers, ist einer der ersten Verfechter des „Ostmarkenvereins“, dem sowohl er, als auch die Professoren Bernhard und Höplich ihre ganze Karriere verdanken.

Diese alle haben sich heute gegen den Reichskanzler von Bethmann Hollweg verschworen und gegen ihn schon einen allgemeinen Sturm vorbereitet, wobei sie

zur Verhüllung der heimlichen Intriguen und zur Irreführung der öffentlichen Meinung die Friedensfrage im Geiste des Rezeptes des Abg. Scheidemann vorschoben, von dem sie sehr gut wissen, daß er kein Vertrauensmann ist. Auf dieser Grundlage bemühen sie sich, dem Reichskanzler ein Bein zu stellen und ihn womöglich zu stürzen, um dadurch die von ihm angekündigte Neuordnung zu verhindern, die in ihren Folgen eine große Umwälzung zu Ungunsten der bis dahin regierenden Kreise hervorrufen müßte. Daher dieser Haß und diese Erbitterung gegen den Reichskanzler, wie sie seit der Zeit Caprivis nicht dagewesen sind. Auch damals haben dieselben Kreise sich bedroht gefühlt, die Stellung des an der Spitze der Regierung Preußens und Deutschlands stehenden braven Generals untergraben und schließlich öffentlich bekämpft, bis sie ihn stürzten. Mit einer noch größeren Kraft laufen sie jetzt gegen die Stellung des gegenwärtigen Kanzlers Sturm in der Hoffnung, daß es ihnen gelingen wird, ihn von dem Wege zu entfernen, den er ihnen für ihre Sonderinteressen etwas versperrt hat. Wenn von Bethmann Hollweg auch fernerhin an dem Vertrauen des Kaisers und des Bundesrates eine Stütze haben wird, wenn diese Faktoren seine im Reichstage und im preussischen Landtage schon mehrfach zum Ausdruck gebrachten Pläne und Absichten unterstützen werden, dann wird es ihm gelingen, die vereinigten Angriffe seiner eroberungsfüchtigen alldeutsch-hakatistischen Gegner abzuwehren. Sollte er ihnen aber größere Zugeständnisse machen, dann würde seine Herrschaft nicht mehr von langer Dauer sein, weil er ihre Unerfüllbarkeit doch nicht befriedigen könnte und mit einem Schlage die große Mehrheit des Reichstages und des Landes gegen sich haben würde.

Wir werden es ja sehr bald gewahr werden, ob er genug Kraft und Mut haben wird, mit der Faust in das große Wespenneß zu schlagen, woher die Vergiftung des ganzen politischen Lebens Deutschlands und Preußens kommt, und zwar insbesondere Preußens, weil hier mit aller Gewalt Reformen verlangt werden. Die vom Kaiser in seiner Osterbotschaft angekündigte Änderung des Wahlgesetzes, das schon selbst Bismarck als das „elendeste aller Gesetze“ bezeichnete, muß natürlich die Zusammensetzung der Parteien des preussischen Landtages verändern und seine heutige reaktionäre Mehrheit stürzen. Wenn das geschieht, dann wird man nach unausbleiblichen großen Kämpfen mit jener Mehrheit hoffen dürfen, daß in dem im Geiste der Botschaft reformierten Landtage für Ausnahmegesetze kein Platz sein wird, daß alle diese seit der Regierung Bismarcks besonders gegen die Polen geschmiedeten Gesetze fallen werden und daß der Haushaltsplan des preussischen Staates von den zahlreichen Positionen, die den Charakter von Reptilienfonds haben, endlich gereinigt werden wird. Das ist allerdings noch eine Zukunftsmusik, und die Hauptbedingung ist eine solche Reform des preussischen Landtages, daß er hinsichtlich der Parteiverhältnisse dem Deutschen Reichstage ähnlich werden würde.

Es gibt aber noch viele Gebiete, in denen man Verbesserungen und Veränderungen ohne den preussischen Landtag durchführen könnte. Hat der Reichskanzler von Bethmann Hollweg daran vielleicht gedacht in seiner letzten großen Rede vor Ostern, in der er gewisse Änderungen den Polen gegenüber noch während der Kriegsdauer ankündigte? Sollte etwa der Rücktritt der beiden Regierungspräsidenten in Posen und Bromberg eine Ankündigung dieser Änderungen bedeuten? Sollen etwa Vorschriften erlassen werden, welche die bisherige Verwaltungspraxis hinsichtlich der Behandlung der polnischen Bevölkerung ändern sollen, zu deren Durchführung besondere Beschlüsse des Landtages nicht erforderlich sind? Auf diesem durch vertrauliche Vorschriften und durch die Praxis der unter dem mora-

liichen Befehl des „Ostmarkenvereins“ stehenden Provinzialbehörden von Unkraut äußerst durchwucherten Gebiete ist sehr viel zu tun, damit das polnische Volk etwas freier aufatmen und leben könnte. Noch weit mehr ist für die polnische Bevölkerung des preußischen Teilgebietes auf dem wichtigen Schulgebiete zu verbessern. Die Schule ist der wundeste Punkt dieser Bevölkerung, denn was ist das für eine Schule, aus der die Muttersprache der Kinder, der einzige Schlüssel zum Gemüte und zum Herzen des Kindes, verdrängt ist, in der dem polnischen Kinde verschiedene Kenntnisse durch Gebärden beigebracht werden!

Wenn im preußischen Teilgebiete eine Neueinstellung wirklich eintreten soll — und der höchste Beamte des Staates hat sie doch wiederholt angekündigt! — dann muß sie vor allen Dingen gründlich auf dem Gebiete der Schule in die Erscheinung treten. Der Bevölkerung genügt nicht die Wiedereinführung der polnischen Sprache im Religionsunterrichte auf der Unter-, Mittel- und Oberstufe der Volksschule, sondern die Reform muß ihr wenigstens die völlige Gleichberechtigung der polnischen Sprache mit der deutschen und die Erteilung des Unterrichts nach den in der ganzen Welt anerkannten pädagogischen Grundsätzen des Comenius und Pestalozzi bringen, d. h. mit Hilfe des Schlüssels der Muttersprache.

Zur Rückkehr normaler Verhältnisse in diesem Gebiete, wie sie vor dem Jahre 1874 herrschten, ist keine besondere Genehmigung des preußischen Landtages erforderlich, auch man braucht damit nicht bis nach dem Kriege zu warten, weil alle Verordnungen gegen die polnische Sprache in der Schule seitens des Ministeriums und der Provinzialregierungen erlassen worden sind. Daher könnte man diese auf dem selben Wege beseitigen, natürlich nach vorheriger Beseitigung der Regierungsbeamten, welche Hindernisse bereiten oder die ministerielle Verordnungen verzerren würden. Die Beseitigung der Regierungspräsidenten Krahmer in Posen und Günther in Bromberg, die der habsburgischen Nebenregierung mit Leib und Seele zugetan sind, könnten in dieser Beziehung als ein gutes Angeld betrachtet werden.

Jr. Sal. Krysiak.

Aus Nr. 184 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 16. Mai 1917.

„Wir müssen es haben“.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Grundsätze der christlichen Ethik nur zum Teil in das Privatleben der Menschen gedrungen sind. Vor allem liegt noch in weiter Ferne die Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden und jene von Cieszkowski und Krasinski so sehnsüchtig erwartete Ära, wo wir, durch Gott Vater ins Dasein gerufen und durch Christi Gnade berufen, endlich die uns vom hl. Geiste bestimmte Aufgabe erfüllen, nämlich alle unsere Taten, Bemühungen und Absichten unter das Joch der Liebe bringen werden.

Unsere Alltagswerke und unsere persönlichen Geschäfte lassen nämlich noch in tausenden von Fällen den Mangel an christlicher Moral vermessen, und dieses Stempels entbehrt schon gänzlich die Politik der Völker. Wie würde sich aber unser Privatleben gestalten, wenn in ihm nur die Grundsätze der Rücksichtslosigkeit und des Egoismus zur Anwendung kämen? Und wie würde die ganze Welt aussehen, wenn sie nach dem Grundsatz regiert werden sollte, daß nur ein Volk oder ein Staat berechtigt seien, glücklich zu sein, und daß nur der Wille eines einzelnen Volkes, das ausschließlich auf die eigene Machtentfaltung bedacht wäre, für die ganze Welt maßgebend sein solle? Wie könnte dann die Rede

sein von der Entwicklung, von dem Fortschritt und überhaupt von dem Wohl der Menschheit angesichts der Tatsache, daß der Stärkere sich immer mehr breit machen und den Schwächeren stets beiseite schieben würde, und angesichts des Grundsatzes, daß bei diesem Streben nach der Alleinherrschaft alles erlaubt sei, was zur Erweiterung der eigenen Kräfte führt?

Mit anderen Worten: Was würde aus Europa werden und auf welches Niveau würde es herabsinken, wenn die Pläne und Wünsche — der Alldeutschen in Erfüllung gehen sollten?

Wir bringen hier ein Bündel der Forderungen dieser Leute, die in folgender Weise motiviert sind: Die Wunden, die uns der Krieg geschlagen hat, sind zu empfindlich, zu schwer und zu tief, als daß das deutsche Volk aus eigenen Kräften genesen und sich wieder emporheben könnte. Deswegen „müssen wir haben Ansiedlungsgebiete in den eroberten Ländern, denn wir brauchen Zufuhr aus neuen Quellen.“ „Wir müssen haben“ Rohstoffe, um die einheimische Industrie zu heben.“ „Wir müssen haben“ eine hinreichende Sicherheit für unsere Grenzen, innerhalb deren alles deutsch sein muß.“ „Wir müssen haben“ eine Kriegsschädigung in barem Gelde, um dem Äußersten, nämlich der Enteignung wenigstens eines Drittels des Privateigentums vorzubeugen.“

„Wir müssen haben“ Ansiedlungsgebiete! — Es hat dabei nichts zu sagen, daß diese Gebiete, nach denen die Alldeutschen gierig ihre Hand ausstrecken, seit tausend Jahren in Schweiß und Blut von einem Volke bebaut wurden, das auf diesem seinem Boden aufgewachsen war! — Es hat nichts zu sagen, daß dieses Volk dann, von seiner väterlichen Scholle durch den also argumentierenden Feind verjagt, in Not geraten, das klägliche Dasein von Flüchtlingen fristen und in fremden Gegenden elend zugrunde gehen müßte! Das hat alles nichts zu sagen, wenn nur an Stelle dessen der brutale Egoismus und die unerfättliche Herrschsucht dieser mittelalterlichen Raubritter ihre Triumphe feiern können.

„Wir müssen haben“ — Rohstoffe, das heißt, in die vulgäre Sprache übertragen, — wir müssen Belgien annektieren. Daß dabei der Gerechtigkeit Gewalt angetan und das Völkerrecht mit Füßen getreten wird, kommt gar nicht in Betracht. Das eigene Interesse muß auch hier zur Geltung kommen, und das schließt eben jeden fremden Besitz aus.

„Innerhalb der deutschen Grenzen muß alles deutsch sein“ — oder mit anderen Worten, der wütende Hakatismus will die nationalen Eigenheiten derjenigen nicht anerkennen, die infolge des Zusammenstießens verschiedener Umstände oder vielleicht auch durch eigene Schuld in einen fremden Staatsorganismus einverleibt wurden — der Hakatismus bestätigt hier also und approbiert die Rücksichtslosigkeit aller Mittel, welche zur Ausrottung des Polentums führen.

Und das alles sagt man und schreibt man aus Angst vor dem Frieden. Das klingt doch lächerlich! Aber es gibt tatsächlich Leute, die den Frieden fürchten, d. h. einen solchen Frieden, der den sogenannten „gesunden nationalen Egoismus“ und eigentlich die raubgierige Annexionsjucht nicht befriedigen würde. Den kapitalistisch-imperialistischen Sphären, die solche Grundsätze verkünden und Gewaltforderungen stellen, ist es offenbar ganz gleichgültig, daß die ganze Menschheit heute unter der Wucht der furchtbaren Weltkatastrophe weiter seufzen muß, daß Mühe und Arbeit von Jahrhunderten verloren gehen, daß das Glück von Millionen Familien zertrümmert wird, daß die kulturellen Errungenschaften der Welt vernichtet werden und daß die menschliche Seele immer mehr verrotzt! Sie sehen in ihrer Verblendung, die sie Patriotismus nennen, nur sich allein, nur ihre eigene künftige Rolle, nämlich die Rolle der dereinstigen „Herren der Welt“.

Und für diese Rolle suchen sie jetzt alle Schichten ihres Volkes zu gewinnen, vom Thron ab bis zum Arbeiter, wobei sie die übrigens so zarte und deswegen auch so empfindliche Saite der Vaterlandsiebe aufziehen. So spricht man in ihren Kreisen weit und breit von der Notwendigkeit, das Prestige des Herrscherhauses zu wahren und gibt dadurch zwischen den Zeilen zu verstehen, daß im Falle eines anderen Entschlusses „der Thron der Hohenzollern wanken könnte“; man spricht weiter von der Wichtigkeit der Mitwirkung des Landwirtes, der ein neues Arbeitsfeld finden muß, und ebenso von den Arbeitern die des Materials bedürfen, um weiter arbeiten und leben zu können, — kurz, man appelliert an alle schwachen Seiten sämtlicher Volksschichten und hofft — auf einen starken Widerhall.

Für uns Polen sind aber diese Grundsätze keine Neuigkeit und ihre Taktik — keine Überraschung. Denn wir haben ihre Anwendung auf unserem eigenen Nacken schmerzlich genug empfunden. Die ganze antipolnische Politik der Habsburger war nämlich auch nichts anderes, als die Realisierung des Axioms, daß Gewalt vor Recht gehe. Diese Politik hat uns ja von unserem eigenen Grund und Boden verjagt, sie sprach uns die uns angeborene Gottesgabe — die Muttersprache ab, und sie verlangte von uns, daß wir unsere eigene Mutter — um ein Stück Brot oder um Judas Silberlinge verleugnen sollten. Sogar heute noch, wo wir trotz des Unrechts eines ganzen Jahrhunderts — eines Unrechts, wie es bis dahin kein anderes Volk erlitten hat, unsere Pflicht als Untertanen erfüllt haben, wo zu Lande und zu Wasser Ströme polnischen Blutes geflossen sind, spricht man noch von dem zweifelhaften Wert unseres Verhaltens, und wagt man zu behaupten, daß dieses Verhalten „nicht vertrauenerweckend sei“.

Von irgendeinem Vertrauen könnten aber höchstens wir sprechen. Und wenn wir ein solches tatsächlich haben sollen, so muß das deutsche Volk aus seiner Mitte alle diejenigen ausmerzen und entfernen, welche sich zu den Grundsätzen der Rücksichtslosigkeit und der Rechtlosigkeit bekennen. Es muß also vor allem einsehen, daß die Magimen, die durch die Alldeutschen verbreitet werden und die sich auf die Nichtanerkennung der göttlichen Gebote und der menschlichen Gerechtigkeit stützen, zur Wohlfahrt des eigenen Volkes nicht führen, da sie alle Gemüter gegen dieses Volk empören müssen; ebenso muß es einsehen, daß diejenigen, die im Adel ihres nationalen Charakters, ja sogar ihrer eigenen Fehler die Folgen politischer Unmoral zu beseitigen nicht imstande waren, doch das Recht auf ihre eigene Existenz, sowie den Glauben an eine helle Zukunft nicht verloren haben.

Aus Nr. 110 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 16. Mai 1917.

Die polnische Politik an der Schwelle großer Entscheidungen.

Unter dem Donner der Geschütze in Frankreich, inmitten der blutigen Kämpfe in Mazedonien und der Offensive, die an der italienischen Front eingesetzt hat, eilen mit schnellem Schritt die Momente der entscheidenden Kriegszeit vorüber. Daß diese Periode auch für die polnische Sache, für unsere Zukunft als Nation entscheidend ist, wer wagt daran zu zweifeln? Wir wissen nicht, wie lange noch der Riesenkampf der Völker dauern wird, aber wir wissen, daß die Geschicke Polens in diesen kritischen Augenblicken gewogen werden, und daß die auf den Schultern der politischen Führer der Nation lastende Verantwortlichkeit zu Ausdehnungen anwächst, denen nur die kühnsten Geister und die tüchtigsten Charaktere gerecht zu werden vermögen. Die revolutionäre Umwälzung in Rußland hat die letzte

Schranke beseitigt, welche den grundsätzlichen Gang des polnischen politischen Gedankens hemmte. Mehr als je ruhten die Geschicke in der Hand der Nation selbst, aber gleichzeitig türmten sich auch Schwierigkeiten für ein klares Vorzeichnen der Wege des Handelns auf, und das Problem des Voraussehens und der Beherrschung aller Möglichkeiten drückte die polnischen Politiker wie eine schwere Last nieder. Durch dieses Geflecht von verwickelten Engpässen, drohenden Abgründen und verräterischen Hinterhalten gräbt sich jedoch mit siegreichem Marsche ihr Bett die polnische nationale Idee, die sich heute in das harte Gebot solidarischen und unablässigen Handelns nach der Richtung der großen gemeinsamen Ziele hin umwandelt.

In den Artikeln unter dem Titel „Aus der gegenwärtigen polnischen Politik“ (Übersetzung in der vorigen Nummer des Gesamtüberblicks Seite 861) boten wir ein kurzes Bild der Bestrebungen der polnischen Volksgemeinschaft im Königreich, die darauf abzielen, die Gewalt im Lande zu erlangen, ohne welche der Begriff „Staat“ nicht viel mehr als eine leere Formel ist. Überwunden wurden alle opportunistischen Rücksichten, mittelst deren man die Stimme des nationalen Gewissens betäuben wollte; verstummt und verblaßt sind die Anstrengungen der fruchtlosen Doktrinäre und der Monopolisten der Idee vom „polnischen Staatswesen“, welche schöner Schlagworte halber bereit waren, die Lebensinteressen der Nation aufzuopfern. Und es zeigte sich auch gleichzeitig, wie falsch die Anklagen waren, die an die Adresse derjenigen gerichtet worden sind, welche geraten hatten, jeder Handlung rechtchaffenes und kritisches Denken voranzuschicken. Man hatte ihnen vorgeworfen, sie seien passiv, sie wollten nicht mit den Tatsachen rechnen, sie erblickten ihre ganze politische Weisheit im fruchtlosen Abwarten. Nichts davon war wahr. Kein ernst zu nehmender Teil der Volksgemeinschaft gedachte die Ereignisse zu ignorieren; es gab keinen vernünftigen Politiker jenseits der Grenze, der über die Bedeutung des 5. November hinweg hätte zur Tagesordnung übergehen wollen. Es gab nur Geister, welche das genaue Maß des nationalen Interesses nüchtern an alles anzulegen bestrebt waren, was geschehen sollte, und es gab andererseits Leute, die sich mit einer breiten Geste zufrieden gaben.

Die Volksgemeinschaft im Königreich hat sich heute auf den Boden der Wirklichkeit gestellt und auf ihm vereint. Diese Wirklichkeit diktiert die unerläßliche Notwendigkeit dessen, daß die Gewalt in die Hände der Nation gelange, und in dieser Forderung sind alle politischen Lager einig.

Die Bildung einer Vertretung der ganzen Volksgemeinschaft aus dem provisorischen Staatsrat, die Ernennung eines polnischen Ministerkabinetts, die Berufung eines Regenten und die Organisierung einer polnischen Armee durch diese neue Regierung — das sind die Hauptpunkte des Programms, welches anscheinend die gemeinsame Plattform des überwiegenden Teiles der patriotischen Elemente bildet.

Regentschaftskandidat soll, wie das hiesige „Posener Tageblatt“ aus Preßstimmen des Königreichs entnimmt, der Erzherzog Karl Stephan sein. Es ist natürlich schwer zu sagen, welche Chancen im gegenwärtigen Augenblick die Angelegenheit der Regentschaft überhaupt und die Person des erwähnten Kandidaten im besonderen haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß während der letzten Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers in Wien auch diese Frage besprochen worden ist. Das Wolffsche Bureau hat jedenfalls eine Reihe von Artikeln aus der Warschauer Presse über das Thema der Berufung eines Regenten in ausführlicher Inhaltsangabe gebracht. Man kann annehmen, daß auch dies nicht zwecklos geschehen ist.

In der deutschen öffentlichen Meinung, besonders in der, die u. a. vom „Posener Tageblatt“ vertreten wird, werden Stimmen laut, die sich gegen eine Erweiterung der Rechte des Königreichs Polen während des Krieges aussprechen. Ja, es fehlt sogar nicht an Ansichten, die darauf hindeuten, daß Deutschland an der Erhaltung des Königreichs überhaupt kein Interesse habe. Eine solche Ansicht drückte dieser Tage der bekannte Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ aus, und noch nachdrücklicher gab ihr ein gewisser „wirklicher Geheimrat“ in den Spalten des Blattes „Wirklichkeit“ Ausdruck, indem er erklärte, daß „wir mir mit Rußland um Polen verhandeln können, da die Polen „die Erwartungen getäuscht haben“.

Solche Befürchtungen können natürlich den Gang der Dinge im Königreich nicht aufhalten. Der nationale Gedanke bahnt sich den Weg zum Siege in allzu kräftigem Anlauf, als daß ihn Rücksichten auf Wünsche einer Meinung aufhalten könnten, wie sie im „Posener Tageblatt“ oder in der „Wirklichkeit“ zum Ausdruck gelangte.

Aus Nr. 33 der Prawda (Posen)
vom 16. Mai 1917.

Zu den

Forderungen des provisorischen Staatsrats

im Königreich Polen meint das Blatt:

„Gott gebe, daß diese Forderungen, die sowohl im polnischen, als auch im deutschen und österreich-ungarischen Interesse liegen, recht bald erfüllt würden! Man darf nicht vergessen, daß nicht bloß uns Polen an dem baldigen Aufbau eines starken polnischen Staates gelegen ist. Nicht bloß für unsere Brüder hat eine starke polnische Regierung mit einem König oder Regenten an der Spitze und mit einer starken polnischen Armee Bedeutung. Auch das Interesse der Mittelmächte, Deutschlands und Österreich-Ungarns, heischt es, daß die Feinde dieser Mächte nicht sagen können, daß der Akt vom 5. November lediglich zur Beruhigung und Einschläferung der Polen und der Meinung der Welt erlassen worden sei.

Wir wissen, daß die Absichten Deutschlands und Österreich-Ungarns aufrichtig und wahr sind, denn sie liegen in der Sphäre der Interessen dieser Staaten. Für uns Polen ist das eine überaus angenehme Sache, denn nur eine solche Gemeinschaft, welche das wohlverstandene Interesse beider Seiten zur Grundlage hat, hat Aussicht auf Dauer. Am angenehmsten ist es doch einem Jeden, der z. B. im privaten Leben sagen kann: „Hier hast Du, was Dir gehört, gib mir dafür was mein ist!“ Ein Geschenk ist stets beschwerlich und unbequem. Auch im Leben der Völker und Staaten kommen ähnliche Sachen vor. Die Mittelmächte sollen uns ein freies, unabhängiges Polen geben, dieses Polen aber wird ihnen dafür seine Unterstützung und seine Freundschaft leihen. Und wir sehen doch, was heute die Unterstützung z. B. selbst seitens einer so kleinen Macht, wie dies Bulgarien im Vergleich mit Polen ist, bedeutet. Es wäre somit zu wünschen, daß die Mittelmächte die Wünsche des Staatsrats des Königreichs Polen bald erfüllten.

Wir erkennen an, daß die polnische Sache und somit die Wünsche und Forderungen des Staatsrats überhaupt in den Staaten der Mittelmächte große Feinde — die Hakatisen — haben und daß die Regierungen dieser Staaten die polnische Sache ohne überflüssigen Lärm von Seiten dieser Gegner her erledigen möchten. Es gibt jedoch staatliche Notwendigkeiten, die es gebieten, energisch aufzutreten ohne Rücksicht darauf, ob dies oder jenes gewissen Leuten gefällt. Wenn wir somit empfehlen, daß auf unserer Seite Geduld geübt werde, so müssen wir doch bemerken,

daß es im polnischen und deutschen Interesse sehr erwünscht wäre, wenn die Sache des polnischen Staates vorwärts käme.

Die Regierungen der Mittelmächte würden durch eine baldige und energische Erfüllung der Wünsche des Staatsrats allen denjenigen den Mund stopfen, welche sie des Mangels an gutem Willen beschuldigen, und die polnische Volksgemeinschaft im Königreich und wir hier würden alles daran setzen, daß der polnische Staat das würde, was die Mittelmächte in ihm haben möchten, d. h. der polnische Staat würde ein starker und bereitwilliger Bundes- und Kampfgenosse der Mittelmächte werden.

Aus Nr. 113 des Kraj (Lissa)
vom 20. Mai 1917.

In einem

„Frieden, Freiheit, Brot“

beitelten Artikel des Blattes lautet der Schluß:

„... Für uns Polen ist das Wichtigste das Entstehen eines unabhängigen, natürlich auf die Mittelmächte gestützten Polens. Je eher dies geschehen wird, um so besser. Niemand wird dann sogar an die Bildung einer „polnischen Republik“ in Verbindung mit der russischen Republik denken.

Gleichzeitig müssen aber auch in unseren Landes-teilen alle Versprechungen verwirklicht werden — und unsere Fraktionen müssen dabei lebhaft und aktiv mitarbeiten. Jeder Fortschritt bei uns wirkt auf die Verhältnisse im Königreich Polen, auf die Stimmung der Polen und Slawen in Österreich und in Ungarn, auf dem Balkan und nicht zuletzt in Bulgarien ein, welches der Bundesgenosse der Mittelmächte ist, durch seinen Anschluß an sie eine lebhaftere Tätigkeit der Türkei ermöglicht und die Kriegskarte auf dem Balkan durch die Bezwingung Serbiens, Montenegros und Rumäniens umgestaltet hat.

Auf der Linie Berlin—Bagdad wohnen nahezu 50 Millionen Süd- und Westslawen, die fast den dritten Teil der Volkszahl der Mittelmächte bilden und in diesem Kriege unter deren Fahnen und Kommando stehen. Die Politik der Mittelmächte muß somit eine slawenfreundliche sein — aber in durchaus deutlichem Gegensatz zu der früheren „panslawistischen“ Politik des Zartums stehen, das die slawischen Lande zu seinen Satrapien zu machen suchte und damit alle Süd- und Westslawen abgestoßen hat. Die heutige russische Republik verkündet eine andere Politik gegenüber den Slawen. Um so mehr Anlaß liegt für die Mittelmächte vor zu Gerechtigkeit, zu einer slawischen Politik. Sowohl wir wie auch die Mittelmächte haben daran das größte Interesse.“

Aus Nr. 110 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 16. Mai 1917.

Zum Antrag Czarlinski

betreffend die Verschickung von Polen aus dem Königreich und Litauen nach Deutschland schreibt das Blatt:

„Unseres Erachtens würde es sich gehört haben, daß die polnische Fraktion mit ihrer Interpellation auch die polnischen Sozialisten umfaßt und daß sie zwischen den polnischen Parteien keinen Unterschied gemacht hätte.“

Aus Nr. 58 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 15. Mai 1917.

Zu den Beratungen der Budgetkommission über die Verhältnisse Polens und Litauens

schreibt das Graudenger Polenblatt:

Die Ausführungen des Abgeordneten von Trampczyński geben besonders ein düsteres Bild über die Verhältnisse in Litauen. Unter derartigen Verhältnissen können die Okkupationsbehörden die Gewogenheit des Volkes niemals erzielen.

Dem konservativen Abg. Herrn Rehbel hat Herr v. Trampczyński eine zutreffende Abfertigung zukommen lassen. Unser polnisches Volk ist zur Dankbarkeit sehr geneigt; eigentlich wird es von diesem Gefühl schon etwas zu stark geleitet. Wenn aber jemand, so sind es gerade die Herren Konservativen, hauptsächlich Hakatisten und Alideutsche, die nicht das geringste Recht dazu haben, von einer Undankbarkeit der Polen zu sprechen. Die vierzigjährigen Erinnerungen an die Verfolgungen mit Hilfe der antipolnischen Gesetze und der Verordnungen auf dem Verwaltungswege, die zur Zeit des Ausbruches des Krieges schon den Gipfel erreicht hatten, können mit einem Schlage nicht beseitigt werden, nicht einmal mit dem Manifeste vom 5. November, zumal gerade die Alideutschen, die Hakatisten und die Konservativen alles taten, was in ihren Kräften stand, um in den Seelen aller Polen darüber Zweifel hervorzurufen, ob diese Manifeste wirklich ein freies, unabhängiges Polen schaffen, oder ob sie nur Vorkehrungen für die Zeit des Krieges sein sollen, um den Mittelmächten die Durchführung des Krieges zu erleichtern. Wenn solche Zweifel in den polnischen Seelen entstanden sind, dann ist das eine ausschließliche Schuld der politischen Freunde des Herrn Rehbel, die es bewirkt haben, daß nicht bloß Zweifel entstanden, sondern daß viele Polen in den Manifesten vom 5. November nicht einmal einen Nutzen für sie erblicken konnten.

Es wäre auch gut, wenn die Deutschen endlich einsehen würden, daß die Polen keine Kinder sind, die alles glauben, was ihnen jemand erzählt. Mit Recht hat Herr v. Trampczyński darauf hingewiesen, daß die Manifeste vom 5. November, die dem polnischen Volke nicht geringe Vorteile gebracht haben, nicht etwa wegen der hübschen Augen der Polen, sondern ausschließlich im Interesse der Mittelmächte erlassen worden seien. Solch einen Polen, der das nicht versteht, gibt es nicht. Wenn die Herren Konservativen die Dankbarkeit der Polen sehen wollen, dann mögen sie vor allem alles mögliche tun, um die Polen wirklich zu gewinnen und zu verpflichten. Aber das werden die Polen seitens der hakatistischen Konservativen nicht erleben. Denn die Konservativen haben stets an eine noch grausamere Bedrückung der Polen gedacht und denken auch heute noch an eine solche. Ihre Träume gingen dahin, mit Hilfe ihrer Landsleute in Rußland auf dem polnischen Leichnam zu einer Verständigung mit den Tschinowniks und der Regierung des Zaren zu gelangen, die traditionelle russisch-preußische Freundschaft zu erneuern und dann hier und dort Verfolgungen zu entfesseln, die zu den dagewesenen in keinem Vergleich stehen.

Diesen Träumereien hat die russische Revolution ein Ziel gesetzt, die den Zarenthron zertrümmert und die Regierung der Tschinowniks hinweggesetzt hat. Diese Revolution war für das polnische Volk geradezu ein Glück, aber zugleich auch für das deutsche Volk, weil die traditionelle russisch-preußische Freundschaft die Regierung der Hakatisten, der Alideutschen und der Konservativen wieder gestärkt haben würde — und zwar zum Nachteil aller andern Völker.

Die Verhältnisse in Litauen und im Königreiche, über die sich der Abg. v. Trampczyński beklagte, sind

hauptsächlich auch das Verdienst der hakatistisch-alideutschen-konservativen Elemente, die z. B. auch auf kulturellem Gebiete alles tun, was in ihren Kräften steht, um dem polnischen Volke die ganze Lebenslust zu verleiden.

Während in Polen schon während des Krieges in ganz Rußland polnische Schulen, Kleinkinderbewahranstalten usw. gegründet werden durften, werden jetzt in Litauen polnische Schulen ohne alle Umstände geschlossen. Die Schrift „Straznica“ schreibt hierüber: „Das polnische Volksschulwesen wird unter Mitwirkung der litauischen Priester systematisch ausgerottet. In Romno wurden 4 Volksschulen neben Kleinkinderbewahranstalten geschlossen, weil ihnen anbefohlen war, den Unterricht in litauischer oder in der amtlichen Sprache zu erteilen. Ebenso wurden die Schulen in Kiejdany, in Surwilizki bei Kiejdanan und in Logia bei Romno geschlossen. Der Privatunterricht ist dort verboten. Die litauischen Priester unterrichten die Behörden dahin, daß die polnischen Schulen nicht notwendig seien. Die Gründung von Kleinkinderbewahranstalten ist ebenfalls nicht gestattet. In Giedrojcia wurde die Zensur der Bücher in der polnischen Bibliothek durchgeführt. Infolgedessen wurden 300 Bücher beschlagnahmt, weil sie angeblich einen antilitauischen und antikirchlichen Inhalt haben, die Bibliothek wurde geschlossen und den Gründern eine Strafe von 100 Mark auferlegt. In Lomniany, im Kreise Wilna, wurde die polnische Schule geschlossen.“

Mag uns Herr Rehbel, der selbst nicht Hakatist ist, sagen, ob Vorgänge dieser Art bei den Polen Dankbarkeit erwecken können, oder ob sie nicht vielmehr die Erinnerungen an die Vergangenheit erneuern müssen.

Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Regierung dieser und ähnlicher Arbeit, welche die Vorteile des deutschen Volkes sicherlich nicht vermehrt, ein Ende mache.

Aus Nr. 113 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 20. Mai 1917.

Das Projekt der Aufhebung des Enteignungsgesetzes.

Wie wir schon gestern mitgeteilt haben, hat das Wolffsche Bureau die Nachricht gebracht, daß dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage über die Änderung des Enteignungsgesetzes vom 20. März 1908 zugegangen sei. Nach der Erklärung zu urteilen, die der Minister von Breitenbach namens der Regierung im Herrenhause abgegeben hat, kann diese Nachricht nur in dem Sinne aufgefaßt werden, daß die eben eingebrachte Vorlage die Aufhebung des Enteignungsgesetzes bedeutet.

Dieses Gesetz bildete eigentlich kein besonderes Gesetz für sich, sondern es war im § 13 des Gesetzes über die Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und in der Provinz Posen enthalten, welches vom Fürsten Bülow am 25. November 1907 im Abgeordnetenhaus eingebracht wurde. Bekanntlich stieß damals dieses ungewöhnliche antipolnische Mittel, das in einem schreienden Widerspruch stand zu den Grundbegriffen des Rechts, auf eine starke Opposition sogar in dem nach dem Dreiklassensystem gewählten preußischen Abgeordnetenhaus. Vor allen erregte es ernste Bedenken in den Kreisen der Konservativen — selbstverständlich nicht mit Rücksicht auf die Polen, sondern wegen seiner Tendenz, durch welche das Prinzip des Privatbesitzes überhaupt untergraben wurde. Trotzdem vermochte die Politik des Fürsten, die in der Wahl der Mittel keine Skrupel kannte, das ganze Gesetz samt dem Enteignungsparagraphen fast mit Gewalt durchzudrücken.

Aber dieser gewagte und doppelschneidige „Erfolg“ der antipolnischen Politik Bülow's hat der Regierung nicht viel Nutzen gebracht. Bülow selbst mußte gehen, ohne das von ihm zustande gebrachte Gesetz angewandt zu haben. Sein Nachfolger Herr von Bethmann Hollweg hat unter dem immer stärkeren Druck der Haktisten in die Enteignung in vier Fällen gewilligt. Ein Gefühl der höchsten Empörung und Verbitterung bemächtigte sich damals der polnischen Bevölkerung, und die von der Regierung nicht erwartete Folge dieser furchtbaren Gefahr war, daß alle Schichten des polnischen Volkes sich jetzt zwecks gemeinsamer Verteidigung ihres heimatlichen Bodens auf das Engste aneinanderschlossen.

So stellt sich die Bilanz der Enteignung vom deutschen Gesichtspunkt aus sehr negativ dar. Unter den Passiven dieser Bilanz fällt aber am meisten das moralische Odium ins Gewicht, das der preußische Staat sich infolgedessen von seiten der ganzen zivilisierten Welt zugezogen hat. Es ist bekannt, wie schwer es heute Deutschland fällt, den Widerwillen und die feindselige Stimmung gegen sich nicht nur in den feindlichen, sondern auch in den neutralen Staaten zu entkräften. Und zu dieser Häufung der feindlichen Gefühle gegen Deutschland in der zivilisierten Welt hat zweifellos das Enteignungsgesetz in einem sehr hohen Maße beigetragen. So rächen sich heute also jene Sünden, welche die früheren Staatsmänner, und hauptsächlich gerade der Fürst Bülow, leichtem Herzens auf sich geladen haben, als sie im Bewußtsein ihrer eigenen Macht die ethischen Ideale der modernen Menschheit ignorierten.

Die Regierung des Herrn von Bethmann-Hollweg hat unter dem harten Kriegsgebot nun eingesehen, daß man danach trachten müsse, die Distanz zu vermindern, welche zwischen der preußisch-deutschen Politik und den Begriffen Westeuropas von Recht, von Freiheit und von der Gleichheit der Völker entstanden war. Infolgedessen erfuhr auch die Politik Bülow's eine rasche Liquidierung. So bestätigte der Bundesrat am 19. April die Aufhebung des Sprachparagraphen, und gegenwärtig wurde der erste Schritt auf dem Wege der Aufhebung des Enteignungsgesetzes getan. Diese Aufhebung muß selbstverständlich noch von den beiden preußischen Kammern bestätigt und beschlossen werden. Das wird noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, denn das Abgeordnetenhaus ist gegenwärtig vertagt und das Herrenhaus erledigt nur noch kleine, zurückgebliebene Sachen, das „Berl. Tagebl.“ nimmt jedoch an, daß die Regierungsvorlage — abgesehen vielleicht von einigen nationalistischen Fanatikern im Abgeordnetenhaus — einen großen Widerstand nicht finden wird.

Aus Nr. 188 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 22. Mai 1917.

Zur Aufhebung des Enteignungsparagraphen

schreibt das Blatt im Hinblick auf die amtliche Begründung des Entwurfs u. a.:

... „Auch wir waren stets der Ansicht, daß die Bildung eines selbständigen polnischen Staates durch die Mittelmächte notwendigerweise eine Änderung unserer Lage im preußischen Staate herbeiführen müsse. Die haktistische Presse nimmt auch zutreffend wahr, daß das Ausnahmegesetz entweder ein Fehler gewesen oder daß seine Aufhebung ein Fehler sei. Die Regierung erachtete es für angezeigt, die Bestimmung aufzuheben, infolge der politischen Lage, die sich neu herausgebildet hat. Damit muß sie in weiterer Konsequenz den moralischen Wert oder die opportunistische Bedeutung aller Ausnahmegesetze ableugnen, die im preußischen Staate auf der polnischen Bevölkerung

lasten. Das hat die haktistische Presse vorzüglich begriffen, und daher schreibt eines der uns am feindlichsten gesinnten Berliner Blätter, die „Tägliche Rundschau“, heute von der „Liquidation der Ostmarkenpolitik“ durch die preußische Regierung. Es handelt sich jetzt darum, welchen Standpunkt wir selbst gegenüber den ersten Schritten der Regierung auf diesem Wege einnehmen werden, ob wir vor allem werden mit der Regierung zusammenzuarbeiten wissen, damit diese Liquidation tatsächlich und konsequent durchgeführt werde.

In der von uns in der heutigen Nummer wiedergegebenen Korrespondenz des Warschauer „Glos“ mit Bezug auf die Krisis in dem Wiener Polenklub und auf die Aussonderung Galiziens ist gesagt, daß „das Unterlassen konkreter Forderungen und zugänglicher Realisationen zum stärkeren Hervorkehren der Gesamtlagen der polnischen Politik einer Politik des Abwartens und des Passivismus gleichkommen würde.“ Nun, ohne die Angelegenheiten des Verhältnisses Galiziens zu Österreich-Ungarn zu präjudizieren, wollen wir diesen Satz auch auf unsere Angelegenheiten im Bereich des preußischen Staates anwenden. Auch uns muß es sich darum handeln, die möglichst höchste Summe der Vorteile für die polnische Bevölkerung im preußischen Staate zu erreichen, ohne uns in der unklaren allgemein politischen Situation zu verlieren. Es muß uns darum gehen, daß man sich unsererseits zu der größten Anstrengung ausschwinde zwecks Gewinnens konkreter Vorteile in der Lage, in der wir uns tatsächlich befinden. Darum teilen wir die Ansicht derjenigen nicht, die da meinen, „die Regierung des Herrn von Bethmann-Hollweg habe unter dem harten Gebot des Krieges begriffen, daß man eine Verringerung der Distanz anstreben müsse, die sich zwischen der preußisch-deutschen Politik und den Vorstellungen von Recht, Freiheit und Gleichheit der Völker im westlichen Europa herausgebildet habe“ — und daß uns gezieme, „stillzusitzen und nichts zu tun.“ Das ist eine ganz irrige Voraussetzung. Es ist sehr gut, daß die Regierung zu einer solchen Auffassung gelangt, aber wir unsererseits wollen ihr diese Auffassung erleichtern und mit ihr zusammenarbeiten, damit die Gleichberechtigung der Polen recht bald erfolge.

In dem freikonservativen Berliner Organ „Die Post“ ist gesagt worden, daß in bedeutendem Maße zur Liquidation der antipolnischen Politik das bekannte Hervortreten des Fürsten Radziwill im Herrenhause beigetragen habe.

Die haktistische Presse schreibt mit Unlust davon, da sie es lieber sähe, wenn solche Reden, wie die, welche Fürst Radziwill, Fürst Hatzfeld und Graf Adam Zoltowski in der erwähnten Sitzung des Herrenhauses gehalten haben, überhaupt nicht vorgekommen wären. Die „Tägliche Rundschau“ beruft sich auch auf die Rede der polnischen Abgeordneten im preußischen Landtage sowie im Reichstage und protestiert erbittert gegen die Liquidation der antipolnischen Politik der Regierung. Aus diesem Verhalten der haktistischen Presse sollten unsere Abgeordneten die entsprechenden Schlüsse ziehen; wenn die Schritte der Regierung zur Aufhebung der antipolnischen Gesetze auf seiten unserer größten Feinde auf einen derartigen Widerstand stoßen, so muß es die Schuldigkeit der polnischen Abgeordneten sein, alles zu vermeiden, was eine solche Entwicklung zu unseren Gunsten erschweren könnte, ja noch mehr, es muß ein kategorisches Gebot für unsere Abgeordneten sein, an dieser Entwicklung mitzuwirken.

Die Angelegenheit der Aufhebung des Enteignungsparagraphen wird den preußischen Landtag erst im Herbst beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit soll nach der „Post“ eine erschöpfende Diskussion über das Thema der antipolnischen Politik stattfinden, welche unser Ver-

hältnis zur Regierung allseitig aufklären soll. Wir hoffen zuversichtlich, daß sich bis zu diesem Zeitpunkt die politische Situation soweit klären wird, daß auch unsere Abgeordneten endlich werden eine konkrete Stellung einnehmen können und daß sie zu einer günstigeren Entwicklung der von der Regierung eingeleiteten grundsätzlichen Sache beitragen werden.

In der gleichen Angelegenheit schreibt der „Kurjer Poznański“, Posen, vom gleichen Tage nach Ausführung der Begründung des Gesetzentwurfs was folgt:

„Wie wir sehen, beleuchtet die Regierung die Begründung ihres Schrittes sehr behutsam und diplomatisch, wobei die Absicht hervorleuchtet, alles zu vermeiden, was die Urheber und die Verteidiger der Enteignung aus den Zeiten des Erlassens des Gesetzes her reizen könnte. Ja, noch mehr, die Regierung hebt zwar die Enteignung auf, aber in ihrer Begründung unterstreicht sie — mittelbar wenigstens — das bisherige Programm der Ansiedelung. Die Enteignung ist, so sagt die Regierung, wie die Praxis lehrt, für die Ansiedelungskommission kein unbedingt notwendiges Mittel, darum kann man sie aufheben, und mit Rücksicht auf die neue Lage im Königreich muß dies geschehen. Aus einem solchen Hinstellen der Frage geht unzweideutig hervor, daß die bisherige Ansiedelungstätigkeit ohne Enteignung aufrecht erhalten werden soll.

Ungeachtet dieser vorsichtigen und von unserem Gesichtspunkt aus befriedigenden Form, in welcher die Regierung nur eines, in der Praxis nicht das drohendste Glied des Ansiedelungssystems beseitigt, werden im hakatistischen Lager schon sehr bezeichnende Stimmen des Protestes laut. (Es folgen die einschlägigen Ausführungen der „Täglichen Rundschau“. Dann heißt es weiter):

Aus diesen Worten geht somit der für uns belehrende und nicht wertlose Schluß hervor, daß das von der „Täglichen Rundschau“ vertretene Lager auch heute noch ungeachtet des Krieges, ungeachtet der blutigen Verluste, welche die Polen für die Sache Deutschlands getragen haben, grundsätzlich nicht um ein Jota von seiner Denkart gegenüber den Polen abgewichen ist, wofür es den ausgeprägtesten Ausdruck fand in der Forderung einer Massenenteignung von polnischem Boden. Eine solche Sache an der Reize des dritten Jahres dieses schrecklichen Blutvergießens festzustellen, ist bestimmt schätzbar zum Erkennen der Psychologie dieser Leute, welche heute der Regierung Steine vor die Füße zu werfen bestrebt sind.

Da der Landtag vor der Hand bis zum 9. Oktober vertagt ist, können wir bis zu dieser Zeit ruhig auf die weiteren Geschehnisse des Regierungsentwurfs warten. Wenn schon aus dem Artikel der „Täglichen Rundschau“ ersichtlich ist, daß die Aufhebung der Enteignung im Landtage auf Opposition stoßen werde, so weist noch deutlicher hierauf ein in dem Bruderorgan der „Täglichen Rundschau“, in der „Post“ enthaltener, aus parlamentarischen Kreisen stammender Artikel hin, woselbst wir die Ankündigung finden, daß anlässlich des neuen Regierungsentwurfs im Landtage eine große Diskussion über das Thema der ganzen Ostmarkenpolitik werde ins Werk gesetzt werden. „Es herrscht die Überzeugung — so schreibt der Informator der „Post“ — daß eine solche Diskussion im Interesse aller schon lange hätte durchgeführt werden müssen, da die Sachen im Osten doch eine solche Wendung genommen haben, daß man ihnen gegenüber nicht länger die Augen verschließen kann. Es gilt somit, die Rahmen der Diskussion zu erweitern, um nichts beiseite zu lassen, was für die weitere Entwicklung der Ostmarken im Interesse des Deutschlands besprochen werden muß.“

Das ist ziemlich klar. Der Hakatismus wappnet sich zu einer Hauptauseinandersetzung mit der Regierung

— derselbe Hakatismus, der in so greller Weise soeben erst in der vielbesprochenen Versammlung der Posener Lehrer zutage getreten ist. Täuschen wir uns nicht, der Hakatismus ist noch eine Macht. Wird Herr v. Bethmann Hollweg nicht vor ihr erschrecken?

Aus Nr. 114 des Dziennik Kujawski (Hohenstaß) vom 22. Mai 1917.

Die Aufhebung des Enteignungsgesetzes.

Wie wir bereits in der Sonnabendnummer berichteten, hat die Regierung den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des Enteignungsgesetzes eingebracht. Das bereits bekannte gestrige Telegramm brachte die Begründung dieses Gesetzentwurfes.

Hiernach hat die Regierung also infolge der Ereignisse der Zeit in der Beseitigung der Schärfe der antipolnischen Politik einen weiteren Schritt getan und zugleich öffentlich zugegeben, daß die Urheber des aufzuhebenden Gesetzes, an deren Spitze Fürst von Bülow stand, sowohl in taktischer als auch in moralischer Beziehung Fiasco gemacht haben.

Das Enteignungsgesetz war vor dem Kriege der letzte Akt der antipolnischen Maßregeln. Es hat nicht bloß unter der polnischen Volksgemeinschaft, sondern in der ganzen Welt allgemeine Erregung hervorgerufen, und als im Jahre 1912 die Regierung unter dem Drucke der hakatistischen Faktoren vier Güter enteignete, erhob sich in der ganzen Welt ein Protest gegen die Art der nationalistischen Methoden, die eine Verletzung der grundsätzlichen Unterlage des sozialen Organismus sind.

Die denkwürdige Novemberversammlung in unserer Stadt hatte die Vertreter der ganzen Volksgemeinschaft in Bewegung gesetzt, um nicht bloß ein sichtbares Zeichen des Protestes zu geben, sondern auch dem Volkswillen gegen alle Ausnahmegeetze Ausdruck zu verleihen. Unser Gedächtnis möge uns an die gewaltige Manifestation von ganz Polen erinnern, die sich auch durch Hunderte von Telegrammen der Solidarität und durch Telegramme außereuropäischer Länder offenbarte. Damals haben wir uns und der Welt gegenüber gezeigt, daß wir durchhalten werden. Heute, während der Kriegswirren, sehen wir, wie die Wurfgeschosse an dem Schicksal der Kriegereignisse zerschellen, Wurfgeschosse, die gegen uns von Politikern gerichtet wurden, die nur die Kraft der Gewalt kannten, die moralischen Ideale der Voraussetzung aber geringschätzten.

Die Volksgemeinschaft beobachtet diese Symptome mit Ruhe und Gleichgewicht und erblickt darin den Triumph der Gerechtigkeitsidee, an deren Sieg sie stets geglaubt hat.

Bis dieser Entwurf gesetzlichen Charakter annimmt, wird noch eine gewisse Zeit vergehen. Das Abgeordnetenhaus hat sich nämlich bis zum Herbst vertagt. Alsdann wird das Projekt zunächst vor das Abgeordnetenhaus und dann vor das Herrenhaus zur Beratung gelangen. Unter den veränderten Verhältnissen darf man annehmen, daß das alte Gesetz nur unter den alldeutsch-hakatistischen Fanatikern Verteidiger finden wird, Verteidiger, die aus den geschichtlichen Ereignissen nichts gelernt haben, und nicht eine Politik des Rechts und der Gerechtigkeit, sondern eine Politik der Kraft und der Übermacht führen möchten.

Aus Nr. 60 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 19. Mai 1917.

Die preußische Regierung das Ihrige und die Unterbehörden das Ihrige.

Wir haben bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß die Unterbehörden so verfahren, als ob sie von

den Entschließungen der preußischen Regierung über die Aufhebung der antipolnischen Gesetze und Verordnungen nichts wußten, oder daß sie glauben, daß die Politik der preußischen Regierung ihre Wege und die ehemalige hakatistische Politik der Unterbehörden auch ihre Wege gehen dürfe.

Dafür spricht u. a. folgende Angelegenheit: In Pleßchen plant der bekannte ehrwürdige Ortspfarrer Niesiolowski schon seit dem Jahre 1913 den Bau eines Parochialgebäudes. Die Polizei versagte indessen die Genehmigung. Sie berief sich auf das Ansiedlungsgesetz, obgleich das Gebäude doch in der Stadt, auf einer Straßenecke, errichtet werden soll, die an einer Seite schon bebaut ist. Mithin hatte die Polizei schon damals keinen rechtmäßigen Grund, den Antrag auf Erteilung der Bauerlaubnis zurückzuweisen.

Inzwischen brach der Krieg aus. Gleich in den ersten Monaten während des Krieges erließ der Minister des Innern eine Verordnung, daß auf Grund des berühmten Ansiedlungsgesetzes keine Schwierigkeiten gemacht würden. In vielen Fällen wurde davon auch Gebrauch gemacht. Späterhin haben die Regierungsvertreter im preußischen Landtage und im Reichstage mehrfach erklärt, daß im allgemeinen eine Änderung der Antipolenpolitik eintreten werde. Angesichts dessen stellte der Propst Niesiolowski einen neuen Antrag auf Erteilung der Bauerlaubnis und berief sich zugleich auf die Versprechungen der Regierung. Zu seinem größten Erstaunen erhielt er jedoch folgenden Bescheid:

Der Antrag vom 16. November 1916 auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung eines Parochialgebäudes kann nicht berücksichtigt werden, weil neue Vorschriften über eine Änderung des Ansiedlungsgesetzes vom 10. August 1904 bis dahin nicht ergangen sind. In der Anlage senden wir eine Hülle mit 22 Zeichnungen zurück.

Die Polizeiverwaltung.
Unterschrift.

Das ist eine unerhörte Sache!

Die Regierung empfiehlt den Regierungspräsidenten, auf Grund des Ansiedlungsgesetzes keine Schwierigkeiten zu machen und verspricht überhaupt auch eine Änderung der Antipolenpolitik, die Pleßchener Polizei weist aber einen Antrag mit der Begründung zurück, daß angeblich Vorschriften über eine Änderung des Ansiedlungsgesetzes nicht erlassen seien, wiewohl der von dem Herrn Propst geplante Neubau überhaupt nicht unter die abscheulichen Paragraphen des verhaßten Ansiedlungsgesetzes fällt. Das macht wirklich den Eindruck unzeitgemäßer Scherze.

Denn es ist schwer anzunehmen, daß die Pleßchener Polizei das aus sich selbst tun würde. Höchstwahrscheinlich hat sie hier im Auftrage einer höheren Instanz — in Posen — gehandelt. Mögen die Sachen aber liegen wie sie wollen, so hat doch die polnische Volksgemeinschaft das Recht zu verlangen, daß die oberen Behörden die Schuldigen anweisen, insbesondere die Unterbehörden davon überzeugen, daß die hakatistische Praxis nicht mehr am Platze ist und dem Beamten sogar Unannehmlichkeiten bereiten kann, wenn er sich nicht vergegenwärtigen will, daß die amtliche Ankündigung der Änderung der antipolnischen Politik — nicht leere Worte sind.

Wir haben die Regierung schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß sich unter den Beamten die meisten Hakatisten befinden. Der größte Teil der Mitglieder des „Ostmarkenvereins“ gehört dem Beamtenstande an. Und bekanntlich ist es gerade der „Ostmarkenverein“, der beständig gegen die Änderung der Antipolenpolitik kämpft und sogar den Reichskanzler und den preußischen Ministerpräsidenten deshalb bekämpft, weil dieser die Beseitigung des Kehricht-

hausens der antipolnischen Gesetze und sonstigen Verordnungen beschlossen hat.

Wie sollte man unter diesen Umständen annehmen, daß die Unterbehörden bei der Beseitigung dieses Kehrichthausens Schwierigkeiten bereiten würden? Bei einigen von ihnen hatte geradezu die Überzeugung Platz gegriffen, daß alles, was den Polen gesagt und versprochen wurde, nur eine Täuschung für die Zeit des Krieges sein sollte. Und nachdem man sich schließlich davon überzeugt hatte, daß wirklich eine Änderung zum Bessern eintreten soll, da war der Zorn groß. Einer dieser Herrn Beamten, der im Grunde genommen vielleicht gar nicht Hakatist war, machte in seinem Zorn einem gewissen Polen gegenüber folgende Bemerkung: „Das gefällt euch natürlich, daß man jetzt mit den Polen wird rechnen müssen!“

Was wird jetzt erst in den Seelen derjenigen Beamten vorgehen, die ausgesprochene Mitglieder der Gesellschaft der Hakatisten oder wenigstens eifrige Anhänger derselben sind.

Wenn die Regierung es also wirklich erreichen will, daß derartige Fälle, in denen die Polen unnütz gereizt werden, seltener vorkommen, dann müßte sie stets die etwa zum Vorschein kommenden Krallen einzuklemmen und die Unverbesserlichen ohne Bedenken aus ihren Stellungen entfernen.

Dem Anscheine nach hat die Regierung diesen Weg bereits eingeschlagen. Der Posener Regierungspräsident Krahmer und der Bromberger Regierungspräsident v. Günther, die sich mit der Änderung der Polenpolitik gar nicht befreunden konnten, sind bereits zurückgetreten. Außerdem sollen auch noch zahlreiche Landräte ihren Abschied erhalten. Unter den Landräten müßte die Regierung ganz besonders aufräumen. Es gibt allerdings auch sehr anständige Landräte, die den Hakatismus und die antipolnische Politik schon vor dem Kriege verabscheuten und die Polen während des Krieges als gleichberechtigte Bürger betrachteten, aber es gibt auch viele, die noch immer glauben, daß die Ausrottung der Polen die Hauptaufgabe des Landrats sei. Solche müßten aus den polnischen Gebieten durchaus verschoben werden.

Unter den mittleren Beamten gibt es noch weit mehr Hakatisten, die von einer Änderung der Polenpolitik nichts wissen wollen. Wenn hier nicht eine bedeutende Änderung eintritt, dann wird es an Gründen zu berechtigten Klagen der Polen so bald noch nicht fehlen. Je schneller die Regierung hier Ordnung schafft, desto besser wird es sein.

Aus Nr. 20 des Robotnik (Posen)
vom 20. Mai 1917.

Änderung des Vereinsgesetzes.

Seit Beginn des gegenwärtigen Krieges hat die Regierung versprochen, daß sie an die Revision der ganzen antipolnischen Gesetzgebung herantreten werde — aber erst nach dem Kriege. Aber durch die Notwendigkeit der Ereignisse getrieben, die eine gleiche und gerechte Behandlung aller Bürger verlangt, die ihre Pflichten dem Lande gegenüber in gleichem Maße erfüllen, hat sie es für geboten erachtet, einen der gegen die Polen gerichteten aller schlimmsten Ausnahmeparagraphen, den § 12 des Reichsvereinsgesetzes aufzuheben. Am 19. April, also am neunten Jahrestage der Verkündung des neuen Vereinsgesetzes, hat der Bundesrat den Beschluß des Reichstages über die Aufhebung des § 12 des betr. Gesetzes, des sogenannten Sprachenparagraphen, genehmigt.

Dieser Paragraph bestimmte, daß die Beratungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache stattzufinden haben. Eine Ausnahme machten nun diejenigen Gebiete, in denen die Bevölkerung der nicht

deutschen Sprache 60 % der allgemeinen Einwohnerzahl übersteigt. Aber diese Ausnahme sollte nur innerhalb der ersten 20 Jahre seit der Veröffentlichung des Gesetzes gelten, sobald die Veranstalter derartiger Versammlungen dieses der Polizei 3 × 24 Stunden vorher anzeigen.

Die Veröffentlichung dieses Gesetzes war für die polnische Volksgemeinschaft ein trauriger Augenblick, in dem wir auf unsere heiligsten Rechte verzichten sollten. Am allerempfindlichsten war aber das Bewußtsein, daß nach 20 Jahren schon niemand die polnische Sprache in öffentlichen Versammlungen hören sollte.

Auf der Grundlage dieses Gesetzes mußte die Stadt des Przemyśls (Posen) allen öffentlichen Versammlungen die Gastfreundschaft kündigen, weil Posen laut der amtlichen Volkszählung nicht ganze 60 % der polnischen Bevölkerung hatte. Öffentliche Versammlungen mußten fortan außerhalb Posen, in Urbanowo, Luisenhain, Hohenfalza usw. abgehalten werden.

Seit der Verkündung dieses Gesetzes sind 9 Jahre verflossen. Nach 11 Jahren sollte also die Freiheit der polnischen Sprache verschwinden. Glücklicherweise haben die Verhältnisse sich so gestaltet, daß die durch die Not gebrängte Regierung zur Aufhebung des Sprachenparagraphen schreiten mußte. Das ist insbesondere für die Zeit des Krieges nur eine geringe Erleichterung für die Polen. Sie hat auch mehr eine theoretische als praktische Bedeutung. Denn die gegenwärtige Zeit ist wegen des Mangels an Männern zu öffentlichen Versammlungen wenig geeignet. Die Anberaumung von Versammlungen ist übrigens infolge der Kriegslage und der scharfen Vorschriften der Militärbehörden dermaßen beschränkt, daß die Volksgemeinschaft in der gegenwärtigen Zeit hieraus keinen Nutzen hat. Unlängst ist es vorgekommen, daß in einem Verbandsverein die Abhaltung einer Monatsversammlung aus dem Grunde verhindert wurde, weil man nicht deutsch verhandeln wollte. Und hierbei handelte es sich um eine private geschlossene Versammlung! Was soll man erst zu den Hindernissen sagen, auf welche die öffentlichen Versammlungen stießen!

Es gibt Vertreter von Behörden, die so tun, als ob sie garnicht wußten, was in Berlin geschieht, daß den Polen gegenüber ein neues, gerechtes Verhalten Platz greifen soll. Ein preußischer Minister verlangte, daß man dem lieben Gott für diese „Wohltaten“ auf den Knien danke. Wenn dem betreffenden Minister Vorgänge dieser Art bekannt wären, dann würde er dergleichen Forderungen nicht stellen.

Aus Nr. 113/114 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 20./22. Mai 1917.

Die Boß'sche Broschüre.

I.

Vor einigen Tagen erwähnten wir kurz die Broschüre, die der Schulrat Boß aus Posen unter dem Titel „Zur Sprachenfrage in der Provinz Posen. Sind auf dem Gebiete der Unterrichtssprache in den Volksschulen der Provinz Posen Zugeständnisse irgend welcher Art zulässig?“ herausgegeben hat, in welcher der Verfasser die Unmöglichkeit der Einführung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache sogar für den Religionsunterricht nachzuweisen sucht, und zwar vor allem aus politischen, aber auch, wie er behauptet, aus pädagogischen Gründen. Diese Behauptung steht im Gegensatz zu den Anschauungen pädagogischer Autoritäten der ganzen Welt, welche die Muttersprache als die für die Entwicklung des Geistes des Kindes einzig entsprechende anerkannt haben.

Wenn man diese ganze Schrift durchgelesen hat, dann scheint es einem, daß der Verfasser sich mit ihrer

Herausgabe etwas verspätet habe. Es treten in ihr nämlich die Anschauungen der deutschen Kreise in den Vordergrund, welche die Freiheit der Anwendung der polnischen Sprache im Kreise der Familie als das nach Möglichkeit weitestgehende Zugeständnis für die Polen auf sprachlichem Gebiet halten. Nach den regierungsseitigen Ankündigungen zu urteilen, soll nun die antipolnische Politik einer Revision unterworfen werden, was eine Revision dieser Anschauungen nach sich ziehen und ihre Anwendung auch auf dem Gebiete des Schulwesens ermöglichen würde. Vor vier, vielleicht noch vor drei Jahren würde die erwähnte Schrift zweifellos für den Verfasser Belobigungen seitens der vorgesetzten Behörden nach sich gezogen haben — heute kann seine Schrift als eine Art Protest erachtet werden, der nicht besonders erwünscht sein mag, da er die Lage der Behörden gegenüber der angekündigten Änderung des antipolnischen Kurzes erschwert, als eine Art Protest von Seiten eines Beamten, was in dem an Gehorsam gewöhnten Preußen nicht gern gesehen wird.

Unermeßlich zahlreiche Zitate von Auszügen von verschiedenen im Landtage gehaltenen Reden und aus verschiedenen Verfügungen und Vorschriften nehmen wenigstens die Hälfte der Schrift ein, und sie zeigen, daß der Verfasser noch in der Atmosphäre der Nationalitäten-Leidenenschaften lebt, die außer den in dieser Leidenschaftlichkeit beschlossenen Gesetzen keine anderen Rechte anerkennt. (Es folgt eine Reihe von Zitaten aus der Broschüre, in die der Verfasser des Artikels folgende Bemerkungen einspricht:)

... „Vergessen wir nicht, daß die Ausführungen des Schulrats Boß nicht den Zweck haben, die Notwendigkeit des deutschen Sprachunterrichts, sondern die unerläßliche Notwendigkeit der vollständigen Ausschließung des muttersprachlichen polnischen Unterrichts nachzuweisen.

... „Ob der Freiherr v. Stein tatsächlich eine solche Lösung der Sprachenfrage gewünscht haben mag?“

„Und wieder finden wir eine ganze Reihe von Zitaten, die speziell zur Unterstützung der Behauptung zugeschnitten sind, daß alle Versuche, den Unterricht zweisprachig zu gestalten, nicht zum Ziele geführt hätten. Die polnischen Kinder hätten nicht deutsch gelernt und die deutschen Kinder sich polonisiert, — weiter — Zitate aus den Reden der Minister, aus Landtagsreden, aus Berichten von Schulräten usw. Pädagogische Motive im wahren Sinne des Wortes finden wir, können wir hierbei nicht finden, denn die Ausführungen des Schulrats Boß meiden die Pädagogik und stützen sich einzig auf politische Gründe. Nicht um die Wissenschaft, nicht um die Aufklärung der breiten Massen des polnischen Volkes handelt es sich Boß, sondern um deren Germanisierung, um das beste Mittel, das Gefühl der nationalen Sonderstellung aus ihnen auszurotten.

Das, was Bismarck oder Bülow über die Rechte der Polen auf Unterricht in der Muttersprache in verschiedenen Landtagsreden gesagt haben, alle Ausführungen Gößlers und anderer Persönlichkeiten, in denen dargetan wird, daß ohne die Aufhebung des Unterrichts in polnischer Sprache von einer Germanisierung der Polen nicht die Rede sein könne, die Anschauungen Virchow's, Bitters, Tiedemanns, Studts, die im preußischen Landtage gemacht worden sind, haben i. B. die gehörige Abfertigung erfahren, und übrigens sind das heute verklungene Echos. Auf sie zurückzukommen, auf sie seine Ausführungen zu stützen, das hätte ein Pädagoge, ein Schulrat, einer der Leiter der Volksaufklärung, noch dazu ein Staatsbeamter, nicht tun sollen. Andere Beweisgründe hatte er nicht, und konnte er nicht finden. Er hat in seiner Abhandlung die pädagogische Seite des Unterrichts in einer für die Kinder fremden Sprache auch

nur insoweit berührt, als er die Berichte von Schulräten oder von Pädagogen seines eigenen Zuschnitts über unseren Landesteil zitiert hat.

Alle Ausführungen des Schulrats Bock sind rein politischer Natur, was sich damit erklären läßt, daß er erzogen und aufgewachsen ist in einer Atmosphäre, in welcher es der Gipfel des Patriotismus war, den Polen alle Rechte zu bestreiten, und daß er heute sich noch nicht mit dem Glauben ausöhnen kann, daß Zeiten kommen könnten, in denen diese Rechte dennoch Berücksichtigung finden würden — nicht aus Gnade, nicht mit Rücksicht sogar auf die Polen, sondern im Interesse des Staats, im Interesse der wahren Aufklärung und Kultur, im Interesse der Gerechtigkeit.

Aber dieser erste Teil der Schrift ist in Wirklichkeit nur die Einleitung zu ihrer wahren Voraussetzung, deren Zweck ist, die Gefahr und die Verderblichkeit des angekündigten muttersprachlichen polnischen Religionsunterrichts nachzuweisen, als eine Gefahr sowohl für die deutsche Volksgemeinschaft, als auch für das deutsche Schulwesen. Angesichts der verheißenen Änderung des antipolnischen Kurses befürchtet der Verfasser, es könnte die „große pädagogische Tat“ umgestürzt werden, welche die Verfügung vom 7. September 1887 vollzogen hat, durch die die polnische Sprache vollständig aus der Volksschule beseitigt wurde, sogar aus dem Religionsunterricht, und seine weiteren Proteste gegen die angekündigte Einführung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache in den Volksschulen formuliert der Verfasser in noch schärferem Tone.

II.

Der bloße Gedanke der Einführung des polnischen Religionsunterrichts erfüllt den Schulrat Bock geradezu mit Entsetzen. Er würde darin einen nicht wieder gut zu machenden Fehler erblicken, umsomehr, als die Polen, wie er behauptet, nach der ganzen Hand greifen werden, wenn man ihnen einen Finger reicht. (Es folgt wiederum eine Reihe von Zitaten aus der Bock'schen Schrift; dann schließt das Blatt):

Wir betonen von neuem ausdrücklich, daß der Verfasser, wenngleich Pädagoge von Beruf, den muttersprachlichen Religionsunterricht mit keinerlei pädagogischen Beweismitteln bekämpft, denn es fiele ihm ja sehr schwer, solche aufzufinden. Er stützt seine Ausführungen lediglich auf eine wenig logische politische Beweisführung. Solche politische Broschüren verschiedener Zuschnitts gab es schon eine ganze Hochflut in der Zeit des Aufblühens der antipolnischen Politik, und bestimmt würde die Schrift des Schulrats Bock inmitten der polnischen Volksgemeinschaft ohne Echo vorübergegangen sein, wenn sie sich zu jener Zeit gezeigt hätte.

Aber heut — wo die Leiter des Staates von der parlamentarischen Tribüne her eine Neuorientierung, die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Polen ankündigen, ist die Auslassung eines wenn auch untergeordneten staatlichen Funktionärs, der mit aller Entschiedenheit gegen diese Versprechungen auftritt und uns sogar ausdrücklich alle Rechte abspricht, eine bemerkenswerte Erscheinung.

Wie kann man sich sogar eine Neuorientierung vorstellen, wenn unsere Forderungen nicht einmal auf dem Gebiete des Religionsunterrichts Berücksichtigung finden sollen? Das, was von oben her beschlossen werden wird, muß, ehe es zur Ausführung gelangt, ein ganzes Sieb nachgeordneter Instanzen durchmachen, und diese können, wenn sie ebenso gesonnen sind wie Schulrat Bock, alles bis zum Nichtwiedererkennen verzerren. Mit den Ansichten des Verfassers der Schrift zu polemisieren, die Grundlosigkeit aller seiner Behauptungen darzulegen, das verlohnt sich nicht, denn der Verfasser wird sich nicht überzeugen lassen, nachdem er einmal die Losung angewendet hat: „Nunquam retrorsum!“

Für ihn bestehen pädagogische Gründe nicht, seine Ansichten sind von einer falschen politischen Auffassung durchseht, die noch dazu mit einer unerhörten Dosis von nationalem Chauvinismus gewürzt ist und dem Verfasser nicht gestattet, die verhängnisvollen Fehler wahrzunehmen, die er in seinem vermeintlichen Philosophieren begeht.

Unserer Lage können solche Schriften nichts schaden. Bisher geht in der Schule alles noch gemäß den Anschauungen des Schulrats Bock her, und es kann schlimmer nicht werden. Wenn es aber besser werden soll, dann wird eine solche Äußerung ohne Eindruck vorübergehen, ja, sie kann für uns sogar günstig sein als unberufene Opposition gegen einen höheren Willen, als eine Opposition, die bereits eine starke Agitation entfaltet hat, wie wir aus dem Verlauf der Beratungen des Lehrervereins und aus der in ihr beschlossenen Resolution ersehen.

Eine kleine Bemerkung gestatten wir uns noch hinzuzufügen. Schulrat Bock gibt das eine Mal in einer Fußnote, ein zweites Mal im Verzeichnis der bei der Abfassung der Schrift verwendeten Literatur auch die Schrift: „Najważniejsza prawda dotycząca się Wielkiego Księstwa Poznańskiego“ an. Wir möchten nun erfahren, ob er es aus Geringschätzung der polnischen Sprache oder infolge Mangels an Intelligenz nicht verstanden hat, diesen Titel korrekt abzuschreiben? Das Auge des Schulrats ist doch sehr geübt im Herausfinden von Fehlern in Arbeiten von Schülern, und Herr Schulrat Bock würde es bestimmt einem Lehrer nicht ungerügt vorübergehen lassen, wenn dieser in der Arbeit irgend eines Schülers selbst in fremder Sprache derartige Fehler passieren lassen würde. Verlehte es vielleicht die nationalen Empfindungen des Herrn Rats Bock, den zitierten polnischen Titel vollständig korrekt zu übernehmen?

Aus Nr. 187 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 19. Mai 1917.

Um die polnische Sprache in den preussischen Schulen.

Zu der Zeit, wo die ganze Welt in ihren Grundfesten erschüttert wird, haben die Posener Herren Lehrer nichts Eiligeres zu tun, als über die Erhaltung des deutschen Charakters der Schulen in den polnischen Landesteilen zu beraten. Wie nämlich die deutschen Posener Blätter berichten, fand in diesen Tagen eine Versammlung des hiesigen Lehrervereins zwecks Besprechung der Schulpolitik in der Provinz Posen statt, an der sich der Oberbürgermeister Wilms, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, einige Professoren der Akademie und zahlreiche Gäste beteiligten.

In dieser Versammlung wurde eine Reihe von prinzipiellen Fragen erörtert, auf die wir eine Antwort schuldig sind.

Es wurde dort zunächst behauptet, daß die Simultanisierung der Schulen und die Bildung von Schulverbänden zum Ausgleich der nationalen Gegensätze und zu einer besseren sprachlichen Ausbildung der polnischen Kinder für Zwecke der Erteilung des Religionsunterrichts in der deutschen Sprache beitrage. Es wurde hier also, was ja sonst auch allgemein bekannt ist, ausdrücklich zugestanden, daß die bei uns bestehenden, in religiöser und nationaler Hinsicht gemischten Schulen zur Entnationalisierung der polnischen Kinder führen. Das nennt man also einen Ausgleich der nationalen Gegensätze, selbstverständlich nicht in dem Sinne, daß jeder Nationalität das geboten werden soll, was ihr rechtlich zukommt, sondern daß die polnische Nationalität von der Bildungsfläche verschwinde. Das Rezept ist sehr einfach: Wenn nämlich die polnischen Kinder zu deutschen Bürgern erzogen werden, und es auf diese Weise in der Provinz Posen keine Polen mehr geben

wird, dann würden — nach Ansicht der hiesigen deutschen Lehrer — auch die nationalen Gegensätze wegfallen. Aber die Sache liegt in Wirklichkeit denn doch anders: Die Schule wird nämlich in diesem Falle auch weiterhin noch unsere Rechte kürzen, aber das Polentum wird sie trotzdem nicht ausrotten. Die Gegensätze werden im Gegenteil solange bestehen, als es unter uns Deutsche geben wird, die leichtes Herzens die Parole zur Germanisierung ausgeben und selbst dazu beitragen, daß die polnische Bevölkerung in sprachlicher Hinsicht durch die Schule benachteiligt wird. Die von den deutschen Posener Pädagogen verkündeten Grundsätze enthalten also ein erneutes Attentat auf unseren eigenen Besitzstand. Wie kann das zu einer Versöhnung führen? Wir müßten ja höchstens selbst unser natürliches Recht auf unsere Muttersprache aufgeben — und das werden wir doch niemals tun. Wenn es den Posener Lehrern und ihren Beschützern wirklich auf einen Frieden mit uns ankommt, so mögen sie den Kampf gegen unsere Muttersprache aufgeben. Können sie das aber nicht tun, so mögen sie wenigstens den Mut haben, zu gestehen, daß sie uns offen den Kampf erklären: Wir werden diesen Kampf dann furchtlos aufnehmen, so oft es gelten wird, unsere polnische Sprache, die für jeden Polen das höchste Gut bildet, zu verteidigen.

In der erwähnten Versammlung wurde auf Grund einer halbschweigerischen Logik weiter behauptet, daß die deutsche Sprache sich mehr als die polnische dazu eigne, die abstrakten Religionsbegriffe den Kindern klar zu machen, weil bei dem deutschen Schulsystem die polnischen Kinder sich eine Geläufigkeit in der deutschen Sprache aneigneten, die sie in ihrer Muttersprache nicht beäßen. Vor allem ist die Prämisse dieser Behauptung falsch. Denn man braucht kein Pädagoge zu sein, um zu wissen, daß die Bemühungen des Germanisierungssystems in der Schule verfehlt bleiben, solange das polnische Elternhaus selbst dafür sorgt, daß die polnischen Kinder zu Polen heranwachsen. Diese Tatsache wird durch die Lebenspraxis vollauf bestätigt. Deswegen sind es vom pädagogischen Standpunkt aus geradezu ungeheuerliche Zustände, wenn die preußische Schule die sprachliche Grundlage ignoriert, welche das Elternhaus den Kindern mitgibt. Und wenn die hiesigen deutschen Pädagogen sich, wie es scheint, damit noch brüsten wollen, daß die Schule in einer so erschreckenden Weise die Muttersprache vernachlässigt, so disqualifizieren sie sich schon selbst als Volksschullehrer.

Ebenso wenig überzeugend ist ferner die Behauptung, daß der polnische Religionsunterricht in der Schule aus Mangel an polnischen Lehrern nicht erteilt werden könne. Dieser Mangel ist nämlich nur die Folge des bestehenden Schulsystems und der gegenwärtigen Schulpolitik, durch welche die Polen vom Lehrerberuf in den öffentlichen Schulen ferngehalten wurden. Wie viel tüchtige polnische Lehrer wurden nämlich „im Interesse des Dienstes“ in deutsche Provinzen verschickt? Und wie viele von ihnen haben ihrem Berufe nur deswegen entsagt, weil sie als Polen die germanisatorischen Tendenzen der Schulpolitik mit ihrer nationalen Gesinnung nicht in Einklang bringen konnten? Ändert sich aber das System, so wird auch der Mangel an polnischen Lehrern aufhören. Und wenn die hier amtierenden Lehrkräfte ihrer Aufgaben nicht genügen können, weil sie die Muttersprache der ihnen anvertrauten Kinder nicht kennen, so mögen sie Beschäftigung in jenen Gegenden suchen, woher sie gekommen sind, und mögen sie sich nicht in Amtsstellungen in den polnischen Landesteilen drängen. Die Schule soll nämlich für die Kinder da sein, und nicht umgekehrt. Das zeigt doch klar auch das Sprichwort von der Tabaksdose und der Nase.

In der Lehrerversammlung berief man sich auf den verstorbenen Erzbischof Stablewski, der i. J. den

Wunsch geäußert hat, daß die Regierung die Erteilung des polnischen Religionsunterrichts außerhalb des Schulunterrichts gestatten möchte. Wenn unser verstorbene Oberhirt seinerzeit einen solchen Wunsch äußerte, so ist das zu verstehen. Er konnte nämlich die Verwilderung der polnischen Jugend infolge des ungenügenden Religionsunterrichts in den deutschen Schulen nicht dulden. Er machte deshalb diesen Kompromißvorschlag, um menschliche Seelen zu retten. Dadurch wird jedoch unsere Forderung an die Schule nicht präjudiziert, daß sie die polnischen Kinder in der polnischen Sprache unterrichten muß.

Zum Schluß machen die deutschen Lehrerkreise auf die großen Änderungen aufmerksam, die infolge des gegenwärtigen Krieges eintreten werden. Und aus diesem Grunde richten sie einen warmen Appell an die Regierung, daß sie den Polen keine Zugeständnisse machen möchte. Wir glauben aber, daß die Verhältnisse sich stärker erweisen werden, als unsere Gegner und daß wir gerade solche Änderungen erleben werden, die uns mit Fug und Recht gebühren.

Aus Nr. 113 des Kraj (Lissa i. P.)

von 20. Mai 1917.

Eine politische Manifestation gegen die Änderung des Schulsystems in den polnischen Landesteilen.

Der Provinzialschulrat Herr Bock in Posen hat eine Broschüre gegen die Änderung des Schulsystems in den polnischen Landesteilen verfaßt.

Wir haben über diese Broschüre schon berichtet und zugleich festgestellt, daß Herr Bock während des Krieges nichts gelernt hat und deswegen die Pläne der Regierung zu durchkreuzen sucht. Sonst müßte er doch schon wenigstens so viel wissen, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo die Polen das endlich erhalten müssen, was ihnen auf Grund der Verfassung gebührt. „Suum cuique!“

Wie nämlich die deutsche Bevölkerung ihre deutsche Schule nicht nur im Lande, sondern auch im Auslande besitzt und zu jeder Zeit bemüht ist, sie zu erhalten, wobei sie sowohl von Seiten Deutschlands, wie von Seiten der gerechten Regierungen im Auslande unterstützt wird, so haben auch die Polen ein Anrecht auf die polnische Schule, zumal in ihren eigenen polnischen Landesteilen.

Die polnische Bevölkerung in Preußen wurde jedoch in den letzten 30 bis 40 Jahren auf dem Schulgebiete nicht nach dem erhabenen Grundsatz: „Suum cuique“ — jedem das Seine — behandelt. Aus angeblich hochpolitischen Gründen, die sich aber nur auf die übermächtige Staatsraison und auf die Staatsallmacht stützten, wurde nämlich die polnische Sprache als Unterrichtssprache fast gänzlich ausgeschaltet; es wurde ihr nur eine bescheidene, sehr bescheidene Stelle als Unterrichtsgegenstand auf den untersten Stufen eingeräumt, wo sie nach allgemeiner Ansicht dem Aussterben geweiht war...

Der Krieg hat aber gezeigt, daß ein solches Schulsystem ein verhängnisvoller politischer Fehler war.

Denn selbst Rußland, mit dem man in dieser Hinsicht stets zu rechnen pflegte, hat es in seinem Russifizierungssystem nicht so weit gebracht. Dafür hat es aber in der polnischen Presse um so eifriger die Breschener Affäre und ähnliche Vorfälle zu ungunsten Preußens und Deutschlands in den polnischen Kreisen auszunützen verstanden... Das hatte nun auch seine Folgen und hat sie ebenso heute.

Im Gegensatz hierzu hat Österreich in Galizien und im Österreichisch-Schlesien ein gerechtes, natürliches Schulsystem eingeführt. Es erntete dafür auch die Früchte auf dem politischen Gebiete schon früher,

es erntete sie während dieses Krieges und es wird sie in derselben Weise auch nach dem Kriege ernten.

Die Polen standen nämlich und stehen auch jetzt noch, ebenso wie alle andern Slawen in Österreich, während dieser schrecklichen Kriegswirrnisse trotz allem und selbst trotz — der Entgleisungen einzelner Individuen aus ihrer Mitte, auf welche die Gegner der Slawen bei jeder Gelegenheit aufmerksam zu machen suchten, treu auf Seiten der österreichischen Monarchie, auf Seiten des ehrwürdigen verbliebenen Kaisers und — seines gegenwärtigen Nachfolgers.

Gegen 25 Millionen Slawen sind heute für die Sache Österreich-Ungarns einzutreten bereit.

Und es handelt sich gegenwärtig darum, noch gegen 25 Millionen andere, besonders Polen, zu gewinnen.

Deswegen müßten die deutschen Politiker, die gegen uns auftreten, und besonders unsere germanisatorischen Lehrkreise, einsehen, wie sehr durch die außerordentlich wichtige Schulfrage auch das politische Interesse Deutschlands in Mitleidenenschaft gezogen wird.

Das polnische Volk, das 25 Millionen Seelen zählt, hat nun seine eigene, polnische Schule in Galizien und im Königreich Polen, aber es hat sie nicht in den polnischen Landesteilen der preußischen Monarchie. Das widerspricht nicht nur der preußischen Verfassung, sondern vor allem auch dem natürlichen und übernatürlichen göttlichen Geseze. Ein solches ungerechtes System kann und darf nicht weiter aufrechterhalten werden.

Der schreiendste und zugleich gefährlichste Widerspruch besteht aber darin, daß im Königreich Polen jetzt schon polnische Schulen bis zu den höchsten Lehranstalten in Warschau existieren, — während in den polnischen Landesteilen Preußens das Schulsystem immer noch deutsch ist. Dieses germanisatorische preußische System hat aber Deutschland in der öffentlichen Meinung seiner Nachbarn und der ganzen Welt schon sehr viel geschadet. Das hat sich vor allem während dieses Krieges gezeigt.

Daraus will nun jetzt die preußische Regierung — mit dem Reichskanzler an der Spitze — die Lehre ziehen, die ihr unterstellten Lehrer verharren jedoch hartnäckig bei der alten Methode...

Der Reichskanzler will jetzt im wohl verstandenen Interesse nicht nur des Deutschen Reichs, sondern auch der Mittelmächte, die nach dem Kriege noch mehr, als bis dahin, politisch und wirtschaftlich auf sich selbst angewiesen sein werden, in den preußischen Ostmarken Ordnung schaffen.

Gegen 50 Millionen West- und Südslawen sollen nämlich auch weiterhin im Bunde und in Freundschaft mit den Mittelmächten und der Türkei stehen und mit ihnen eine mächtige Koalition gegen das gewaltige Rußland bilden. Dieses Rußland wird ja in nächster Zukunft (durch Beseitigung der Trunksucht und durch Einführung des Schulzwanges) sicher neu aufgebaut werden; es wird auch in industrieller Hinsicht mit Hilfe Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten gut organisiert werden, die dabei ihre Anleihen von ungefähr 100 Milliarden zu retten suchen werden. Vor allem wird es aber eine tüchtige militärische Ausrüstung erhalten, wobei nicht zu vergessen ist, daß es nach 20 bis 25 Jahren bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 7 Millionen Menschen zweifellos gegen 250, und vielleicht sogar 300 Millionen Einwohner zählen wird.

Wer wird nun einem solchen Kolosß widerstehen können, zumal in der neuen „föderierten russischen Republik“ die Freiheit für alle Völker eingeführt werden soll?

Wer wird ihm widerstehen können, wenn auch die besiegte Entente den Mittelmächten keineswegs freundschaftlich gesinnt sein wird?

Deswegen liegt es im Interesse der Mittelmächte, daß die Schulfrage in unseren Landesteilen zur Zufriedenheit unserer polnischen Bevölkerung sowie des ganzen polnischen Volkes und aller Slawen erledigt werde.

Die Gerechtigkeit, die uns hier auf Grund der preußischen Verfassung möglichst bald widerfahren wird, wird auch auf das Königreich Polen sehr günstig einwirken.

Im Gegensatz hierzu hat sich aber der Posener Lehrerverein, offenkundig durch die Broschüre des Herrn Bock ermuntert, gegen die Änderung des Schulsystems in der Provinz Posen ausgesprochen. Der deutsche Charakter der Schule soll weiter erhalten werden, und jede Änderung desselben ist nach Ansicht dieser Posener Lehrer, die nur für Simultanschulen schwärmen, als „verhängnisvoll“ anzusehen. Von dem weiteren Ausbau des bisherigen „erprobten“ Systems der Volksschule erwarten die Herren Lehrer aus dem Lehrerverein auch einen Ausgleich der nationalen Gegensätze (?!).

Eine Änderung der Schulpolitik würde nach ihrer Meinung einen Schaden für das ganze Schulwesen zur Folge haben und die Tätigkeit der Lehrer in den Ostmarken erschweren.

Es ist zu bedauern, daß hier so wenig Verständnis für die veränderte politische Lage gezeigt wird. Ebenso muß man sich darüber wundern, daß die Lehrer als Beamte einer gerechten Änderung des Schulsystems Schwierigkeiten zu bereiten suchen.

Aber von Lehrern, die Anhänger der Simultanschulen sind, konnte man eigentlich einen anderen Standpunkt nicht erwarten. Aus dem offiziellen Referat der Lehrerversammlung ergibt sich ja auch, daß diese Lehrer aus dem Lehrerverein sich in erster Linie gegen die Erteilung des Religionsunterrichts durch unsere ehrwürdige Geistlichkeit wenden. So fehlt es dort auch nicht an Angriffen gegen diese Geistlichkeit, von der das Referat behauptet, daß sie ihren Einfluß nicht in einer versöhnlichen oder deutschfreundlichen Richtung ausüben werde.

Gegen solche Insinuationen und Angriffe müssen wir hier auf das entschiedenste Perwahrung einlegen.

Unsere hl. Kirche soll den ihr gebührenden Einfluß auf die Schule haben. Und in den polnischen Landesteilen soll auch die Schule für die polnische Bevölkerung polnisch sein, vor allem aber der Religionsunterricht, der Kirchengesang usw.

Ein religiöses Volk bleibt nämlich der Monarchie am treuesten; es läßt sich nicht vom Sozialismus und Anarchismus umgarnen. Die gegenwärtigen Zeitsymptome liefern den besten Beweis dafür.

Gegen die revolutionären Strömungen, die jetzt sogar den Weg nach Rußland, das 80 Prozent Analphabeten zählt, gefunden haben, ist ein Schutzdamm aufzurichten.

Deswegen wäre tatsächlich eine solche Entschließung der Lehrer mehr am Platze gewesen, in welcher die Bereitschaft zum Ausdruck gekommen wäre, die Absichten der verantwortlichen Leiter der preußischen und deutschen Politik zu unterstützen. Eine solche Resolution hätte der Sache Preußens, Deutschlands und der Mittelmächte wirklich einen politischen Dienst erwiesen.

Und wenn jemals, so ist gerade jetzt jede Unterstützung der Mittelmächte notwendig, die zum Heil der Völker, sowie in ihrem eigenen wohl verstandenen Interesse und ebenso im Interesse der ganzen Menschheit einen möglichst vorteilhaften Frieden zu erreichen suchen.

Aus Nr. 115 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 23. Mai 1917.

Die Regierung und die Hafatisten.

Die antipolnische Bewegung, die in manchen deutschen Kreisen immer kühner ihr Haupt erhebt, ist eine Erscheinung, der man besondere Beachtung schenken muß. Wir stehen jetzt kaum am Anfange jener neuen Polenpolitik der Regierung, welche als ein Teil der „Neuorientierung“ in Preußen angekündigt wurde. Es sind kaum erst die Elemente der schlimmsten oder vielmehr schreiendsten Ausnahme-gesetze beseitigt, und der Weg zur vollständigen Gleichberechtigung ist noch so weit entfernt, daß man sein Ende selbst durch die Brille des rosigsten politischen Optimismus nicht sehen kann. Und bei diesen ersten behutsamen Versuchen der Regierung erhebt die Alique der Hafatisten schon ein Murren der Unzufriedenheit, indem sie deutlich erkennen läßt, daß jeder weitere Schritt auf diesem Wege auf den äußersten Widerstand der ganzen Phalanx der Hafatisten stoßen werde.

Eine ganze Reihe von Erscheinungen aus der letzten Zeit deutet darauf hin, daß die hafatistische Fronde sich jetzt, nachdem sie sich von den ersten Kriegseindrücken erholt hatte, auf der ganzen Linie mit der alten Rücksichtslosigkeit zum Kampf rüstet, — mit einer Rücksichtslosigkeit, die sie in der alten guten Zeit schon in so vielen Fällen erprobt hat. Unsere Leser werden sich wohl noch an die bekannte Erklärung des Hauptvorstandes des „Ostmarkenvereins“ in Berlin vom 16. April erinnern, in der kategorisch erklärt wurde, daß eine Änderung der antipolnischen Politik unmöglich sei. Einen neuen Beweis für diese hafatistischen Strömungen finden wir neulich in jener Versammlung des Posener Lehrervereins, wo unsere „ausgezeichneten Pädagogen“ mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig wäre, gegen die „Gefahr“ protestierten, die mit der Einführung der polnischen Sprache beim Religionsunterricht in der Schule verbunden wäre. Es lassen sich kaum Worte finden zu einer richtigen Kennzeichnung einer solchen Verblendung und eines solchen Eigensinns, mit welchem hier die Herren Germanisatoren, indem sie ihre Augen gegenüber allem, was in der Welt sonst vorgeht, verschließen, der polnischen Sprache die ihr gebührenden Rechte in der Schule abzuspochen suchen. Das Gift des Hafatismus ist in das Gehirn dieser patentierten Erzieher so tief eingedrungen, daß sie sich weder um das von den Polen für die Sache Deutschlands verspritzte Blut, noch um die von der Regierung versprochene „Neuorientierung“, noch auch um die Tendenz nach Freiheit und Gleichberechtigung kümmern, die sich jetzt in der ganzen Welt kundgibt. Die Schule soll auch weiterhin ein Werkzeug der Germanisierung bleiben und damit Schluß, — so lautet das dreiste Dekret der Posener Lehrer.

Und es scheint, daß die Sache mit der Versammlung der Posener Lehrer nicht ihr Ende erreicht hat, sondern daß es sich vielmehr um eine organisierte Aktion sämtlicher deutscher Lehrer in der Provinz Posen handelt, welche die Vorhut des Hafatismus bilden. Denn das „Posener Tageblatt“ teilt mit, daß auch in Unruhstadt eine Versammlung des dortigen Lehrervereins stattgefunden hat, in der die Frage der polnischen Unterrichtssprache erörtert wurde und eine Resolution zur Annahme gelangte, in welcher gegen jede Änderung der bisherigen Schulpolitik Verwahrung eingelegt wird. Im Schlußsatz dieser Resolution wird auch festgestellt, daß „die deutsche Sprache als Unterrichtssprache in allen Volksschulen und in allen Lehrfächern erhalten werden soll“. Wir sehen also, daß die Herren Lehrer in Unruhstadt keinen Spaß verstehen und sich in keine Kompromisse einlassen wollen. Auf diese Weise geht die Regierung

ihren Weg und diese Herren auch den ihren. Und da kann man wirklich neugierig sein, wer denn eigentlich siegen wird, ob Herr von Bethmann-Hollweg in Berlin, oder die kriegerisch gestimmten Pädagogen in Unruhstadt. Diese Gegenüberstellung kann zwar humoristisch erscheinen. Dem ist aber nicht so. Denn hinter den Herren Lehrern in Unruhstadt stehen zahlreiche und mächtige hafatistische Kreise, die bis in die höchsten Stellen der bürokratischen Hierarchie reichen, und die zu ihrer Verfügung sowohl die Presse, als auch Geld, und schließlich auch weitgehende Einflüsse haben.

Und in welcher Weise die Presse schon auf das Projekt der Aufhebung des Enteignungsgesetzes reagiert hat, zeigen die Stimmen, die wir gestern im Zusammenhange mitgeteilt haben. Deswegen unterliegt es auch keinem Zweifel, daß jeder weitere Schritt der Regierung auf dem Wege der Neuorientierung auf einen um so größeren Widerstand der Hafatisten stoßen wird. Und es ist schwer vorzusagen, wie die Regierung mit dieser Fronde, die sie an ihrem eigenen Busen großgezogen hat, fertig werden wird. Jedenfalls muß man vor allem darauf gefaßt sein, daß die Opposition gegen den „neuen Kurs“, — wie das Beispiel der frondierenden Lehrer zeigt, — eine starke Unterstützung in den Beamtenkreisen und hauptsächlich unter den Beamten in unseren Landesteilen finden wird. Das antipolnische System, das über zwanzig Jahre dauerte und mit eiserner Strenge durchgeführt wurde, so daß keine Abweichung und kein Widerspruch geduldet wurden, ist nämlich schon so sehr in Fleisch und Blut sämtlicher Beamtenkategorien übergegangen, daß jede Änderung dieses Systems, wenn nicht auf offene Opposition, so doch auf passiven Widerstand stoßen wird.

Ob aber die Regierung auch nur den zehnten Teil jener Energie, welche sie bei der Vertiefung und Einschärfung des antipolnischen Systems gezeigt hat, jetzt auch dabei entfalten wird, was die Hafatisten etwas zu früh „Liquidierung der Ostmarkenpolitik“ nennen, erscheint uns zweifelhaft. Die neuen Männer, die jetzt in die leitenden Beamtenstellen in Posen und Bromberg eingerückt sind, bilden jedenfalls in politischer Hinsicht ein noch unbeschriebenes Blatt. Aber man darf wohl annehmen, daß die Herren Kirchstein und von Bülow sich den Intentionen in Berlin doch mehr anpassen werden, als ihre Vorgänger, die uns nicht gewogen waren. Jede Illusion in dieser Hinsicht wäre jedoch auch hier gefährlich. Jedenfalls erfordern die veränderten Verhältnisse kühne Entschlüsse und großzügige Entwürfe. Denn jede Politik, die zwischen den Erfordernissen der Neuzeit und den Forderungen des Hafatismus, die jetzt von neuem hartnäckig wiederkehren, lavieren würde, wäre im voraus dem Bankerott geweiht.

Aus Nr. 114 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 22. Mai 1917.

Die polnische Sprache in der Schule.

Unsere Leser werden sich gewiß noch unserer Artikel erinnern, die wir infolge der bekannten antipolnischen Forderungen des Schulrats Bock geschrieben haben. Heute wollten wir an den Inhalt unserer Ausführungen, sowie daran erinnern, daß nur durch eine Gleichberechtigung auf dem Schulgebiete eine wirkliche Änderung der antipolnischen Front eintreten kann. Wir wußten es sehr gut, daß auf dem Herd der Schule, als auf der Grundlage der Erziehung der Jugend, der größte Widerstand gegen alle Pläne der Regierung eintreten wird, selbst wenn diese Pläne nur eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse und noch nicht eine Gleichberechtigung bezwecken würden, die

sich in dem polnischen Schulwesen charakterisieren würde.

Die bestehende Gegnerschaft rührt merkwürdigerweise aus Lehrerkreisen her und wird unter dem Patronate einiger Professoren der Posener Akademie und des Posener Oberbürgermeisters betätigt. Vor einigen Tagen wurde in Posen eine Sitzung des Posener Lehrervereins abgehalten, über welche die Posener Blätter eingehend berichtet haben.

Die Erklärungen dieser Lehrerschaft bedürfen nicht vieler Worte, weil sie sich selbst charakterisieren. Das ist ein typisches Beispiel der politischen Ausnutzung der Schule und des Lehrers, zweier Typen, die wegen ihrer ehrenvollen pädagogischen Mission außerhalb aller Politik stehen müßten.

Wie weit aber die politisch-nationalistische Versunkenheit geht, beweist die Tatsache, daß sich in der Versammlung sogar eine Stimme dafür erheben kann, den Religionsunterricht in den ersten zwei Schuljahren ganz auszuschließen, nur um den polnischen Unterricht fernzuhalten. Solchen Stimmen gegenüber kann man unmöglich schweigen. Es ist aber wunderbar, daß sich unter dem Einflusse politischer Voraussetzungen derartige Stimmen erheben können, die mit dem Grundsatz der Regierung, daß der Religionsunterricht in der Schule zu erteilen sei, im Widerspruch stehen.

Die Auspielung des verstorbenen Herrn Erzbischofs Florian als Zeugen für die Ausschaltung des Religionsunterrichtes aus der Schule ist ein Mangel an Achtung gegen das Andenken unseres großen Oberhirten. Denn die Worte des Herrn Erzbischofs von Stablewski sind unter ganz andern Umständen, unter dem Hochdruck der antipolnischen Schulpolitik gefallen. Außerdem sind sie in der Sorge gefallen, den Kindern die Grundsätze des Glaubens und der Moral in der Muttersprache angeeignet zu lassen. Heute aber, nachdem die „Neuorientierung“ angekündigt ist, müßte die Pflicht des polnischen Unterrichts auf die Schule übergehen, und zwar vor allen Dingen im Religionsunterricht.

Die Posener Pädagogen sind aber anderer Ansicht. Sie möchten bei der Erziehung auf dem sogenannten Simultan-System den Religionsunterricht in der Muttersprache namens der politischen Voraussetzungen beseitigen. Herr Dr. Wilms, der katholische Oberbürgermeister von Posen, hat in den ihm untergebenen Lehrern gelehrige Nachahmer gefunden.

Aus Nr. 114 des Kraj (Lissa)
vom 22. Mai 1917.

In Verteidigung des Religionsunterrichts und unserer Geistlichkeit.

Der Posener „simultane Lehrerverein“ hielt es für erforderlich, zu seiner letzten Sitzung eine ganze Anzahl Gäste einzuladen, darunter auch den Oberbürgermeister, den Stadtverordnetenvorsteher, einige Akademieprofessoren und zahlreiche andere Gäste. (Es folgt eine Skizze der in dieser Versammlung von den Referenten, Mittelschullehrer Bischofs und von einigen Diskussionsrednern in Sachen der Schulpolitik gemachten Ausführungen — dann schreibt das Blatt weiter:)

„In obigen Ausführungen befindet sich vor allem ein Attentat auf den katholischen Charakter der Schule. Ausdrücklich verlangen die Lehrer eine weitere Simultanisierung, und zwar nicht nur zum Schaden des Katholizismus, sondern auch der polnischen Sprache, bezüglich deren Kenntnis unter der Jugend diese Ausführungen die bekannten verböhrten Behauptungen der verbissenen Germanisatoren enthalten.“

Besonders merkwürdig klingt im Munde dieser Leute die Behauptung, daß durch die Simultanschule auf diese Weise die nationalen Gegensätze würden ausgeglichen werden. Es ist das eine ungewöhnliche Täuschung. Wenn der polnischen Bevölkerung sowohl auf dem religiösen, als auch auf dem nationalen Gebiet unaufhörlich weiter Unrecht widerfährt, — dann werden sich doch die Gegensätze nicht ausgleichen lassen. Keine Kunst des Germanisierens wird dem polnischen Kinde die Seele aus der Brust reißen. Dafür sorgt die göttliche Vorsehung, welche über der an dem heiligen Glauben hängenden Nation wacht. Dafür sorgen die polnische Mutter, der fürsorgliche Vater, die ganze Volksgemeinschaft.

In den folgenden Ausführungen des Referats über die Versammlung des Posener Lehrervereins sind Angriffe und Verdächtigungen unter der Adresse unserer verehrungswürdigen Geistlichkeit enthalten. (Es folgen die einschlägigen Ausführungen des Berichts über die Versammlung; dann schreibt der „Kraj“ weiter:)

„Gegen solche Bestrebungen protestieren wir auf das energischste. Der Religionsunterricht muß in der Schule in der Muttersprache erteilt werden, sonst leidet die religiöse Erziehung des Kindes. Die Schule soll keine religionslose Gemeinschaft erziehen, denn in diesem Falle wird sie zu einem revolutionären Mittel, zu einem Werkzeug des sozialen und politischen Umsturzes. Eine religiöse Bevölkerung hält an Thron, Altar und Monarchie fest, eine religionslose unterliegt dem sozialdemokratischen Umsturz und geradezu der Anarchie. Ein religionsloses Volk ist — sei es auch nur in gewissen Schichten — dem Verderben, dem Aussterben ausgesetzt. Daran hätten die Herren Lehrer nebst ihren Gästen denken müssen, bezüglich deren Rolle wir aus dem Bericht leider nichts erfahren. Unseres Erachtens hätten die Herren Akademieprofessoren und der Herr Oberbürgermeister — wenn sie schon keinen anderen Beweisgrund anerkannt hätten — hierauf aufmerksam machen müssen.“

Über die äußeren politischen Argumente haben wir uns bereits ausgelassen — heute führen wir wichtige Beweisgründe an, die bezüglich des inneren Baues des Staates obwalten. Der Religionsunterricht darf nicht in die Reihe der Gegenstände hinabgestoßen werden, die außerhalb des Lehrplans der Schule oder an den im übrigen freien Nachmittagen erteilt werden. Denn die Religion ist die wichtigste Sache, der wichtigste Gegenstand.

Außerdem weisen wir eben so entschieden die von den Herren Lehrern gegen unsere verehrungswürdige Geistlichkeit gerichteten Angriffe zurück. Man könnte sagen, daß die Allgemeinheit unserer Geistlichen mit ihrer erhabenen Mission zu hoch stehe, daß es somit der Proteste nicht bedürfe und es sich sogar nicht lohne, darüber Worte zu verlieren. Unseres Erachtens walten jedoch Umstände ob, welche heißen, daß man der Wahrheit die Ehre gebe und die Angriffe der Lehrer mit Rücksicht auf die Sache der Schule zurückweise. Es ist das nämlich eine allzuwichtige Sache — und ihre Gescheide werden gegenwärtig gewogen. Darum wenden wir uns entschieden dagegen, daß man unserer Geistlichkeit die Rolle von „Aposteln des Hasses“ in Schule und Pfarodie zuschreibt. Unsere Geistlichkeit faßt ihre erhabene Mission nicht so auf, wie die Herren Lehrer behaupten, sondern sie arbeitet im katholischen Geiste, im Geiste der Religion, der Liebe des Nächsten und des Feindes, und sie umgibt dabei naturgemäß die Verfolgten mit herzlicher Liebe und Sorge. Die polnische Nation erfährt im übrigen in dieser Hinsicht auch Obhut seitens der Geistlichen deutscher Nationalität, seitens wahrer Apostel und Schüler Christi. Wir stellen das im Namen der Wahrheit fest. In der katholischen Kirche darf es nicht anders sein.

(Es folgen weitere Ausführungen aus dem Bericht über die Versammlung, sowie der Wortlaut der gefaßten Entschließung — dann schließt das Blatt:)

„Obiger Beschluß des Lehrervereins wird, wie wir hoffen, in den maßgebendsten Instanzen kein Gehör finden, obgleich ihr Inhalt auf die Schrift des Schulrats Bock gestützt ist. Gesähle es anders, so wäre das der verhängnisvollste Fehler, und der den Interessen der Mittelmächte zugefügte Schaden wäre unberechenbar — nicht nur für jetzt, sondern für alle Zeiten.

Es scheint uns geboten, daß unsere Volksgemeinschaft sich hinsichtlich der Schule ausspreche. Natürlich hat unsere höchste geistliche Behörde, der hochwürdigste Herr Erzbischof, in dieser Sache zuerst das Wort. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß er diese überaus wichtige Sache mit heißer Sorge umfaßt. Wenn doch seine Bestrebungen von gutem Erfolg gekrönt wären!

Außerdem könnten jedoch die Fraktion oder die Volksgemeinschaft selbst sich in einer an die Regierung gerichteten Denkschrift oder in einer mit zahlreichen Unterschriften versehenen Bittschrift vernehmen lassen. Die etwa eintretenden Schwierigkeiten müssen trotz des Krieges überwunden werden. Sowohl in der Denkschrift, als auch in der Bittschrift müßte man nicht nur in Verteidigung des muttersprachlichen Unterrichts, sondern auch in Verteidigung unserer Geistlichkeit auftreten. Die Geistlichkeit gibt wie ein guter Hirte ihr Leben für das ihrer Obhut anvertraute Volk her — darum können auch die Gläubigen bei der Verteidigung der Rechte des heiligen Glaubens und der Nation die Verteidigung der Geistlichkeit geradezu nicht unterlassen.

Wir bitten, daß sich in dieser überaus wichtigen Sache unsere geschätzten Leser auslassen möchten, von deren brieflichen Fingerzeigen wir gern Gebrauch machen werden.

Aus Nr. 37 der Prawda (Posen)
vom 22. Mai 1917.

Die neuen politischen Verhältnisse in den polnischen Landesteilen.

Unser Blatt trat schon seit seiner Gründung klar und deutlich für eine Neugestaltung der politischen Verhältnisse in den polnischen Landesteilen ein.

Wir haben auch niemals etwas verheimlicht oder vertuscht, sondern nannten die Sache stets offen und ausdrücklich bei ihrem eigentlichen Namen.

Was das Königreich Polen anbelangt, so waren wir immer der Ansicht, daß es nicht nur selbständig, sondern auch unabhängig sein müßte.

Wir vertraten auch die Auffassung, daß diese Frage für uns die wichtigste sei und daß ihr die Interessen der einzelnen Landesteile unterzuordnen wären.

Wir traten weiter entschieden dafür ein, daß unsere Reichstags- und Landtagsfraktion aktiv an derjenigen Politik mitarbeiten sollten, welche die Mittelmächte und vor allem Preußen und Deutschland zu führen gewillt sind.

Denn für die polnischen Politiker muß die alte Wahrheit Geltung haben, daß man durch Nichtstun und — oft verzweiflungsvolles Händeringen nichts erreichen kann.

Für die nationale Sache muß man auf dem politischen Gebiete ehrlich tätig sein...

Die Lösung „Ruhig sitzen und nichts tun“ ist verderblich sowohl im gewöhnlichen Leben jedes einzelnen Menschen, als auch im politischen Leben eines Volkes...

Deswegen sind jetzt im Königreich Polen die Mitglieder des Staatsrates um den Wiederaufbau des polnischen Staates eifrig bemüht.

Die Leiter der polnischen Politik haben dort ihre frühere Passivität schon vollständig aufgegeben, und sie sind damit beschäftigt, den Erzherzog Karl Stephan zum König oder zum Regenten zu wählen und eine starke polnische Regierung ins Leben zu rufen.

Und sie sind, wie es scheint, von ihrem erhabenen Ziele nicht mehr weit entfernt...

Die Auscheidung Galiziens nimmt angesichts dessen auch einen anderen Verlauf an. Die polnische Fraktion in Wien und der Senat der Krakauer Universität haben sich nämlich jetzt für die Vereinigung Galiziens mit dem Königreich Polen unter dem Zeppter eines Mitgliedes des habsburgischen Hauses ausgesprochen...

Und sie konnten es tun, nachdem ihnen das Königreich Polen den Weg hierzu geebnet hatte... Sie konnten es tun, nachdem auch der verstorbene Kaiser Franz Joseph die Auscheidung Galiziens aus der österreichischen Monarchie feierlich versprochen und der Kaiser Karl erklärt hatte, daß er das politische Testament des verbliebenen Monarchen treu halten werde...

So hat uns Polen der Krieg und schließlich auch der Sturz des Zarentums viel geholfen... In Warschau muß jetzt aber möglichst bald ein Monarch den polnischen Thron besteigen, damit wir einen Schutzwall gegen die Umsturzideen erhalten, die uns von Osten her drohen...

Die politischen Verhältnisse im Königreich Polen werden einen Einfluß auch auf die politische Lage in unseren Landesteilen ausüben — und umgekehrt.

Das Gute also, das wir hier erleben werden, wird einen herzlichern Widerhall im Königreich Polen, in Galizien sowie bei allen Slawen finden.

Damit müssen jetzt schon alle bisherigen Vollstrecker der preußischen Politik in unserem Lande rechnen — von dem Regierungspräsidenten an bis zum Gendarmen, ja sogar bis zum letzten Nachwächter...

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und seine Mitarbeiter führen jetzt zwar die Pläne unseres Monarchen schon aus, die ihren Ausdruck in den Worten vom 4. August fanden: „Ich kenne keine Parteien mehr“...

Aber die ihnen unterstellten Organe im Lande und in der Provinz fügen sich noch nicht so leicht...

Da muß man aber noch Einsicht haben... Man darf ihre an und für sich schon schwere Aufgabe nicht noch schwerer machen. Sie wird ja in Kriege ohnehin schon dadurch erschwert, daß unsere Behörden viele andere Sorgen, besonders mit der Ernährung haben... Über seine eigene Sache und über sein Recht muß man jedoch stets sorgsam wachen.

Die Regierungspräsidenten und verschiedene Landräte treten jetzt bei uns von ihren Posten zurück. So kommt nach Posen als Regierungspräsident Herr Dr. Kirschstein vom Eisenbahnministerium; nach Bromberg wurde als Regierungspräsident der Oberpräsident aus Königsberg Herr von Bülow berufen. Auch eine ganze Reihe neuer Landräte wird es geben, z. B. in Koschmin, in Pleschen usw.

Es treten also wirklich neue politische Verhältnisse in den polnischen Landesteilen ein...

Auch der Sprachenparagraph des Vereins- und Versammlungsgesetzes wurde aufgehoben. Man wird überall polnisch sprechen dürfen... ohne Rücksicht auf die durch die Volkszählung festgestellte Zahl der polnischen Bevölkerung. Es droht uns somit auch die Gefahr nicht mehr, daß wir nach 11 Jahren den Mund werden halten müssen...

Außerdem wurde jetzt auch im preußischen Abgeordnetenhaus ein Entwurf eingebracht, auf Grund dessen das Enteignungsgesetz in den polnischen Landesteilen aufgehoben werden soll. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Entwurf angenommen

werden wird. Bis dahin wurde die Enteignung von vier polnischen Gütern durchgeführt. Sobald aber der neue Entwurf Gesetzeskraft erlangt haben wird, wird man uns von unserem Heimatsboden nicht mehr verjagen können.

Es müssen allerdings auch außerdem noch viele andere Fragen erledigt werden, so z. B. die Schulfrage, die Ansiedlungsfrage (die Frage der Berechtigung zum Bau eines Wohnhauses) usw.

In der Schulfrage werden aber jetzt schon Verhandlungen gepflogen. Die Lehrer, vor allem die Anhänger der Simultanschulen in Posen, widersetzen sich allerdings mit dem Schulrat Herrn Bock an der Spitze einer Besserung der Schulverhältnisse im Sinne der Wünsche der polnischen Bevölkerung. In einer Versammlung, über deren Verlauf in den deutschen Blättern berichtet wird, sprachen sie davon, daß die bisherige Unterrichtsmethode in den Schulen erprobt und daher natürlich auch gut sei, und daß man das Schulwesen deswegen auf derselben Grundlage weiter ausbauen müsse, sonst könnte es schlimmer kommen. Sie sprachen in dieser Versammlung auch davon, daß der Religionsunterricht außerhalb des Schulunterrichts, nämlich an den freien Nachmittagen erteilt werden könnte. Diesen Unterricht müßten dann die Geistlichen übernehmen. Andererseits wurde aber in derselben Versammlung unsere hochverehrte ehrwürdige Geistlichkeit verdächtigt, daß sie unsere Bevölkerung aufhebe. Es wurde nämlich behauptet, daß unsere Geistlichen ihren Einfluß auch auf die Schuljugend nicht in einem verständlichen und deutschfreundlichen Sinne ausüben würden.

Durch eine so ungerechtfertigte Verdächtigung haben aber die Posener Lehrer nur ihrer eigenen Sache geschadet.

Jeder Geistliche, und vor allem jeder polnische Geistliche ist ein Apostel der Nächstenliebe, und er wird deshalb auch niemanden zu Feindschaft ermuntern. Um so weniger wird er in der Schule, besonders im Religionsunterricht, wo er die Glaubenswahrheiten zu erklären hat, zu einem sündhaften Hass aufreizen.

Aus diesem Grunde protestieren wir gegen eine solche Verdächtigung unserer hochwürdigen Geistlichkeit mit aller Entschiedenheit, und wir brandmarken die betreffenden Redner aus den Lehrerkreisen als Leute, die ohne jeden Beweis etwas Unwahres behaupten.

Darüber schreiben wir übrigens ausführlicher an einer anderen Stelle.

Nachdem jetzt in der inneren Politik Preußens und Deutschlands uns gegenüber ein Umschwung eingetreten ist, wird wohl schon jeder zugeben müssen, daß die „Prawda“ recht hatte, als sie schrieb, daß eine Besserung unserer politischen Lage sowie überhaupt eine bessere Zukunft zu erwarten wäre...

Ebenso wird jetzt jeder einsehen müssen, daß die Ratschläge der „Prawda“ gut sind, wenn sie dazu ermuntert, am öffentlichen Leben und an der Politik sich aktiv zu beteiligen, und wenn sie die nationaldemokratische Losung: „Nichts tun, — ruhig sitzen!“ verurteilt.

Die „Prawda“ wußte nämlich, daß diese Losung zu nichts anderem, als zum Verderben führt...

Sie wußte auch, daß diese Losung auf dem Boden der Nationaldemokratie aufgewachsen ist, der mit der Ungläubigkeit verwandt ist.

Und die neuen politischen Verhältnisse in den polnischen Landesteilen können sich doch nur auf eine gläubige Bevölkerung stützen, die fest zu unserer hl. Kirche steht und an dem politischen Leben sich in jeder Hinsicht aktiv beteiligt.

Deswegen muß sich bei uns auch jetzt eine kräftige polnisch-katholische Bewegung heraus-

bilden, eine Volksbewegung, die, von verständigen Führern geleitet, in einer geschlossenen Phalanx für eine entsprechende Politik eintreten wird.

Aus Nr. 116 des Głos Narodu (Kraukau)
vom 17. Mai 1917.

In einer Zuschrift aus Stockholm an den Kraukauer „Głos“ wurde berichtet: Der Polnische Vollziehungsausschuß in Kiew habe eine Entschließung angenommen, in welcher er in der Ukraine die Gründung polnischer Schulen, und zwar von den untersten bis zu den höchsten Schulen, und in Kiew sogar die Gründung einer polnischen Universität fordere. Da dieses Programm der Polen von keiner Seite eine Kritik erfahren und weder von den Russen, noch von den Ruthenen abgelehnt worden sei, dürfe man annehmen, daß es werde verwirklicht werden, sofern die Kriegerereignisse keine andere Wendung nehmen würden. — Hierzu bemerkt der Kraukauer „Głos Narodu“ vom 17. Mai (Nr. 116), daß die russische Regierung schon im April 1914 den Polen in Kiew auf dem Gebiete des Schulwesens weitgehende Zugeständnisse gemacht habe und daß solche Zugeständnisse umsomehr von der neuen russischen Regierung zu erwarten seien. — Diese neue Sachlage, fügt der „Głos Narodu“ hinzu, werde die auf dem Gebiete des Schulwesens in den polnischen Landen unter dem preußischen Zepher herrschende Anomalie noch mehr hervorheben. Während in Kiew, wo die Polen nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung bilden, die Gründung polnischer Volks- und Mittelschulen bevorstehe, dürfe in Posen, wo sich die Polen in der ungeheuren Mehrheit befänden und die Urbevölkerung seien, nicht einmal eine polnische Privatschule gegründet werden, seien sogar häusliche Privatstunden in der Muttersprache verboten. Während in Kiew von einer polnischen Universität gesprochen werde, stellten in Posen die nachgiebigsten amtlichen Kreise Erwägungen darüber an, ob man den polnischen Kindern den Katechismusunterricht in polnischer Sprache gestatten könne. Der Posener Anachronismus springe immer mehr in die Augen und rufe immer lauter nach gründlichen Änderungen, die dem Geiste der Zeit entsprächen. Heute, wo das polnische Schulwesen in Kamieniec, Human, Zytomir und Luck aktuell werde, müßten die Polen desto mehr eine polnische Universität in Posen fordern, das schon vor einem Jahrhundert die blühende Lubranskische Akademie hatte, müßten sie das Recht auf polnische Schulen in Beuthen und Gnesen, in Hohenjalza und Thorn, in Bromberg und Graudenz, d. i. auf uralt polnischem Boden, desto nachdrücklicher betonen.

Aus Nr. 59 des Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 17. Mai 1917.

Der „Kurjer Poznański“, dessen Abdruck „Dren-downit“ und die andern nationaldemokratischen Blättchen möchten, wenn sie könnten, die „Gazeta Grudziadzka“ in einem Löffel Wasser ertränken. Weshalb? Das geschieht deshalb, weil die „Gazeta Grudziadzka“, welche die Rechte des ganzen polnischen Volkes scharf verteidigt, es viel scharfsinniger eingesehen hat, was dem polnischen Volke nützt und vor allem die Losung der nationaldemokratischen Partei „Ruhig sitzen — und nichts tun“ bekämpft hat. Vielleicht begannen diese Partei und deren Hauptorgane infolgedessen jetzt im dritten Kriegsjahre endlich einzusehen, daß — was die „Gazeta Grudziadzka“ stets gesehen hat — nur die Tat retten kann.

Der Unwillen der nationaldemokratischen Zeitungen über die „Gazeta Grudziadzka“ hat aber noch

einen andern, wichtigern Grund, und das ist der, daß diese, als eins der Organe der katholisch-polnischen Volkspartei, es als ihre Pflicht erachtet, das polnische Volk vor der Pest des Unglaubens und der Gleichgültigkeit im Glauben zu bewahren, deren Fortpflanzer innerhalb unserer Volksgeamtheit die nationaldemokratische Partei ist. Denn diese ist im allgemeinen die Partei der Ungläubigen und Atheisten, obgleich zu ihr auch ein und der andere Katholik gehört, welcher die Hauptziele der Nationaldemokratie, die größtenteils ähnlich wie die Freimaurer geheim arbeitet, gar nicht kennt.

Durch diesen Schutz des polnischen Volkes vor den verderblichen Einflüssen der den Unglauben, die Gleichgültigkeit im Glauben und den religiösen Rationalismus verbreitende nationaldemokratische Partei verhindert die „Gazeta Grudzińska“, die Verbreitung dieser Partei. Und das ist der Hauptgrund des Hasses des „Kurjer Poznański“ und dessen Abdruckes. Deshalb wird die „Gazeta Grudzińska“ von dieser Partei öffentlich und noch mehr heimlich bekämpft. Zu diesem Zwecke hat sie z. B. auch die Klatzcherei in die Welt geschickt, daß die „Gazeta Grudzińska“ den polnischen Fraktionen den Vorwurf gemacht habe, daß diese unter dem Einfluß der Freimaurer ständen.

Infolgedessen schrieb die „Gazeta Grudzińska“, daß sie annehmen müßte, daß der „Kurjer Poznański“ wider besseres Wissen die Unwahrheit schreibe, wenn er nicht die Nummer und den Titel des Artikels angibt, in welchem den polnischen Fraktionen der angebliche Vorwurf gemacht wurde. Der „Kurjer Poznański“ hat aber weder die Nummer der Zeitung noch den Titel des Artikels angeben können, weil ein solcher nicht besteht. Es hat sich also gezeigt, daß das Hauptorgan der nationaldemokratischen Partei ein gewöhnlicher Lügner ist und wider besseres Wissen die Unwahrheit jagt.

Aber damit noch nicht genug. Um von seinen Lügen, den roten Striemen seines Angesichts und der unreinen Arbeit seiner Partei die Aufmerksamkeit abzulenken, fällt der „Kurjer Poznański“ die „Gazeta Grudzińska“ von neuem an und schickt immer neue Lügen in die Welt. So behauptet er z. B., daß diese die Heiligkeiten der katholischen Religion in auffallender Weise zum Parteikampf mit der Nationaldemokratie mißbrauche. Er hat sogar die Dreistigkeit zu behaupten, daß der Kampf mit der nationaldemokratischen Partei eine Schädigung und Wühlerei in der für das Volk entscheidenden Zeit sei.

Über religiöse Heiligtümer sich mit dem „Kurjer“ in einen Streit einzulassen, hat keinen Zweck, weil man mit einem Blinden über Farben doch nicht verhandeln kann. Wie soll man über Heiligtümer der katholischen Religion mit dem Organ einer Partei verhandeln, die nicht katholisch ist! Anstatt aller Auseinandersetzungen können wir bezüglich dieses Punktes nur an das Sprichwort von — den Perlen — erinnern.

Die „Gazeta Grudzińska“ steht nur vor den Herzen unseres braven und ehrbaren katholisch-polnischen Volkes auf der Wacht, damit die Arbeit der Nationaldemokraten, die Partei der Ungläubigen und Atheisten seiner heißen Liebe und Anhänglichkeit zu unserer heiligen katholischen Kirche nicht Schaden zufüge.

Schädigungen und Wühlereien in den für das Volk entscheidenden Zeiten — das sind gerade ausschließlich Arbeiten der nationaldemokratischen Partei und deren Zeitungen, die in Galizien und im Königreiche auch ihren Bankerott herbeigeführt haben. Der Überfall des „Kurjer“ auf die „Gazeta Grudzińska“ beweist gerade die große Nervosität des Angreifers und seiner Anhänger. Offenbar sieht man dort ein, daß die schädliche Arbeit der nationaldemokratischen Partei schließlich schon von vielen Leuten erkannt wird, die sie früher nicht kannten und daß für jene

Partei mit der Zeit in unserer Volksgeamtheit kein Platz sein wird.

Jetzt wird die Schädlichkeit der nationaldemokratischen Partei schon immer mehr erkannt. So manche Zeitung, welche diese Partei früher nicht kannte und ihr Folge leistete, sieht heute schon ein, daß sie sich mit der Partei der Ungläubigen und Atheisten nicht einlassen und unter deren Kommando stehen dürfe. Und das sind u. a. auch die Folgen der mutigen Arbeit der „Gazeta Grudzińska“, die den Terrorismus und den Bonfott jener Partei nicht fürchtet. Daher hoffen wir auch, daß es im Königreiche Polen und in Galizien zu einer Verständigung aller Parteien kommen wird, ev. ohne die Nationaldemokratie, weil diese von einer Verständigung nichts wissen will, sondern die ausschließliche Herrschaft verlangt.

Der Kampf gegen die nationaldemokratische Partei ist weder eine Schädigung noch eine Wühlerei, — gnädigster „Kurjer!“ In den Augen jedes rechtschaffenen Katholiken ist er sogar ein Verdienst, und deshalb hat auch der verstorbene Erzbischof Dr. Lefowski unsern Herausgeber zu diesem Kampfe aufgefordert. Ein Verdienst ist ein Kampf gegen eine Partei, zu deren Vorstände Freimaurer, Ungläubige und Atheisten gehören, gegen eine Partei, die mit heißen nationalen Losungen unachtsame Gemüter verlockte, sie aber gleichzeitig auch mit Unglauben und Gleichgültigkeit im Glauben ansteckte und ihnen den Geist der Widerpenstigkeit und des Ungehorsams gegen Gott und die Kirche einflößt, — und zwar auf dem Grundsätze der von einem freimaurerischen Begründer dieser Partei ausgegebenen Losung des Kampfes mit Gott: „Wehe dir Gott!“

Übrigens erklären wir, daß die „Gazeta Grudzińska“, die von vornherein stets nach einer friedlichen gemeinschaftlichen Arbeit aller Parteien auf nationalem Gebiete strebte, aber überall auf Hindernisse seitens der nationaldemokratischen Partei stieß, den Kampf auf dem religiösen Gebiete sofort einstellen will, wenn die nationaldemokratische Partei öffentlich erklärt, daß sie auf katholischem Boden stehe, daß eins ihrer Ziele der Schutz der Interessen der katholischen Kirche sei und das sie bereit sei, zu diesem Schutze ihr Gut und im Falle der Not sogar ihr Leben zu opfern.

Möge die nationaldemokratische Partei solche Erklärung abgeben, und mögen der „Kurjer Poznański“, sowie sein Abdruck und seine Trabanten sich dieser Erklärung anschließen, dann würde die „Gazeta Grudzińska“ kein Recht haben, sie wegen dieser Materie anzugreifen.

Jetzt haben wir die Sache klar, einfach und redlich dargestellt. Mögen die nationaldemokratische Partei und alle ihre Mitglieder und Freunde katholisch sein oder nicht! „Blinde Kuh“ spielen wollen wir nicht, denn die versteckte Arbeit der Nationaldemokratie hat auf dem religiösen Gebiete schon genug Verwüstung angerichtet.

Und wenn der „Kurjer Poznański“ — und der „Dren-downit“ — gegen die Schädiger auf nationalem Gebiete einen Kampf suchen und führen will, dann braucht er sich nicht gegen die „Gazeta Grudzińska“ zu wenden, denn ein rechtschaffener Pole wird in diesen keine Veranlassungen zum Kampfe finden. Möge der „Kurjer“ diese Schädigung mehr in seiner Nähe und bei seiner Partei suchen! War etwa der Kampf gegen den Gedanken der Unabhängigkeit, den der „Kurjer“ noch vor einem Jahre verhöhnste, keine Schädigung auf dem nationalen Gebiete? Es waren aber auch noch andere Sachen!

Der „Kurjer“ murmelt aber auch noch etwas von den Geistlichen. Uns ist es klar, daß der „Kurjer Poznański“ einige Geistliche in den Kampf gegen uns hineinziehen möchte. Wir können uns aber nicht denken, daß irgendein katholischer Priester auf die

Stimme des Hauptorgans einer Partei Gewicht legen sollte, welche der Fortpflanzter des Unglaubens und der Gleichgültigkeit im Glauben ist. Übrigens bemerken wir, daß wir den Priester wirklich gern sehen möchten, der mit dem Hauptorgan einer Partei, zu deren Hauptvorstand auch Freimaurer, Ungläubige und Atheisten gehören und die tatsächlich der Fortpflanzter des Unglaubens und der Gleichgültigkeit im Glauben ist, gegen ein aufrichtig katholisch-polnisches Blatt deshalb gemeinschaftliche Sache machen möchte, weil es sich dagegen sträubt, daß die Partei der Ungläubigen und Atheisten in unserer Volksgesamtheit herrsche. Solch einen Priester gibt es nicht, oder höchstens nur in der Phantasie des wahrheitsliebenden „Kurjer Poznański“.

Wer von den Geistlichen es noch nicht wissen sollte, wie schädlich die nationaldemokratische Partei für die katholische Kirche ist, dem empfehlen wir die ausführliche Arbeit über die Nationaldemokratie vom Domherrn Dr. Hożakowski und die des Geistlichen E. Rujawinski. Aus diesen Arbeiten würden unsere Priester auch ersehen, welchen Wert in katholischer Beziehung der „Kurjer Poznański“ und dessen Abdruck „Orendownik“ haben.

Aus Nr. 113 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 19. Mai 1917.

Um die katholischen Grundsätze des öffentlichen Lebens.

Uns in Oberschlesien, die wir seit der Zeit des Hineinziehens breiter Volksmassen in die Mitwirkung im öffentlichen Leben katholische Grundsätze zur Asche dieses Lebens gemacht haben, erscheint es wunderbar, wenn wir in letzter Zeit in polnischen Zeitungen in Preußen, die außerhalb Schlesiens erscheinen, Artikel darüber lesen, ob und in welchem Maße diese Grundsätze die Unterlage für das praktische, politische Leben bilden sollen. Für uns unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die katholische Volksgesamtheit nicht bloß dem Namen nach und auch nicht bloß in der religiösen Praxis, sondern auch in allen Bewegungen des Lebens diese Grundsätze fest und unerschütterlich bekennen müßte. Denn diese bilden für die eigentliche Beurteilung aller Angelegenheiten das einzige sichere Fundament, sie dienen als einziger Wegweiser und zeigen dem Politiker und den politischen Parteien den eigentlichen Weg. Wenn der menschliche Verstand, auch der allerhöchste, bei dem bloßen Glauben an seine natürliche Kraft in den verwickelten Übergängen des Lebens irren kann, dann dienen die Grundsätze des katholischen Glaubens, die ihren Ursprung in den übernatürlichen göttlichen Quellen haben, dem menschlichen Verstande als Wegweiser, beleuchten jede Sache allseitig und stellen sie im Lichte der rücksichtslosen Wahrheit dar.

Und um diese Wahrheit handelt es sich stets und überall. Wegen dieser Wahrheit finden zwischen Menschen, den Parteien und den Völkern ewig Kämpfe statt. Der Kampf um dieselbe macht den eigentlichen Kern des bürgerlichen Lebens aus. Diese Wahrheit ist die einzige Erlösung und müßte für jeden rechtschaffenen Politiker das einzige wertvolle Ziel seiner Bestrebungen sein.

Für unser Volk war der Katholizismus jene unerschütterliche, mächtige Eiche, um die sich die Nationalität wie eine Winde schlängelte. In langen und schweren Unglücksperioden des Volkes hat sich das deutlich gezeigt. Wer es sehen will, der wird es besonders in unserer Geschichte des letzten Jahrhunderts erblicken. Wenn nicht der katholische Glaube wäre, dann würden wir in nationaler Beziehung weit größere Schäden erlitten haben.

Deshalb will uns das nicht sehr einleuchten, warum es erst durch eine Erörterung festgestellt werden müßte,

ob die katholischen Grundsätze im öffentlichen Leben notwendig sind. Sie sind durchaus und unumgänglich notwendig.

Wenn sich jetzt also unsere Lage bessert, wenn wir eine bessere Zukunft und eine größere Freiheit für das Volk vor uns sehen, dann müßten wir diese Grundsätze mit verdoppelter Kraft festhalten. Denn wenn wir mit ihnen in Treue das Mißgeschick ertragen haben, dann würden sie uns in unserer freieren Zukunft eine noch weit größere Kraft bieten. Je fester wir zu ihnen stehen, desto sicherer ist unsere Zukunft, desto vorteilhafter die Entwicklung des Volkes!

Daher müßte in unserer Volksgesamtheit sowohl für die Politiker als auch für die politischen Parteien die Regel gelten, daß die katholischen Grundsätze die Grundlage ihrer öffentlichen Wirksamkeit sei. Nur dann werden sie wirkliche nationale Politiker und Parteien sein, denn in der Allgemeinheit des Volkes steckt unstreitig vollständig das Bewußtsein einer solchen Notwendigkeit — und keiner andern Grundlage.

Da in der Posener National-Demokratie eine rücksichtslose Anerkennung dieser Notwendigkeit nicht besteht, entstehen zwischen ihr und anderen politischen Schattierungen der Volksgesamtheit Konflikte, öffentliche Erörterungen, welche in breiten Kreisen des Volkes Zernwürfnisse veranlassen.

Zeitungen wie der „Kraj“, die „Gazeta Narodowa“ und namentlich die „Gazeta Grudzińska“ stehen hart auf der Seite des Bekenntnisses der katholischen Grundsätze und der Anwendung derselben auf das öffentliche Leben — im Gegensatz zu den national-demokratischen Zeitungen. Bei uns in Oberschlesien liegt für derartige Erörterungen keine Veranlassung vor. Damit in dieser Hinsicht keine Zweifel entstehen, stellen wir unter Bezugnahme auf unsere Vergangenheit fest, daß wir ebenso wie jene drei Zeitungen Bekenner der unabwiesbaren Notwendigkeit der Anwendung der katholischen Grundsätze auf das öffentliche Leben sind.

Aus Nr. 33 der Prawda (Posen)
vom 16. Mai 1917.

Eine unbequeme Urkunde des hl. Vaters.

III.

In unseren vorhergehenden zwei Artikeln haben wir gezeigt, warum das Schreiben des Herrn Dr. Porzich, welches die Nachricht von der Dankagung des hl. Vaters an die Geistlichen Kaufmann und Styczynski enthielt, für gewisse Leute und Blätter eine unbequeme Urkunde bildet.

Dieses Schreiben ist, um es noch einmal zu wiederholen, ihnen deswegen so unbequem, weil es feststellt, wie dem hl. Vater sehr viel daran gelegen ist, daß die Katholiken sich der unwürdigen Lage des apostolischen Stuhles annehmen.

Dem polnischen Volke wollte man aber von einer gewissen Seite her etwas anderes einreden, und zwar deswegen, weil es diesen Leuten mehr auf die Freundschaft Italiens, als auf den Dank des Papstes ankommt. Was sind das aber für Leute und was für Blätter, denen diese ganze Sache so ungelegen kommt?

Wie es nicht anders sein kann und auch nicht anders sein darf, zerfällt jede Volksgemeinschaft in verschiedene Parteien. Eine jede solche Partei oder Gruppe hat ihr eigenes Programm, d. h. polnisch ausgedrückt, einen vorgesteckten Weg, auf den sie ihren Zweck zu erreichen sucht. Solche Parteien existieren also auch in unserer Volksgemeinschaft, was an und für sich natürlich nur zu loben wäre. Der Hauptzweck aller dieser Parteien müßte aber stets das Wohl

der katholischen Kirche und das Wohl des polnischen Volkes bleiben. Denn bei uns Polen sind diese beiden Begriffe unzertrennlich, und unsere Geschichte lehrt uns, daß das Wohl der Kirche sogar an erster Stelle stehen muß.

Deswegen ist es auch eine erwiesene Tatsache, daß derjenige unter den Polen, welcher — besonders im preussischen Landesteil — den Glauben seiner Väter verleugnet, auch für sein eigenes Volk verloren geht. Ein polnischer Katholik bleibt dagegen immer ein Pole, selbst wenn er, wie es in Oberschlesien der Fall ist, ganze Jahrhunderte unter Einflüssen stehen sollte, die der polnischen Nationalität ganz abhold sind.

Diese Wahrheit hat aber eine gewisse polnische Partei nicht recht verstehen wollen, die vor mehreren Jahren auch bei uns — im Posenschen — sich breit gemacht hat. Diese Partei hat dank ihrer tatsächlich sehr geschickten Agitation einerseits und der Apathie solcher Männer andererseits, welche in erster Linie berufen waren, Führer unseres Volkes zu sein, einen nicht geringen Einfluß auf unsere Volksgemeinschaft sowie auf gewisse polnische Blätter gewonnen.

Da sie aber zugleich auch wußte, daß unser polnisches Volk streng gläubig ist, so verriet sie sich damit nicht, daß ihr das Wohl der Kirche nicht im geringsten am Herzen lag. Dadurch hat sie es erreicht, daß sogar Personen, welche schon ihrem Beruf und ihrer Stellung nach einer solchen Partei niemals hätten angehören sollen, mit ihr zu sympathisieren anfangen. Und wenn sich ab und zu eine Stimme erhob, die vor der schädlichen Arbeit dieser Partei warnte, so erklärte diese Partei sofort, daß sie sich ebenso um die Sache der Kirche, wie um die Sache des polnischen Volkes kummere. Es ist nun aber bekannt, daß auch Andersgläubige sich sogar um Heiligenbilder und Krzifiks, um Rosenkränze, um katholische Gebetbücher usw. kümmern, insofern sie nämlich mit diesen Sachen Handel treiben. Deswegen hatte die Partei eigentlich auch Recht, als sie behauptete, daß sie sich um die Angelegenheiten der katholischen Kirche kummere, sie vermied es aber hinzuzufügen, daß sie es ungefähr nach Art dieser andersgläubigen Händler, d. h. nur deswegen tue, damit das Geschäft gehe.“ Das sagte diese Partei wohlweislich nicht; das auf diese Weise irreführte polnische Volk aber glaubte, daß die Sache der katholischen Kirche dort in guten Händen ruhe, und es folgte deswegen auch dem Rufe dieser Partei.

Da fing aber diese Partei allmählich — so nebenbei — dem polnischen Volk einzureden an, daß die Sache der Nationalität doch wichtiger wäre, als die Sache der katholischen Kirche; denn, so sagte sie, „zuerst wurde ich doch als Pole von polnischen Eltern geboren; somit war ich auch zuerst Pole und erst dann wurde ich durch den Empfang der hl. Taufe auch Katholik.“ Ebenso suchte sie dem polnischen Volke jetzt schon klar zu machen, daß, wenn der „Klerikalismus“ nicht da wäre, die Sache Polens jetzt ganz anders stehen würde usw. usw. Das polnische Volk hörte sich nun alle diese Sachen an; es verstand sie zwar nicht, aber weil es auf jedem Schritt und Tritt nur die Worte „Polen“ und „das polnische Volk“ vernahm und weil andererseits Preußen damals mit seinen antipolnischen Gesetzen die polnische Volksgemeinschaft hart bedrängte, so folgte es gerade dieser Partei, die damals auch das größte Geschrei erhob, ohne sich davon Rechenschaft abzulegen, daß es sich dadurch immer mehr von seinem eigenen und zugleich dem einzig richtigen Boden, nämlich von seinem katholischen Standpunkte entferne.

Um dieser schädlichen Arbeit doch ein Ende zu machen, traten jetzt aber Männer zusammen, die aufrichtig und von Herzen wünschen, daß das polnische

Volk auch fernerhin katholisch und somit auch polnisch verbleibe. Es handelt sich jetzt vor allem darum, der Welt zu zeigen, daß die erwähnte Partei, die unterdessen ebenso in Galizien wie im Königreich Polen schon abgewirtschaftet hat, auch bei uns im preussischen Landesteil ihre Einflüsse verliere. Das polnische Volk sollte jetzt den Beweis liefern, daß es auch weiterhin fest zum katholischen und zum polnischen Banner stehen will.

Als die geeignetste Stelle zur Eröffnung dieser neuen Aktion erschien unsere polnische Fraktion in Berlin.

Deswegen suchten schon beinahe vom Anbeginn des Krieges an die Abgeordneten Dombek, Brandys und Morawski sowie andere, die polnischen Fraktionen dazu zu bewegen, daß sie sich von der Rednerbühne aus in der römischen Frage erklären und für die Rechte des apostolischen Stuhles eintreten sollten. Es entstanden auch neue Blätter, die, wie der „Kraj“, in Gemeinschaft mit der katholischen Volkspartei und mit der „Gazeta Grundziadzka“ energisch verlangten, daß die polnischen Fraktionen eine solche Erklärung zum Schutze des hl. Vaters abgeben sollten. Da fingen aber — wir möchten es hier nicht besonders hervorheben — sogar Personen, die aus verschiedenen Gründen eine ganz andere Stellung hätten einnehmen sollen, zu schreiben und zu versichern an, daß die Verührung der römischen Frage von der Rednerbühne aus und das Eintreten für die Rechte des hl. Vaters die Lage des apostolischen Stuhles nur verschlimmern würde, daß der apostolische Stuhl selbst eine solche parlamentarische Aktion gar nicht verlange, und daß die Polen jetzt wichtigere Fragen zu erledigen hätten, als es die römische Frage wäre usw., usw.

Alle diese Stimmen kamen selbstverständlich von jener Partei, von welcher wir sprachen, und sie erschienen in solchen Blättern, welche mit allem Nachdruck betonten, daß der Geistliche Styczynski nur für seine „warme Dankagung“ in der bekannten Weise ausgezeichnet worden sei.

Schließlich hatten jedoch die Bemühungen solcher Abgeordneten, wie Dombek, Brandys, Morawski und einiger anderer Erfolg, denn die polnische Fraktion faßte im September 1915 den Beschluß, daß „sie die vollständige Unabhängigkeit des hl. Vaters im Sinne des apostolischen Stuhles verlangen werde“.

Unterdessen beschlossen aber auch jene Partei und jene Blätter, denen die Urkunde des hl. Vaters jetzt so unbequem ist, vor allem dem Abgeordneten Dombek eine „Lektion“ zu erteilen und ihn zu belehren, daß man gegen solche Herren, wie sie es wären, nicht ungestraft auftreten dürfe.

Das ist nun eine lange Geschichte; wir wollen sie auch hier lieber gar nicht näher erörtern, denn wir müßten dabei ganz unangenehme Sachen berühren. Jedenfalls ist es zu bedauern, daß der Abgeordnete Dombek sich damals zu sehr nachgiebig erwiesen und seinen Gegnern nicht, wie man polnisch sagt, die Zähne gezeigt hat. Die polnische Volksgemeinschaft hätte nämlich dann wenigstens etwas mehr von den Gepflogenheiten dieser ehrenwerten Partei gehört, und wenn auch deswegen vielleicht etwas Lärm entstanden wäre, so hätte man wenigstens die Luft gereinigt. Wir nehmen übrigens an, daß die Sache noch nicht ganz begraben ist und daß man auf sie noch bei einer anderen Gelegenheit zurückkommen wird.

Jedenfalls war und ist die neueste Urkunde des hl. Vaters, durch welche das Verhältnis des polnischen Volkes zum apostolischen Stuhle besonders beleuchtet wird, gewissen Leuten und Blättern unbequem, und sie wird es auch weiter sein.

Da wird aber gar mancher Leser am Ende doch schon fragen: Welche Leute und welche Blätter sind

es denn eigentlich, die es nicht wünschen, daß das polnische Volk den hl. Vater in Schutz nimmt? Wir könnten sie ja hier alle nennen; aber wir tun es absichtlich nicht in der Hoffnung, daß vor allem die betreffenden Blätter ihre Ansichten in der römischen Frage doch noch ändern werden. Auf ein Pressegezänk kommt es uns nicht an; denn wir wünschen im Gegenteil, daß das ganze polnische Volk und alle polnischen Blätter einig bleiben und daß in unseren Reihen Eintracht und Einmütigkeit herrschen, die uns heute so sehr not tun. (f.)

Aus Nr. 110 des Wielkopolanin (Posen)
vom 16. Mai 1917.

Ein neuer Erfolg der polnischen Fraktion.

Vor einigen Tagen haben wir die ausgezeichnete und politisch vorzüglich durchdachte Rede unseres Abgeordneten v. Trampczyński mitgeteilt, welche er in der Budgetkommission des deutschen Reichstages während der Beratungen über die politische Lage in Polen und Litauen gehalten hat.

Zum Schluß dieser seiner Rede stellte der polnische Abgeordnete den Antrag, daß die Saisonarbeiter aus dem Königreich Polen und aus Litauen, die beim Ausbruch des Krieges in Deutschland zurückbehalten wurden, ihren Arbeitgebern gegenüber den deutschen Arbeitern in rechtlicher Hinsicht gleichgestellt werden möchten, besonders wenn es sich um den Wechsel der Arbeitsstelle handle, und daß ihnen nach Ablauf des Vertrages gestattet werde, in ihre Heimat, d. h. nach Polen bzw. nach Litauen zurückzukehren. Dieser Antrag des polnischen Abgeordneten wurde mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Das ist zweifellos ein neuer Erfolg unserer Reichstagsfraktion, der den anderen Erfolgen anzureihen ist, die von unseren beiden parlamentarischen Fraktionen in der letzten Zeit auf der parlamentarischen Arena erzielt wurden. Man braucht diesen Erfolg nicht zu überschätzen, aber man darf ihn ebenjowenig unterschätzen.

Aus den Ausführungen des Abgeordneten v. Trampczyński ersieht man klar und deutlich, in welcher schweren Lage sich unsere Landsleute aus dem Königreich Polen und Litauen befanden, die zur zwangsweisen Arbeit in Deutschland angehalten wurden. Die Zahl solcher Landsleute beläuft sich, wie der Abgeordnete v. Trampczyński festgestellt hat, auf eine halbe Million, und ihre Lage ist nicht nur schlimmer als die der deutschen Arbeiter, sondern oft sogar auch noch schlimmer als die Lage der Belgier und Franzosen. Auch wir wurden übrigens s. B. von ganz glaubwürdiger Seite her informiert, daß die Lage dieser armen Polen hauptsächlich in den Kohlengruben in Westfalen und im Rheinlande geradezu beklagenswert sei und daß die Leute verschiedenen Schikanen und Drangsalierungen von seiten ihrer Arbeitgeber, der Beamten, Steiger, Aufseher usw. ausgesetzt seien.

Es war also gut, daß die polnische Fraktion diese Angelegenheit in der Budgetkommission des Reichstages zur Sprache brachte, und noch besser war es, daß sie jetzt wiederum einen neuen Erfolg auf der parlamentarischen Arena zu verzeichnen hatte.

Vor einigen Wochen hat, wie bekannt, der Minister von Breitenbach im Herrenhause die Aufhebung des Enteignungsgesetzes, eine Änderung in der Anwendung des § 13 der Ansiedlungsnovelle und gewisse Erleichterungen im Gebrauch der polnischen Sprache in der Schule angekündigt. Diese Ankündigung wurde zwar bis dahin noch nicht realisiert, aber etwas später kam aus Berlin die Nachricht, daß der so sehr empfindliche und die polnische Bevölkerung schädigende Sprachparagraph aufgehoben wurde. Wir haben schon damals hervorgehoben, daß das auch zum großen Teil

eine Folge der Tätigkeit unserer parlamentarischen Fraktionen in den Kommissionen gewesen sei, vor allem aber ein Verdienst der Haltung, welche die Abgeordneten Styczynski, Korjanty, Dr. Seyda und v. Trampczyński in ihren vorzüglichen Reden im Plenum eingenommen haben. Diese Reden begegneten aber damals einerseits einer unbedachtamen Kritik von seiten des „Kraj“ und der „Gazeta Narodowa“, und andererseits riefen sie heftige und gehässige Angriffe von seiten des katolistischen Lagers hervor.

Wenn wir nun den letzten Erfolg des Abgeordneten v. Trampczyński den früheren Erfolgen unserer Fraktionen anreihen, so müssen wir zu der Überzeugung gelangen, daß unsere Fraktionen keine passive oder untätige, sondern eine aktive oder tätige Politik treiben. Sie gehören also nicht zum Lager der „Passivisten“, sondern zum Lager der „Aktivisten“.

In der Politik gibt es allerdings auch Augenblicke, wo das Schweigen durch die Umstände geboten ist, aber andererseits gibt es wiederum Augenblicke, wo man reden muß, und zwar gar oft mit entsprechender Kraft und Energie. Es scheint nun, daß unsere Fraktionen in dieser Hinsicht immer eine glückliche Wahl zu treffen verstanden; ihre Taktik zeugt jedenfalls zweifellos von einem stets tätigen politischen Gedanken.

Die „Gazeta Grudziadzka“ wiederholt aber in ihren sehr häufigen Angriffen gegen unsere Fraktionen stets von neuem, daß diese Fraktionen doch keine „Heiligtümer“ seien. Damit sind wir selbstverständlich vollkommen einverstanden, denn als „Heiligtümer“ gelten bei unserer Volksgemeinschaft nur unsere nationalen und religiösen Ideale. Wer aber ohne tieferen Grund und ohne begründete Not sinnlos und leichtfertig unsere parlamentarischen Vertreter immer anzapft und ihre Autorität sowie ihr Ansehen besonders in der gegenwärtigen Umschwungszeit zu untergraben sucht, der erweist der polnischen Sache wahrlich keinen guten Dienst. Dem „Kraj“ und der „Gazeta Narodowa“ schien es aber, besonders in der Anfangszeit ihres Erscheins, daß sie ein prächtiges Löwenpaar von Organen bildeten, das durch sein Brüllen allein unsere Volksgemeinschaft erschrecken werde. Was übrigens die „Gazeta Narodowa“ anbelangt, so kam sie anfangs manchen allerdings auch nicht zahlreichen Kreisen wie ein psychologisches und politisches Rätsel vor. Heute gilt aber dieses Rätsel auch für diese Kreise als gelöst. Nur die „Gazeta Grudziadzka“ kann sich in dieser Situation noch immer nicht zurechtfinden. Ihre Dienste werden ja jetzt noch gern angenommen, hauptsächlich von seiten des „Kraj“. Aber diese Dienste werden einmal auch ein Ende nehmen, und dann wird die „Gazeta Grudziadzka“ auf dem Trockenen sitzen bleiben, — ihrem eigenen Schicksal überlassen. Das wird nun der politische Effekt sein.

Wir erwähnen das aber nur nebenbei. Uns kommt es hier nämlich darauf an, die Arbeit und die Bemühungen unserer Fraktionen um das Wohl unserer Volksgemeinschaft hervorzuheben. Sonst behalten wir uns aber, wie bei allen öffentlichen Angelegenheiten, so auch unseren parlamentarischen Fraktionen gegenüber die Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres Urteils vor. Wir sind nämlich weit davon entfernt, mit unseren Fraktionen etwa einen Verein der gegenseitigen Anbetung zu bilden oder diese Fraktionen abgöttisch anzubeten; aber wo es gilt, ihre tatsächliche Arbeit anzuerkennen, da tun wir es auch. Eine solche Anerkennung sollten wir seiner Zeit den Reden der Abgeordneten Styczynski, Korjanty, Dr. Seyda und von Trampczyński, und wir zollen sie ebenso heute der jüngsten Rede des letzteren, die wiederum einen positiven Erfolg aufzuweisen hat. Und wir glauben, daß unsere ganze Presse hierzu verpflichtet ist, die auf dem Standpunkt der nationalen Selbständigkeit und der traditionellen polnischen Politik im preußischen Landes-

teil steht, zumal angesichts der Angriffe des hafatistischen Lagers von der einen Seite und der Angriffe derjenigen Partei, die vom „Kraj“ und den ihm verwandten Organen repräsentiert wird, von der anderen Seite her.

Dank dem „Kraj“ und der „Gazeta Narodowa“ wurde übrigens unsere Gemeinschaft, nachdem die „Freimaurer“, die „Katholiken erster Klasse“ und die „Schismatiker“ bereits ausgespielt haben, wiederum in zwei Lager, nämlich in die „Aktivisten“ und „Passivisten“ geschieden. Die politischen Verhältnisse gestalten sich aber bei uns jetzt schon in der Weise, daß die wirklichen „Aktivisten“ d. h. die Männer der Tat und wahrhaft schöpferischen Arbeit gerade in unseren parlamentarischen Fraktionen und in dem überwiegenden Teil unserer Volksgemeinschaft zu suchen sind, wie es die Tätigkeit dieser Fraktionen und die mit ihr verbundenen Erfolge auf der politischen Arena beweisen, während als „Passivisten“ nur noch diejenigen gelten können, welche noch unlängst wegen der angeblichen „Passivität“ unseres Landesteils ein Zetergeschrei erhoben.

Hierzu bemerkt der Kraj (Wissa i. P.) in Nr. 111 vom 17. Mai 1917:

„Demgegenüber wollen wir kurz bemerken, daß wir die Abgeordnetenfraktionen unausgesetzt zum Aktivismus aufgefordert und die Sache, über welche der Abgeordnete von Trapczynski gesprochen hat, in etwas anderer Form schon im Januar d. J. in Nr. 23 des „Kraj“ in dem Artikel „Beschwerliche Vorschriften“ besprochen haben. Wir stellen fest, daß die von uns angeregten Gedanken schon vor dem Hervortreten des Abgeordneten von Trapczynski Gegenstand der Beratungen in der entsprechenden Instanz gewesen sind.

An die lächerlichen Angriffe des „Wielkopolanin“ und ähnlicher Blätter sind wir gewöhnt, und sie machen keinen Eindruck. Diese Angriffe werden heute gelegen kommen, wo es infolge mangels an Papier und an noch etwas anderem auch an guten humoristischen Blättern fehlt.“

Aus Nr. 185 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 17. Mai 1917.

Das Blatt bietet eine **Geschichte der Kongregation der Ursulinerinnen** und ihrer vor der Ausweisung aus Preußen in der Stadt Posen auf dem Gebiete der Erziehung entfalteten Tätigkeit. Zum Schluß weist das Blatt darauf hin, wie notwendig die Wiederaufnahme dieser Tätigkeit seitens der erwähnten Kongregation im preussischen Teilgebiet wäre. Das Blatt schreibt in dieser Hinsicht:

..... „Wir hatten zwar andere polnische Erziehungsanstalten für die weibliche Jugend; es bestanden die Pensionate Gstkowska, Warnke und Danyjs. Als Opfer der Verhältnisse fielen die Gstkowska'sche und die Danyjs'sche Anstalt. Das Warnke'sche Pensionat bewahrte seinen katholischen Charakter in der Person der Leiterin Linke; darüber hinaus ist uns nichts geblieben. Es scheint somit berechtigt zu sein, an eine höhere weibliche polnische Lehranstalt zu denken. An entsprechenden Lehrkräften fehlt es uns nicht. Aber gerechtfertigt ist ferner die Erwartung, daß auch die frühere Ursulinerinnen-Anstalt bei uns von neuem erstehen werde. Sie würde nicht wenig zur Hebung und Festigung des religiösen Lebens inmitten unserer Volksgemeinschaft beitragen. Es werden Klagen darüber laut, daß unsere Intelligenz allzuwenig religiöse Ausbildung und Verständnis für religiöse Angelegenheiten und Probleme zeige. Wir zweifeln nicht daran, daß die Ursulinerinnen neben den Herz-Jesu-Schwestern unter der weiblichen Jugend das einzumipfen vermöchten, was man uns im allgemeinen als Mangel vorwirft.

Damit würde der religiöse Geist in den Familien aufleben und auch unsere ganze Volksgemeinschaft.“

Aus Nr. 16. des Swit (Posen)
vom April 1917.

Um die Zukunft des Volkes.

Obgleich der Weltkrieg sich jedem von uns fühlbar gemacht hat und auch jetzt noch immer fühlbar macht, so erscheinen der alltägliche Kummer und die Sorgen im Verhältnis zu dem einen einzigen Problem immerhin nur in einem kleinen Maßstabe, nämlich zu der Frage, wie sich das zukünftige Schicksal des Volkes gestalten wird.

Die Sorge um die Zukunft des Vaterlandes nimmt heute das Gemüt aller Polen und Polinnen mit nationalem Bewußtsein dermaßen in Anspruch, daß sie den Schlaf vertreibt und uns gebietet, Hunger, Krankheiten, Kälte und andere Drangsalen des Krieges zu vergessen.

Wiewohl wir in drei Teilgebiete zerstückelt und innerhalb des Landes durch die parteiliche Erbitterung, insbesondere durch die sogenannte politische Orientierung entzweit sind, fühlen wir uns trotz alledem als ein ungeteiltes Volk, weil wir alle nach einem Ziele streben und auf eins hoffen — auf die Freiheit des Vaterlandes.

Wenn wir nur das erleben, sagt uns das Herz, dann wird sich alles andere von selbst finden.

Unsere Gelehrten und Statistiker sagen uns allerdings, daß das Volk am Tage der Wiedergewinnung der Freiheit vor riesenhafte Aufgaben gestellt werden würde, die es schwerlich lösen könne. Diese Aufgaben fürchten wir aber nicht. Wir verlassen uns auf unsere Begeisterung, auf unsere Vaterlandsliebe und auf unsere Opferwilligkeit — und zwar mit Recht! Denn gerade diese vorteilhaften Seiten unseres nationalen Charakters haben in der Vergangenheit schon wiederholt große Erfolge erzielt; wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß unsere sarmatische Begeisterung, verbunden mit dem Geiste der Opferwilligkeit, auch in der Zukunft Wunder wirken wird.

Allein die Erfahrungen aus unserer Geschichte haben uns auch über die Wahrheit belehrt, daß ein einmaliger, riesenhafter Ausbruch einer opferwilligen Begeisterung noch nicht dagewesene Dinge wohl zeitigen kann, daß er aber nicht genügt, um das Gebäude des Vaterlandes so kräftig auszubauen, daß es keine geschichtlichen Stürme vernichten. Unsere Väter haben zwar erstaunliche Siege bei Grunwald und vor Wien errungen, sie haben es aber nicht verstanden, oder sich keine Mühe geben wollen, die Früchte dieser Siege auszunützen.

Unsere helle und ehrenwerte Vergangenheit war eine Folge der heldenmütigen Siege des Chodkiewicz, Sobieski und Poniatowski. Aber solcher Gestalten gibt es nicht viel.

Unzweifelhaft hat die hundertjährige Sklaverei uns in mehrfacher Beziehung verändert. Ist es aber schon so, wie es sein müßte? Haben wir Leute genug, die, wenn der Augenblick kommt, wenn die Stunde der Freiheit für unser Vaterland schlägt, sich auch noch zu dem harten Bewußtsein der Pflicht dem Vaterlande gegenüber bekennen werden? Würde die Zukunft des Vaterlandes auch ohne die große Schar von Polen und Polinnen dieser Art gesichert sein? Wir wollen zugeben, daß über diese Angelegenheit keine Orientierung und kein Friedenskongreß zu unsern Gunsten entscheiden wird. Das wird vielmehr ausschließlich von unserm inneren Werte und von unsern Anstrengungen für die nationale Wiedergeburt abhängen. Es sind Anzeichen vorhanden, die

Zuversicht erwecken, es fehlt aber auch nicht an Erscheinungen, die unser Herz mit Sorge erfüllen.

Die Erwägung über diesen Gegenstand muß uns mit der tiefen Überzeugung von der weittragenden Bedeutung derartiger Organisationen wie die Enthaltensamkeits- und Skautvereine usw. erfüllen. Wir dürfen jetzt ohne Rücksicht darauf, was uns die Zukunft bringt, weniger denn jemals mit der Arbeit aufhören.

Aus Nr. 110 des Narodowiec (Herne)
vom 15. Mai 1917.

Das polnische Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die anliegenden Provinzen links der Elbe

schickt uns folgenden Aufruf:

Kultur — ein Schatz für das Volk!

Die Vereinstätigkeit bringt zweifellos unserem Volke Nutzen. Wer kann aber bestreiten, daß diese Tätigkeit für die Kulturzwecke noch nicht genügt? Zu den erprobten, bei uns aber wenig praktizierten Mitteln, die Kultur zu fördern, gehören die sogenannten Aufklärungskurse. Die Bedeutung solcher Kurse hat am besten Dänemark begriffen. Dort wurden sie auch zuerst eingeführt, und dort haben sie auch außerordentliche Erfolge erzielt. Man schuf dort eine Art von Volksakademien. — Solche Zustände, wie wir sie in Dänemark finden, lassen sich allerdings bei uns aus verschiedenen Gründen nicht einführen, aber wir können und müssen dafür sorgen, daß wenigstens ähnliche Einrichtungen geschaffen werden, wenn unsere Kulturarbeit nicht auf einen toten Punkt anlangen soll. Denn wenn wir heute die Mitglieder unserer Vereine auch nur nach den elementarsten Sachen aus der Geschichte, Geographie oder aus irgendeinem anderen Gebiete fragen, so müssen wir die Erfahrung machen, daß der größere Teil von ihnen keinen Begriff von allen diesen Dingen hat. Daher kommt es auch, daß unser Volk keine andere Bücher lesen kann, als einfache Erzählungen. Unsere Organisationsarbeit hat zwar in dieser Hinsicht schon große Fortschritte gemacht, aber wir wollen hier doch einen Schritt weiter gehen und deshalb einen Versuch mit der Einführung systematischer Aufklärungskurse machen. Derartige Versuche wurden bei uns allerdings schon früher (z. B. im Verband der polnischen Berufsgenossenschaften) gemacht; da aber der Unterricht dort unentgeltlich erteilt wurde, so wurde die Sache nicht ernst genug genommen, wie es gewöhnlich bei allem der Fall ist, was man umsonst erhält. Wir wollen deshalb mit diesem Grundsatz brechen. — Denn wir wissen, daß die Wissenschaft ebenso ein Beruf ist, wie jeder andere, daß Leute, die sich diese Wissenschaft angeeignet haben, viel Zeit an den Büchern haben zubringen müssen, und daß ihre Eltern gar oft ihr ganzes Vermögen dafür geopfert haben. Wir können deswegen auch nicht verlangen, daß sie uns jetzt diese Wissenschaft umsonst mitteilen.

Aus diesem Grunde wurde in einer Konferenz, an der die Vertreter unserer Kreis Komitees teilnahmen, auf den Antrag des Vorsitzenden des Hauptkomitees beschlossen, wissenschaftliche Kurse gegen Entrichtung eines Honorars einzuführen. Jeder muß also für den Unterricht zahlen. Auf die Zahl der Kandidaten kommt es uns vorläufig nicht an, sondern auf ihre Qualität. Wir werden zu diesen Kursen entweder nach Gelsenkirchen, Wanne, Herne oder Bochum fahren müssen. Ich fordere deshalb auf, sich jetzt als Kandidaten zu melden. Jeder, der sich meldet, muß seine genaue Adresse und seinen Lebenslauf einreichen. Das ist eine unerläßliche Bedingung. Sollte sich eine größere Anzahl melden, so müßten wir die Kandidaten

in Klassen einteilen, denn wir wissen, daß „nicht alles allen auf einmal geboten werden kann“. Anmeldungen nehme ich bis zum 24. Mai d. J. an, denn zu Pfingsten werde ich schon die erste Versammlung der Lehrer und Kandidaten einberufen, um die Bedingungen und den Plan der Kurse festzulegen. Die Kurse würden wir auch dann einführen, wenn sich auch nur zehn Personen aus der ganzen Diaspora melden sollten. Wir wissen nämlich, daß das Exekutivkomitee die Lösung für die Bildung kulturell-erzieherischer Ausschüsse ausgegeben hat. Diese Lösung ist nun zwar schön, ja herrlich sogar, aber es fehlt uns leider an geschulten Leuten, die in dieser Richtung tätig sein könnten. Es wäre zu wünschen, daß wenigstens solche dreizehn Personen, die den Kursus absolviert und ihre Prüfung bestanden haben würden, ein jeder in seinem Bezirke im Herbst ähnliche Kurse wieder einführt. Fast man das Ganze so auf und führt man es auch auf diese Weise durch, so werden wir eine Grundlage auch für eine weitere Kulturaktion finden, die für die Fortentwicklung unserer Vereine bahnbrechend werden kann. Laßt uns deshalb an die Worte unseres Dichters denken: „... Aber ich beschwöre Euch, mögen die Lebenden die Hoffnung nicht verlieren, sondern dem Volke die Fackel der Aufklärung vorantragen.“ (Zul. Slowacki.)

Ehre unserem Vaterlande! Gott stehe uns bei!

Stephan Wielgosz,
Vorsitzender.

Oberhausen (Rhld.), den 10. Mai 1917.
Broicherstr. 30.

Bemerkung: Es dürfen sich auch unsere polnischen Frauen melden, aber diese mögen ihren Lebenslauf und ihr Anmeldegesuch an den Vorstand des Bundes der Polinnen schicken.

Aus Nr. 113 des Narodowiec (Herne)
vom 19. Mai 1917.

An die Komitees der Vereine.

Das Ausführungs-Komitee, das eine zugesicherte Unterstützung seitens der Organisation des Vereins der Volksbibliotheken hat, will dem allgemein empfundenen Bedürfnisse Genüge leisten und Unterrichtskurse einrichten, um den Aufklärungsausschüssen der Vereinskomitees ausreichend befähigte Leiter und Leiterinnen zu sichern.

Wir werden zweierlei Kurse einrichten. Einer wird methodisch sein, es werden an ihm Personen teilnehmen können, die perfekt polnisch schreiben können und unter der Leitung einer geprüften Lehrerin die Unterrichtsmethode kennen lernen sollen; der andere wird der Fortbildung dienen, um willige Personen im Schreiben und in der polnischen Grammatik zu unterweisen, damit sie nach Absolvierung des methodischen Kursus andere mit Erfolg unterrichten könnten.

Der erste methodische Kursus wird in Bochum abgehalten werden. Personen beiderlei Geschlechts, die polnisch ohne grammatische und orthographische Fehler schreiben können und sich an dem Kursus beteiligen möchten, um sich späterhin dem Unterricht weihen zu können, wollen sich unter Beifügung ihrer Lebensläufe brieflich unter der Adresse melden: „Komitet Wykonawczy“ — Bochum, Postfach 33.

Die Kurse in der polnischen Orthographie und Grammatik für Personen beiderlei Geschlechts werden der Reihe nach oder gleichzeitig in Bochum, Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Wanne, Herne, Oberhausen, Hamborn, Düsseldorf, Köln usw. stattfinden.

Die Bereitwilligen beiderlei Geschlechts wollen sich unter der oben angegebenen Adresse melden.

Der Unterricht ist unentgeltlich.

Zur Teilnahme an dem Kursus werden nur solche Personen zugelassen, die durch die Vereinskomitees oder durch die Vorstände von Vereinen in solchen Orten empfohlen werden, welche keine Komitees haben.

Wir bitten um die Ermittlung solcher Personen, welche sich zur Leitung der Aufklärungsarbeit eignen, und dieselben dahin zu bewegen, daß sie sich zur Teilnahme an dem methodischen Kursus oder dem Kursus in der polnischen Orthographie und Grammatik melden und sie auch mit schriftlichen Empfehlungen zu versehen, die zugleich mit der Anmeldung dem Vollziehungs-Komitee zu übersenden sind.

Es ist erwünscht, daß unbemittelten Personen zur Deckung der Reisekosten und der Ausgaben für das Unterrichtsmaterial Beihilfen aus den Mitteln der Ortskasse gewährt werden.

Diese Angelegenheit empfehlen wir den geehrten Vereins-Komitees recht warm.

Grüß Gott!

Das Vollziehungs-Komitee.

Aus Nr. 113 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 20. Mai 1917.

Die Kapitalbereitschaft.

In einer ganzen Reihe von Artikeln haben wir die Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit der Sammlung von Kapitalien zwecks Vorbereitung finanzieller Unterlagen einer wirtschaftlichen Elastizität gelenkt, die unserer nach dem Kriege harret. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß sich nach dieser Richtung hin bei uns ein neues Leben entwickeln wird. Schon heute befassen sich unsere ansehnlichen wirtschaftlichen Kreise mit Erwägungen, die auf eine Vorbereitung für die Zukunft und auf ein Verständnis der Notwendigkeit gerichtet sind, deren Mangel gegenwärtig so stark seine Schattenseite gezeigt hat.

Daß wir nach dieser Richtung hin unausgebeutet sind, beweist die sich offenbarende Mühsamkeit des deutschen Kapitals, um mit der Macht seines organisierten Umfangs unser Land zu umfassen. Uns allen ist die bedeutende Erhöhung des Einlage-Kapitals der Posener „Ostbank“ bekannt, die heute nicht bloß die Provinz Posen, West- und Ostpreußen, sondern auch das Königreich und Litauen in ihrer Wirksamkeit umfaßt, um hieraus Nutzen zu ziehen und den Einfluß ihres Kapitals zu verstärken.

Die Übernahme der Interessen der Posener „Norddeutschen Kreditanstalt“ durch die mächtige Berliner „Deutsche Bank“ beweist, daß auch das Berliner Kapital seine Augen auf den Osten richtet, weil es hier eine Entwicklung und das Feld einer wirtschaftlichen Ergiebigkeit vorausieht.

Ferner wird berichtet, daß hier auch noch andere Banken ihre Filialen einrichten wollen. So will hier demnächst auch die nicht minder mächtige „Dresdener Bank“ ihre Tätigkeit eröffnen, und außerdem werden auch noch Filialen der „Diskonto-Gesellschaft“ und der „Bank für Handel und Industrie“ angekündigt.

Hiernach müssen tiefere Gründe vorliegen, welche die betreffenden finanziellen Mächte veranlassen, ihre Wirksamkeit auf unsere Gegend auszudehnen. Wenn die „Posener Neueste Nachrichten“ dieses Interesse auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückführen, die in unseren Gegenden augenblicklich Platz greift, dann ist diese Behauptung wohl teilweise richtig. Unzweifelhaft stellen unsere landwirtschaftlichen Gegenden dank der Konjunktur einen ansehnlichen Wert dar. Es ist jedoch zu bedenken, daß dieser Wert durch die mangelnde Möglichkeit einer intensiven Wirtschaft beeinträchtigt wird. Der heutige Nutzen ist ein bedingungsweiser, die Ansammlung des Kapitals ist wegen Mangels entsprechender Aufwendungen eine zwangsweise, und die Aussichten auf einen erheblichen Bedarf an teuren

gewordenen Materialien — nach dem Kriege — lassen sich auch nicht von der Hand weisen. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Behauptung des Posener Blattes gewissermaßen berechtigt. Die Berliner Banken sind sich dieser Lage sehr wohl bewußt. Aber ebenso ist es ihnen bekannt, daß unsere Gegenden in industrieller Beziehung noch nicht ausgenutzt sind, daß sie bisher vom Westen abhängig waren und auch hinsichtlich der Erzeugnisse, welche von der Landwirtschaft abhängen, eine entscheidende Zeit durchleben, um sich unabhängig zu machen, um sich auf eigene Füße zu stellen. In Voraussicht dessen wendet sich ihre Politik beizeiten diesen Problemen zu, um die Kräfte zwecks frühzeitiger Bearbeitung des Terrains vorzubereiten, damit sie, sobald die Zeit der Tat kommt, den neuen Verkehr von sich selbst abhängig machen könnten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir diese Pläne mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Und dennoch muß leider festgestellt werden, daß wir — insoweit es sich um die breite Allgemeinheit handelt — an diesen Erscheinungen mit geschlossenen Augen vorübergehen. Unzweifelhaft beobachten unsere finanziellen Kreise diese Vorbereitungen und machen, wie aus den Stimmen der Herren Schleffs und Dr. Wachowiak hervorgeht, die öffentliche Meinung darauf auch aufmerksam. Unsere „Bank Związków Spółek Zarobkowych“, das größte Aktieninstitut, erhöht gegenwärtig wiederholt das Einlagekapital. Sollen unsere Vorbereitungen damit aber schon aufhören? Außer der genannten Bank haben wir doch noch einige kleinere Aktien-Banken, die sich doch auch für eine ergiebigere Arbeit erwärmen könnten. Hierzu wird vielleicht einer oder der andere bemerken, daß wir dazu unsere Genossenschaften haben. Deren Netz ist allerdings ziemlich dicht und deren Kapital auch so beträchtlich, daß sie ihre Aufgabe erfüllen könnten. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Genossenschaften in ihrer Wirksamkeit durch Satzungen beschränkt sind, daß deren Apparat ziemlich schwerfällig ist und daß sie überwiegend nur auf eine untätige Rolle eingearbeitet sind. In solchem Augenblicke, wie der gegenwärtige, kommt also hauptsächlich eine Aktien-Bank in Frage, der dank ihres elastischen Organismus eine tätige Wirksamkeit unter der Volksgesamtheit möglich ist, und die auch eine gesunde Entwicklung in Aussicht stellen kann.

Daher ist die von der „Bank Związków“ begonnene Vorbereitung so wichtig. Wie wir aber schon bemerkt haben, genügt die Wirksamkeit dieser einen Bank nicht. Unsere Aktien-Banken müßten sich mehr um Erhöhungen ihrer Einlagekapitalien bemühen, um auf diesem Wege die Volksgesamtheit mit der Entwicklung der zukünftigen Gestaltung eng zu verbinden. Und wir haben die Pflicht, diese Banken in dieser Beziehung möglichst zu unterstützen. Das alles bezieht sich ganz besonders auf die an unserer Grenze liegende „Diskonto-Bank“ in Bromberg. „An der Grenze“ ist eine unzutreffende Bezeichnung, denn in Wirklichkeit ist das eine Bank, die auf der Linie zwischen den Provinzen Posen und Westpreußen arbeitet und eine reiche Umgegend mit guten örtlichen und Zukunfts-Verhältnissen hat.

Aus Nr. 161 des Swit (Posen)
vom April 1917.

Geschäftsbericht

über den zweiten Sitzungstag des Enthaltensamkeitsvereins und die Spenden,

veranstaltet am Jahrestage des Todes
Adam Mickiewicz's am 26. November 1916.

Der günstige Erfolg der ersten Tagung des Enthaltensamkeitsvereins am Feste der unbefleckten Emp-

fängnis der allerseeligsten Jungfrau Maria am 8. Dezember 1915 hat die Leiter unserer Enthaltjamkeits-Organisationen zur Wiederholung der Tagung im November 1916 bewogen. Da seit der ersten Tagung schon ein Jahr verflossen war und der Hunger und das Elend unserer Brüder jenseits des Nordons nicht nachgelassen hatten, war zu erwarten, daß auch eine neue Tagung einen guten Erfolg haben werde. Wegen der unter den breiten Volksmassen immer mehr zu nehmenden Not hatten sich zwar abratende Stimmen gemeldet, das Projekt gewann aber die Mehrheit und wurde in die Tat umgesetzt. Der Erfolg der Tagung beweist, daß wir in unsern Erwartungen nicht getäuscht worden sind. Obgleich unsere Volksgesamtheit ihre Groschen nach allen Seiten hingibt, hat sie unsere Gedanken dennoch mit willigem Herzen unterstützt und ein reichliches Opfer auf dem Altare der vaterländischen Notwendigkeit niedergelegt.

Alle unsere Gebiete haben sich beteiligt, und diesmal auch Schlesien, was uns mit besonderer Freude erfüllt. In erster Reihe steht hinsichtlich der Höhe der gesammelten Beiträge offenbar die Provinz Posen mit 85 385,24 Mk. Dann folgen Westpreußen mit 31 541,71 Mk., Schlesien mit 14 558,28 Mk., Ostpreußen mit 1351,00 und Pommern mit 110,00 Mark. Aus anderen Gegenden wurden 12 029,34 Mark eingesandt. — Dieser Betrag, übrigens nicht der erste, der zur Deckung der Bedürfnisse der Kriegsoffer nach Polen geschickt wurde, wiederlegt mit beredten Worten, daß unsere Auswanderer für die hungrigen Brüder im Königreiche nichts beigetragen hätten. übrigens muß hervorgehoben werden, daß sogar unsere Soldaten in den Schützengräben und sogar auch einige Landsleute in Galizien dieses Tages gedacht haben.

Diese Tagung wurde unter der Losung der Wiedergeburt abgehalten. Aus diesem Grunde setzten wir sie auf den Todestag unseres größten Dichters Mickiewicz fest, der uns auf leuchtender Bahn der Wiedergeburt entgegengeführt hat. Damit die Gedanken und Bestrebungen des Dichters in den breitesten Kreisen bekannt werden, hatten wir für diesen Tag Eintagsblätter unter der Überschrift „Bahn des Dichters“ in 50 000 Exemplaren herausgegeben, die überall wohlwollende Beurteilung fanden. Diese Eintagsblätter verkauften wir mit 25 Pfg. das Stück.

Der Bericht stellt sich folgendermaßen dar:

I. An die Enthaltjamkeits-Sammelstelle in Posen, welche der Mittelpunkt der ganzen Tätigkeit war, wurden abgeliefert:

	Mk.	Mk.
Aus der Stadt Posen (einschl. d. Zeitungen).....	14 551,62	
„ „ Provinz Posen.....	70 833,62	85 385,24
„ Westpreußen.....		31 541,71
„ Ostpreußen.....		1 351,00
„ Pommern.....		110,00
„ Schlesien.....		14 558,28
„ Galizien.....		11,50
Aus der Fremde von den Auswanderern:		
„ Berlin und Umgegend.....		3 688,16
„ Stettin „ „.....		449,96
„ Lausitz „ „.....		543,00
„ Leipzig „ „.....		409,27
„ Hamburg „ „.....		659,93
„ Bremen „ „.....		206,40
Aus Westfalen und der Rheinprovinz...		8 671,34
„ andern fremden Gegenden.....		401,28
Von Soldaten aus den Kampfgebieten..		33,00
Für Veröffentlichungen von Niemierkiewicz		75,00
Zinsen von dem gesammelten Betrage bis 31. 12. 16.....		81,65
Zusammen		148 176,72

2. An Gegenständen:

Außer den Barzahlungen wurden zum Besten der Kriegsoffer im Königreiche noch 2 Ballen Webstoff und 75 verschiedene Kleidungsstücke, 58 alte und 17 neue, gespendet. Von diesen hat Herr L. Gryglewicz in Ratibor 54 Stück und den Rest die Sammelstelle der Abstinenzler gesammelt. Diese Gegenstände wurden der Frau Dr. Niegolewska in Posen übergeben, die sich mit der Lieferung von Kleidungsstücken an die Obdachlosen beschäftigt.

Ausgaben:

Kosten für die Herstellung von 51 970 Stück Tagesblätter.....	6 599,15
Aufrufe, Plakate, Briefe usw.....	637 50
An angenommene Hilfskräfte.....	376,40
Verpackung, Porto usw.....	849,94
Zusammen	8 462,99

Zusammenstellung:

Vereinnahmte Barbeträge.	148 176,72
Ausgaben.....	8 462,99

Verbleiben 139 713,73

Um die Revision obiger Rechnungen wurde der Bankdirektor und ehemalige Bücherrevisor Herr Dr. Glowacki ersucht, der die Arbeit unparteiisch ausführte und folgendermaßen bestätigte:

Hiermit bescheinige ich, daß ich die Bücher und Beläge des Hauptkomitees der II. Tagung des Enthaltjamkeitsvereins und der Spenden in Posen geprüft und in bester Ordnung vorgefunden habe. Der nachgewiesene Bestand von 139 713,73 Mk. wurde ebenfalls festgestellt.

Posen, den 10. April 1917.

Dr. Marian Glowacki.

II. Außer der Sammelstelle der Abstinenzler

sind, soweit wir feststellen konnten, noch 4665,65 Mk. vereinnahmt worden

III. Allgemeines Ergebnis der Tagung:

Die Sammelstelle der Abstinenzler hat vereinnahmt.....	148 176,72 Mk.
Außer der Sammelstelle der Abstinenzler wurden vereinnahmt...	4 665,65 „
Zusammen	152 842,37 Mk.

Den Spendern und allen denjenigen, die unsere Bemühungen in irgendeiner Weise unterstützt und zum Gedeihen der Tagung beigetragen haben, sprechen wir an dieser Stelle unsern herzlichsten Dank aus, ganz besonders den Gebiets-Komitees, den Orts-Unterkomitees, den Redaktionen der polnischen Zeitungen, der hochwürdigen Geistlichkeit, der Kaufmannschaft und unsern Organisationen. Besondere Erwähnung verdienen die Vereine der Posener Staats für ihre Hilfe bei dem beschwerlichen Versand der Druckfachen und für den gut organisierten Verkauf der Tagesblätter vor den Posener Kirchen. Wir danken ihnen in unserem eigenen Namen und namens derjenigen, denen mit den gesammelten Geldern im Hunger, in der Kälte und in der Not wird geholfen werden können.

Den gesammelten Betrag werden wir in nächster Zeit dem Hilfskomitee im Königreich Polen überweisen.

Posen, den 10. April 1917.

Für das Hauptkomitee der II. Tagung der Abstinenzler und Spender.

Pfarrer R. Niesiolowski, Fr. Czerwinski,
Vorsitzender. Schriftführer.
Pfarrer J. Bocian.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 134 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 17. Mai 1917.

Eine Erklärung der Zentralmächte im Staatsrat.

In der letzten Plenarsitzung des Provisorischen Staatsrats vom 15. Mai wurde durch den österreichischen Kommissar Freiherrn v. Konopka im Namen der Regierungen der beiden Zentralmächte folgende Erklärung verlesen:

Die Erklärung des Provisorischen Staatsrates vom 1. Mai 1917 ist, wie dies bereits in der Plenarsitzung vom 5. Mai 1917 bekanntgegeben worden ist, den beiden verbündeten Regierungen am 3. Mai übermittelt worden.

Die Regierungen — in der Überzeugung, daß es sich hier um eine Entscheidung von weittragendster Bedeutung für die Zukunft des Landes und dessen Verhältnis zu den verbündeten Mächten handelt — sind sofort in Verbindung getreten, um grundsätzlich zu der Erklärung des Staatsrates Stellung zu nehmen.

Zunächst sind Vertreter des k. u. k. Ministeriums des Äußern in besonderer Mission in Berlin eingetroffen. Der Fortsetzung der Berliner Besprechungen hat die amtlich durch die Presse bekanntgegebene Reise des deutschen Reichskanzlers nach Wien gedient.

Wenn die Regierungskommissare heute noch nicht in der Lage sind, den endgültigen Text der erwarteten Antwort dem Staatsrate vorzulegen, so ist diesem Umstande keine Bedeutung für den Ausgang der Verhandlungen selbst beizumessen. Denn es handelt sich darum, einen Boden zu schaffen, auf dem sich die berechtigten Bestrebungen des Staatsrates nach einer Realisierung des Abtes vom 5. November 1916 und die Forderungen der durch die militärische Okkupation des Landes und den Krieg bedingten Lage vereinigen lassen. Hierbei kann es sich nur um eine Frist weniger Tage handeln. Gegenüber der begreiflichen Ungeduld der öffentlichen Meinung wolle sich der Staatsrat vergegenwärtigen, daß er im gegenwärtigen Augenblicke der Träger einer folgerichtigen Entwicklung der polnischen Staatlichkeit ist und gerade die für die Verwirklichung seiner Bestrebungen günstige allgemeine Lage der Gegenwart ihm in dieser Beziehung eine doppelte Verantwortung vor der polnischen Gemeinschaft auferlegt. Denn seine Ausschaltung im jetzigen Augenblick würde zum mindesten einen Stillstand in dieser Entwicklung bedeuten.

Die Regierungskommissare erwarten, daß sie in der nächsten Zeit auf Grund des § 5 Abs. 2 der Verordnung vom 26. November 1916 die Einberufung einer Plenarsitzung des Staatsrates behufs Entgegennahme einer Erklärung werden beantragen können.

Aus Nr. 136 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 17. Mai 1917.

Vom Provisorischen Staatsrat.

In der Plenarsitzung am 15. Mai 1917 wurde der vom Leiter der Justizabteilung ausgearbeitete Entwurf für die Übernahme der Offiziere und Soldaten der polnischen Legion in die polnische Staatsangehörigkeit angenommen.

Über die von den Okkupationsbehörden beabsichtigte Verordnung gegen übertriebene Preiserhöhungen bei Lebensmitteln wurde ein Gutachten erstattet, das einige Änderungen empfiehlt.

Nr. 219 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 12. Mai 1917

bringt eine Korrespondenz aus Warschau, die zahlreiche Einzelheiten über die Frage der Regentenschaft enthält. „Die Behebung der Krijsis (in der sich der Staatsrat befindet) hängt nicht davon ab, ob eine Antwort auf die Postulate des Staatsrates überhaupt erteilt wird . . . sondern davon, ob das oberste Postulat: der Regent und die Regierung, in nächster Zeit verwirklicht, somit dem Staatsrate die Möglichkeit, sich umzugestalten, gegeben wird.“ Die Lösung: „Regent“ habe eine „nahezu magnetische Kraft“, „die Zustimmung zu einer Verfassung, die durch die Berufung eines Regenten ein für allemal präjudiziert wäre, sei sogar in vielen Kreisen der äußersten Linken zu bemerken. Jetzt beschäftigt man sich allgemein mit der „Technik der Berufung“ des Regenten. Was die Person des Regenten betrifft, so habe der Standpunkt des Staatsrates, wie er im Beschluß vom 1. Mai formuliert wurde (der Regent müsse polnisch sprechen, katholisch sein, an das Land irgendwie gebunden sein und aus einer herrschenden Dynastie stammen) alle Aussichten, realisiert zu werden. Diese Lösung wünschen das ganze aktivistische Lager, die Rechte, der Repräsentant des Klerus und die Bauern. Für die „Technik“ der Berufung werde eine neue Form geschaffen werden müssen. „Von den projektierten Formen ist die konkreteste“ die, wonach der Warschauer Erzbischof, „einen Konvokationslandtag, bestehend aus dem Staatsrat, dem Nationalrat und den Kreisen, die diesen beiden Institutionen nicht angehören, einzuberufen hat“. An diesem Landtage müßten auch die Vertreter der obersten Institutionen und Parteien teilnehmen. Diese Versammlung hätte einen Kandidaten zum Regenten zu proklamieren und ihn in die Hauptstadt einzuladen. Die Voraussetzung dieser Form der Berufung des Regenten müßte die Behebung der sowohl im aktivistischen Lager selbst, als auch zwischen diesem und der Zwischenparteilichen Fraktion bestehenden Differenzen sein. Daran werde eben in den letzten Tagen gearbeitet. „Die Haltung des interparteilichen Klubs, der im Prinzip sowohl in die Regentenschaft, als auch in die Richtung, in der diese Gestalt annehmen soll, einwilligt, dagegen bis jetzt gegen die Anerkennung des Staatsrates als solchen in diesem Abte, gegen die offizielle Teilnahme desselben ist, — diese Haltung ist nicht derart, daß sie ein Einvernehmen ausschließen würde.“ Im Gegenteile seien sogar Anzeichen dafür vorhanden, daß dieses Einvernehmen zustande kommen werde. (Aus Nr. 96 des Warschauer Tagesberichts vom 15. Mai 1917.)

Aus Nr. 223 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 15. Mai 1917.

Um die Regentenschaft.

Eine Versammlung der Vertreter aller Parteien im Palais des Erzbischofs.

Warschau, 13. Mai 1917.

In der Regentenfrage Polens, vielleicht der wichtigsten Frage des gegenwärtigen Augenblickes, haben wir einen sehr wichtigen Schritt nach vorwärts zu verzeichnen. Gestern abends hatten sich infolge Einladung des Herrn Erzbischofs Rakowski die Vertreter aller Schichten der Volksgeamtheit versammelt. Schon die Worte der letzten erzbischöflichen Botschaft an das Volk hatten eine grundsätzliche Wendung gekennzeichnet, die in dem Standpunkte des Vertreters des Episkopats Polens eingetreten ist. Der Herr Erzbischof Rakowski hat die Initiative in die Hand genommen und in den vielen inneren Gegensätzen, welche die Volksgeamtheit durchwühlen, die Rolle

eines Schiedsrichters übernommen. Infolgedessen hat er die gestrige Versammlung einberufen, die wohl eine der wichtigsten ist, welche seit den denkwürdigen Krafauer Versammlungen im August 1914 abgehalten worden sind. Denn zum ersten Male hatten sich am grünen Tische alle polnischen Parteien eingefunden, um einen einmütigen Beschluß zu fassen.

Außer dem Herrn Erzbischof waren Stadtpräsident Fürst Lubomirski, Prälat Chelmiecki, drei Vertreter des politischen Ausschusses des Nationalrates und je ein Vertreter aller im Königreiche tätigen Parteien erschienen. Es waren also vertreten: die Zwischenparteiliche Fraktion, die Nationaldemokratie, die Realisten, die Fortschrittspartei, die christliche Demokratie des sogenannten passivistischen Lagers, die Liga des polnischen Staatswesens, die polnisch-demokratische Partei, die Volksvereinigung, der nationale Arbeiterverband aus dem Lager des Zentrums, das Nationale Zentralkomitee und die demokratische Vereinigung aus dem Lager der Linken. Die Beratungen fanden in der Weise statt, daß der Herr Erzbischof der Versammlung drei Fragen vorlegte, welche die wichtigsten Probleme der Gegenwart betrafen; auf diese Frage gaben die Vertreter aller Parteien erschöpfende Antworten. In dieser Weise wurde durch den Mund der Vertreter der Parteien der Wille des Volkes ausgedrückt 1. über das Verhältnis zur Regentenfrage, 2. über das Verhältnis zur Regierung, sei es, daß diese der Übernahme der Regentschaft vorangehen wird, sei es, daß diese erst von dem Regenten berufen werden wird, 3. über das Verhältnis zu der Rolle des Staatsrats nach der Antwort der Okkupationsbehörden auf die Beschlüsse vom 1. Mai.

Der Ausgangspunkt der Beratungen war sozusagen der horror vacui. Den Tendenzen, welche auf einen Sturz des Staatsrates hinauslaufen, mußte von vornherein ein positives, konkretes Programm entgegengesetzt werden, um nicht in die Lage zu geraten, daß sich die innere Politik des Königreichs in einer Leere bewegen würde. Die letzte Woche hatte gezeigt, daß die beiden extremen Lager des Königreichs, das der rechten (die Zwischenparteiliche Fraktion) und das der linken Seite (Nationales Zentralkomitee) die Absicht hatten — wiewohl aus verschiedenen Gründen —, den Staatsrat möglichst schnell zu stürzen, ohne eine infolgedessen entstehende Leere zu befürchten. Dagegen erhob sich in letzter Zeit das Zentrum, welches kräftig unterstrich, daß der bloße Sturz des Staatsrates wahrscheinlich keine Gesundung der Verhältnisse, sondern ihre Verschlimmerung wäre, deshalb solche Schritte grundsätzlich zu vermeiden seien, welche eine Leere und eine vollständige Ratlosigkeit der Volksgesamtheit höheren Kräften gegenüber schaffen würden. Die Bestrebungen des Zentrums waren also dahin gerichtet, den Staatsrat zu erhalten, — was jedoch nicht einen Wechsel der Personen oder eine Ergänzung in der Übergangszeit ausschließt —, das bestehende Surrogat einer Regierung durch die Berufung eines Regenten auszubauen und so einen wirklichen Regierungsapparat zu schaffen.

Das waren die idealen Voraussetzungen der gestrigen Versammlung beim Herrn Erzbischof, in welcher das aktivistische Zentrum die Genugtuung hatte, daß sein Standpunkt zu einer communis opinio aller wurde.

Die Ergebnisse der gestrigen Versammlung lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen.

Es ist eine Konsolidierung aller politischen Lager des Königreichs auf der Grundlage der monarchischen Idee erfolgt. Die Pflasteridee wurde in der gestrigen Versammlung von keinem Lager und von keiner Partei geltend gemacht.

(Zensurlücke).

Charakteristisch war, daß, während alle anderen Lager ihre Erklärungen mündlich abgaben, das Lager des Zentrums seine Erklärungen schriftlich niederlegte. So hat z. B. die in der gestrigen Versammlung von der polnisch-demokratischen Partei abgegebene Erklärung folgenden Wortlaut:

„In der Erwägung, daß 1. die für die Mittelmächte vorteilhafte Entwicklung der Kriegslage unseren berechtigten, weitgehenden Forderungen augenblicklich nicht günstig ist, 2. die wirtschaftliche Lage der Mittelmächte den Hoffnungen, daß ihre Regierungen zu radikalen Zugeständnissen hinsichtlich der Staatsgewalt, die ihnen die Möglichkeit einer rücksichtslosen Ausbeutung des Landes gewährleistet, bereit sein würden, ebenfalls nicht günstig ist, 3. die innere Desorganisation der Volksgesamtheit aber und der Mangel einer Armee das Verhältnis der Kraft zu unsern Ungunsten weiter herabsetzen, — findet die polnisch-demokratische Partei keinen andern Ausweg aus den beklagenswerten Zuständen der Gegenwart, als: 1. — Zensurlücke —

2. den Staatsrat als vorläufige legale Behörde bis zum Augenblicke der — — Zensurlücke — — Regentschaft — Zensurlücke — und der Ernennung eines Ministerkabinetts beizubehalten, um den Fortgang der staatschöpferischen Arbeiten nicht zu unterbrechen und die Aufstellung eines Heeres beschleunigen zu können, 3. die leichtsinnigen Bestrebungen zu bekämpfen, die auf den Sturz des Staatsrates gerichtet sind und von der irrigen Ansicht ausgehen, daß es in einer so geschaffenen Leere gelingen werde, eine erste nationale Regierung zu berufen, welche fähig wäre, eine reale Staatsgewalt auszuüben.

Ein weiteres Ergebnis der gestrigen Beratungen ist die Einmütigkeit aller Anwesenden, daß eine Konsolidierung nur auf der Grundlage konkret gesteckter Ziele erfolgen könne, und eins der dominierenden Ziele im gegenwärtigen Augenblick ist die Person des Regenten; daß man ferner gestern die Überzeugung gewonnen hat, daß die republikanischen Elemente sich auf eine theoretische Beauftragung der monarchischen Form beschränken, in der Praxis aber das Handeln andern überlassen werden; sowie daß endlich die hier und dort aufgeworfene Idee einer moralischen, gewissermaßen geheimen Regierung nicht ernst genommen werden kann.

Heute ist es schon ganz offenkundig, daß der Versuch eines Bündnisses zwischen einem Teile der Rechten und einem Teile der Linken, unter Ausschluß des Lagers des Zentrums, der Versuch, der am 3. d. Mts. in der Versammlung des Nationalrates eingeleitet wurde, nur negative Ziele verfolgte: den Sturz des Staatsrates; daß jedoch dieses Bündnis angesichts des Zwanges, in der öffentlichen Tätigkeit im Königreich positive Ziele stecken zu müssen, die Probe nicht bestanden hat.

Die in der gestrigen Versammlung im erzbischöflichen Palais so ernst eingeleitete Konsolidierung der monarchischen Elemente wird für das politische Leben im Lande sehr bald eine ganz andere Grundlage schaffen. M—n.

Aus Nr. 230 der Nowa Reforma (Krafau)
vom 18. Mai 1917.

Die Nowa Reforma erhält aus Berlin die Nachricht, daß in der Versammlung der Vertreter sämtlicher (außer den sozialistischen) Parteien am 13. Mai in Warschau folgender Beschluß gefaßt worden ist: Auf dem Standpunkt der von den beteiligten Mächten anerkannten Unabhängigkeit Polens stehend, werden der „Nationalrat“ und die „Zwischenparteiliche Fraktion“ eine gemeinsame politische Vertreterschaft berufen, die als einmütiger Ausdruck des Willens der

Nation darnach trachten soll: 1. Polen von den kriegsführenden Parteien politisch unabhängig zu machen; 2. eine polnische Regierung im Sinne des — durch eine möglichst vollständige Vertretung der Volksgesamtheit — kundgegebenen Willens der Nation ins Leben zu rufen; 3. für Polen die Stellung einer Partei in den internationalen Beziehungen zu erlangen.

Aus Nr. 84 des Glos (Warschau)

vom 19. Mai 1917.

Austritte aus dem Nationalrat.

Erklärung der polnischen demokratischen Partei:

In der Erwägung:

1. daß gegenwärtig die Mehrheit des ausführenden Ausschusses des Nationalrats, der zufällig in der sogenannten Landesversammlung vom 2. bis 4. Mai gewählt worden ist, auch fernerhin ein Politik betreibt, die den Vorläufigen Staatsrat ignoriert und das Programm der Verwirklichung des polnischen Staates in nächster Zeit untergräbt;

2. daß eine derartige Politik mit der Erklärung des Nationalrates in Widerspruch steht, nach der die Beteiligung der Parteien wie auch die provinzielle Organisation und die Wahl der Delegierten auf den Grundsatz der „unbedingten“ Unterordnung unter die Befehle des Vorläufigen Staatsrates gestützt sein soll;

3. daß der Beschluß der Landesversammlung des Nationalrats als wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Angelegenheit des Regenten in den Vordergrund gestellt hat, während die Vertreter der gegenwärtigen Mehrheit des ausführenden Ausschusses in einem Sonderauschuß unter der Losung der Konsolidation eine Politik betreiben, die die Lösung der Frage des Regenten erschwert, da sie das Werk der nationalen Konsolidierung auf das Niveau des Passivismus herabdrücken will;

4. daß die rücksichtslose Majorisierung anderer Parteien durch die gegenwärtige Mehrheit des ausführenden Ausschusses des Nationalrates diese zwingt, die Verantwortung für Beschlüsse zu übernehmen, die in grundsätzlichem Widerspruch zu ihrem Programm stehen, und ihnen die Möglichkeit nimmt, einen unmittelbaren Einfluß auf den Inhalt der Beschlüsse auszuüben, kann die Polnische Demokratische Partei eine derartige Politik nicht länger dulden und erklärt ihren Austritt aus dem Nationalrat, um nicht auch ferner bei der Förderung der nationalen Konsolidierung, die zum Nutzen des Volkes unter der Führung von höheren Faktoren als dem Nationalrat organisiert, von der Mehrheit des ausführenden Ausschusses aber bezüglich der tatsächlichen Kräfteverhältnisse und der Anschauungen im Unabhängigkeitslager irreführt wird, gebunden zu sein.

Für den Organisationsauschuß der Polnischen Demokratischen Parteien:

A. Gumnicki. S. Kobylecki. B. Lutomski.
Dr. Mlynarski. R. Popiel. Dr. L. Wernic.

Erklärung der Volkspartei.

Infolge der allzu weitgehenden Unterschiede zwischen der Volkspartei und dem ausführenden Ausschuß des Nationalrats in grundsätzlichen politischen und taktischen Fragen, die sich namentlich bei den Verhandlungen mit den passivistischen Gruppen gezeigt haben, teilt der Hauptvorstand der Volkspartei seine Entschließung mit, die er in der Sitzung vom 17. d. M. gefaßt hat:

In der Erwägung, daß die Mehrheit des ausführenden Ausschusses des Nationalrats bei ihren Beschlüssen, namentlich aber bei den Wahlen zu den Ausschüssen niemals die gerechten Forderungen

der Volkspartei oder der verwandten Organisationen berücksichtigen wollte;

daß infolgedessen die Leitung des ausführenden Ausschusses endgültig in die Hand von zwei Parteien gelangt ist;

daß diese Parteien eine deutliche Schwenkung in ihren grundsätzlichen Bestrebungen im Gegensatz zu den Voraussetzungen des Nationalrats gezeigt haben und den Standpunkt der Verwirklichung des Aktes vom 5. November verlassen haben;

daß sie, indem sie als Vertreter des Nationalrats austraten, ein Zusammenarbeiten mit den Passivisten auf Grundlage einer „durch politische Unabhängigkeitmachung Polens von den kämpfenden Parteien“ umschriebenen Neutralität für möglich gehalten haben,

erklärt der Hauptvorstand der Volkspartei im Namen des in dieser Organisation vereinigten Landvolks; daß er, da er des Einflusses auf den Verlauf politischer Angelegenheiten im Nationalrat beraubt ist, nicht länger die Verantwortung für die schädliche Tätigkeit des ausführenden Ausschusses des Nationalrates tragen kann und daher seine Delegierten zurückberuft.

Für den Hauptvorstand der Volkspartei:

Johann Sadlak, Vorsitzender.

Anton Piontkowski, Schriftführer.

Aus Nr. 85 des Glos „(Warschau)

vom 19. Mai 1917.

Die Konsolidierung.

Die schnell aufeinander folgenden Ereignisse auf dem geschichtlichen Schauplatz bewirken auch häufige Änderungen in der Zusammenstellung unserer Parteien und der politischen Lager. Gegenwärtig sind wir gerade Zeugen eines solchen Prozesses.

Die Teilung in Aktivisten und Passivisten, die nach dem Akte vom 5. November und der Schaffung des Staatsrates so natürlich war, verliert heute schon ihren Sinn. Die neuen Ereignisse diesseits und jenseits der Front und insbesondere der Umsturz in Rußland sowie die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens seitens der Ententemächte haben auf eine Revision des Standpunktes aller politischen Faktoren unseres Volkes eingewirkt. Im allgemeinen darf man sagen, daß sich die Luft, die zwischen den Anhängern der Tat und der Untätigkeit noch unlängst bestanden hat, bedeutend verringert hat.

Die Rechte hat sich entschlossen, den Weg einer praktischen Behandlung der Unabhängigkeitsprobleme zu beschreiten, das sich ihr bisher in ihrer Trennung von der wirklichen Sachlage darstellte. In ihrem Lager spukt allerdings noch hier und da der Geist der parteilichen Sektiererei, aber ihre einflussreichen und wertvollsten Faktoren verraten schon eine offenbare Geneigtheit zu einer Versöhnung mit den aktivistischen Elementen und zur Teilnahme an ihren staatschöpferischen Arbeiten.

Unter den Aktivisten haben sich dagegen deutlich Unterschiede in den Anschauungen über den staatlichen Organismus Polens gezeigt, sowie auch über Probleme taktischer Natur. Daher ist auch in dem Nationalrate, der bisher das ganze aktivistische Lager vereinigte, eine Scheidung eingetreten, so daß der äußerste linke Flügel, der bisher unter der allgemeinen nationalen Fahne marschierte, schließlich zur grundsätzlichen Opposition zurückgekehrt ist und die grelle Fahne des Klassenkampfes ausgehängt hat.

Zu einer Beunruhigung gibt dieser Verlust keine Veranlassung; man darf ihn sogar mit Freuden begrüßen, wenn die Absonderung der polnischen Sozialisten von den Mittelpunkten unserer verantwortlichen und

offiziellen Politik von einer Veränderung ihres Einflusses in den elastischen Kreisen der radikalen Intelligenz sowie von einer Stärkung der Einwirkung in nationalem Geist auf den Mittelpunkt der Arbeiter, welche kritiklos denjenigen Strömungen unterliegen, die aller patriotischen Gefühle und staatlichen Aspirationen entbehren, begleitet sein wird.

Nach erfolgter Verzichtleistung auf eine weitere Mitwirkung der sozialistischen Linken in diesem kritischen Augenblicke müßte man doch von der sich darbietenden Gelegenheit der Beseitigung des unglücklichen Dualismus unserer Politik Gebrauch machen, der sich im Anfange des Krieges in auseinandergehenden Orientationen und später in verschiedenen Programmen offenbarte: in den einerseits auf eine Autonomie und Vereinigung, andererseits auf die Unabhängigkeit gerichteten Programmen, schließlich zuletzt in den beiden Taktiken: des Aktivismus und der Passivität.

Unserer Meinung nach könnte man heute zwei auseinandergehende Strömungen in der allgemeinen Forderung der Schaffung der durch den Regenten eingesetzten polnischen Regierung, sowie der Erlangung eines eigenen Platzes für den polnischen Staat in der internationalen Konstellation synthetisieren.

Die so allgemein aufgefaßte Plattform müßte alle befriedigen und der ärgernisgebenden Zweisüßigkeit der äußern polnischen Politik ein Ziel setzen. In solchem Augenblicke ist es nicht angebracht, die Sünden und Abrechnungen mit der Vergangenheit hervorzuziehen, die Fehler der Gegner zu verhöhnen und auf die Richtigkeit der eigenen Voraussetzungen zu verweisen, sondern man muß die ganze Aufmerksamkeit auf die aktuellen Angelegenheiten lenken und sich bemühen, dieselben im Sinne der nationalen Bedürfnisse und Interessen zu erledigen.

Die dem Staatsrate auf seine Beschlüsse vom 1. Mai erteilte vorläufige Antwort der Vertreter der Mittelmächte verschiebt zwar die Entscheidung über die auf Verwirklichung des Abtes vom 5. November gerichteten Bestrebungen auf eine Zeitdauer von „nicht vielen Tagen“, sie stellt aber auch gleichzeitig fest, daß diese Bestrebungen „berechtigt“ sind und sich „mit den sich aus der Tatsache der militärischen Okkupation des Landes und des Krieges ergebenden Forderungen vereinbaren lassen.“

Das berechtigt also keinesfalls zu einem Pessimismus, der sich in gewissen Kreisen unserer Volksgesamtheit wahrnehmbar macht, die höchstens über ein großes Gefühl, aber nicht über genügende Nervenkräfte verfügen, welche nicht bloß auf dem Schlachtfelde, sondern auch in der Politik über den Erfolg entscheiden.

Dieser nervösen Überreizung der Volksgesamtheit sind sich die Vertreter der Okkupationsmächte wohl bewußt und werden sie sicherlich auch bei der Festsetzung des Termins der kategorischen Antwort berücksichtigen. Das ersieht man schon aus dem Abjage der Erklärung der Herren Kommissare, der sich an den Staatsrat wendet, der sich „angesichts der begreiflichen Ungeduld der öffentlichen Meinung vergegenwärtigen wolle, daß er in diesem Augenblicke der Hauptfaktor einer konsequenten Entwicklung des polnischen Staatswesens ist und daß ihm gerade die für die Verwirklichung seiner Bestrebungen günstige gegenwärtige Lage überhaupt eine doppelte Verantwortlichkeit der polnischen Volksgesamtheit gegenüber auferlegt.“

Die in solcher Weise dargestellte Sachlage müßte die Allgemeinheit davon überzeugen, daß der entscheidende Augenblick wirklich naht, weil die Entscheidung schon „in allernächster Zeit“ erfolgen soll, und, wie an einer andern Stelle noch deutlicher gesagt wird, — „vielleicht schon eine Frage weniger Tage ist“.

In solchem Augenblicke müßte die, durch die Ereignisse ermöglichte und durch ein inneres Recht gebotene nationale Konsolidierung das Ziel aller Be-

strebungen, Anstrengungen und Aufopferungen aller politisch reifen Gruppierungen und Politiker sein.

Aus Nr. 114 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 20. Mai 1917.

Unter der Spitzmarke „Die Konsolidierung im Königreich“ schreibt das Berliner Blatt u. a. folgendes:

In letzter Zeit seien in der polnischen Volksgesamtheit des Königreichs hinsichtlich der polnischen Frage sehr bedeutende Wandlungen wahrzunehmen. Die scharfen Gegensätze, welche das Volk noch vor kurzem in zwei Lager getrennt hätten, in das der „Aktivisten“ und in das der „Passivisten“, schienen nunmehr ausgeglichen zu sein. Man habe schließlich eingesehen, daß in den kritischen Momenten nicht das hervorgehoben werden dürfe, was zersplittere, sondern das, was zur Einigung führe. Es mache den Eindruck, als ob auf dem Gebiete des Königreichs jene Polemiken um die „Orientation“, die durch ihre über zwei Jahre währende Dauer die politische Energie der Volksgesamtheit erschöpft hätten, sich nicht mehr wiederholen würden. Die ungeheure Mehrheit des Volkes strebe z. Bt. aufrichtig und mit voller Überzeugung zur Eintracht und Konsolidierung. Die Beseitigung aller inneren Reibereien werde dem polnischen Volke nicht nur die schwierigen Aufgaben, die seiner harren, erleichtern, sondern sie werde auch seine Stellung nach außen hin festigen, was um so größere Bedeutung gewinne in dem Augenblicke, in dem der Weltkrieg der Entscheidung entgegengehe und in dem sich der internationale Friedenskongreß auch hinsichtlich der Gestaltung der polnischen Frage werde schlüssig machen müssen. Damit nun dieser Beschluß im Sinne der polnischen Wünsche ausfiele, sei es vor allem notwendig, daß die Polen selbst hinsichtlich dieser ihrer Wünsche einmütig wären. Die Konsolidierung, die sich gegenwärtig im Königreich vollziehet, sei eine nach dieser Richtung hin unumgänglich notwendige Verbindung.

Nr. 241 der Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 14. Mai 1917.

berichtet folgendes über die Frage des Regenten:

„Der Staatsrat hat letzters einen großen Erfolg davongetragen, indem er um sich und um die von ihm aufgestellten Forderungen die ganze polnische Nation und alle seine politischen Richtungen zusammengefaßt hat. Die augenblicklich von einer bestimmten fremden Seite vorgeschobene Kandidatur eines Regenten aus der Mitte der polnischen Magnaten fiel ins Leere und fand keinen Widerklang, so daß die Absicht fallen gelassen wurde. Die schwebenden Verhandlungen . . . behandeln nicht nur die prinzipielle Frage der Berufung eines Regenten, sondern auch die Form dieser Berufung. Das wird wahrscheinlich in der Form geschehen, daß der Regent durch einen Kreis hervorragender polnischer Persönlichkeiten, sowohl Geistlicher wie auch Laien gewählt wird, die alle Stände der Nation und alle politischen Richtungen repräsentieren werden. Es verlautet, daß dieser Kreis sich folgendermaßen zusammensetzen wird: ein Fünftel werden die Repräsentanten des Staatsrates, ein Fünftel der Nationalrat, ein Fünftel der Zwischenparteiliche Klub, ein Fünftel die Institutionen und ein Fünftel die Parteien absenden. Auf die Weise . . . wird dieser Kreis tatsächlich die ganze Nation repräsentieren . . . In den polnischen politischen Kreisen verlautet, daß man sich in Berlin mit der Notwendigkeit der Berufung eines Regenten in Polen abgefunden hat.“

(Aus Nr. 98 des Warschauer Tagesberichts vom 18. Mai 1917.)

Aus Nr. 109 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 13. Mai 1917.

Polen und „National-Polen“.

Wie aus der Mitteilung des Vorläufigen Staatsrats zu ersehen ist, ist in der Sitzung am 1. Mai ein Beschluß in der Angelegenheit der gleichen Behandlung der österreichischen Untertanen bei der Besetzung der Dienststellen im polnischen Heere gefaßt worden. Wie sich aus der erwähnten Entschließung ergibt, stellt sich die Sache so dar, daß die Abteilung „Polnische Wehrmacht“ in ihren Verfügungen und Anweisungen bezüglich der Organisation des polnischen Heeres einen zweifachen Begriff des Polentums eingeführt hat, und zwar bezeichnet sie mit „Polen“ die Polen aus Galizien (österreichische Untertanen), und mit „National-Polen“ die Untertanen des Königreichs Polen. Diese Einteilung zieht praktische Konsequenzen nach sich, da nur die letzteren alle Dienststellen in den Formationen des polnischen Heeres und der ganzen polnischen Wehrmacht einnehmen können. Auf diese Weise ist in dem bisher einheitlichen Lager der Legionen ein gewisser nationaler Unterschied geschaffen worden.

Das polnische Volk hat sich trotz der Grenzen allezeit als ein einheitliches nationales Ganzes gefühlt und hat dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit bei jeder Gelegenheit bekundet. Diese Gemeinsamkeit der Einheitlichkeit hat ihre Quelle nicht nur in der glänzenden tausendjährigen Tradition des polnischen Staates, der reichen, ureigenen nationalen Kultur, der Einheitlichkeit des Glaubens und der Sprache, sondern sie entspringt auch aus der Einheitlichkeit unserer unverjährten Bestrebungen nach der Vereinigung zu einem staatlichen Ganzen, das dem Ganzen der Nation entspricht. Dieses Gefühl und dieses Streben ist so kräftig, daß ein großer Teil unseres Volkes von dem Aufruf Nikolajewitsch, der die Vereinigung der Landesteile versprach, hingerissen worden ist.

Tatsächlich ist die Sehnsucht nach der nationalen Vereinigung zu einem staatlichen Ganzen einer der wichtigsten Motoren unseres nationalen Fühlens und Denkens. Obwohl uns die Grenzen trennten, obwohl vielfach die künstlich geschaffenen Landesteile sich in folgedessen in Bezug auf ihre Anschauungen über die laufenden Angelegenheiten von einander unterschieden, so sehnten sie sich doch wie drei Schwestern, die gewaltsam vom Mitterschoß losgerissen waren, nach einander und träumten von der Vereinigung unter einem gemeinsamen vaterländischen Dache. Denn wo gibt es eine Grenze für den Geist der Einheit?

Obwohl wir gezwungen waren, unter verschiedenen Bedingungen zu leben, machten wir doch nie Unterschiede unter einander. Wir waren immer Kinder derselben Mutter, Mitglieder einer einzigen Familie und bezeichneten uns als polnische Brüder. Wer aber Unterschiede zwischen uns machen wollte, wer uns in Polen verschiedener Art einteilen wollte, der würde der Wirklichkeit Hohn sprechen und gegen Windmühlen kämpfen.

Daher können wir auch kühn behaupten, daß der erwähnte Beschluß des Staatsrats der Ausdruck der öffentlichen Meinung des ganzen Volkes ohne Rücksicht auf die politische Richtung ist und daß der Staatsrat tatsächlich im Namen des ganzen Volkes gesprochen hat. In Polen gibt es nur eine Art von Polen, und diese Auffassung muß im Verkehr mit uns die einzige maßgebende sein.

In obengenanntem Falle muß die Unterscheidung um so schmerzlicher für uns sein, als sie auf polnische Soldaten Anwendung gefunden hat, die „mit ihrem Blut sich ihr polnisches Bürgertum erkämpft haben“. Der polnische Soldat, der freiwillig und mit Todesverachtung und mit der Losung: „Für dich, Polen, und deine Ehre!“ in den Kampf ging, hat den besten

Beweis seines Patriotismus und seines Nationalgefühls erbracht, und seine Degradierung in nationaler Beziehung muß von dem ganzen Volke schmerzlich empfunden werden.

Im gegebenen Falle hat diese Klassifikation eine ernstere Bedeutung. Die polnischen Legionen, die in Galizien zwecks Unterstützung der österreichisch-ungarischen Regierung gebildet worden sind, bestehen zum größten Teil aus österreichischen Untertanen, und dieses Verhältnis ist im Offizierskorps noch größer als unter den Soldaten. Abgesehen also von ihren persönlichen Gefühlen, setzt das Übergehen derselben bei der Besetzung der Dienststellen in den Formationen des polnischen Heeres die Bedeutung der Legionen als Stamm des Heeres herab, was vom nationalen Standpunkte aus durchaus nicht gleichgültig sein kann.

Daher ist der Beschluß des Staatsrats zugleich auch der heißeste Wunsch der Volksgesamtheit. Möge er möglichst bald erfüllt werden.

Aus Nr. 112 des Naprzód (Krakau)
vom 15. Mai 1917.

In der Angelegenheit der Regionsoldaten aus Galizien und der grundsätzlichen Forderungen des Staatsrats.

In der Sonntagsnummer brachten wir einen Beschluß des Staatsrats vom 1. Mai, der vom General-Gouverneur Befehl als der obersten Instanz bei der Schaffung des polnischen Heeres verlangt, daß die sogenannte Abteilung „Polnische Wehrmacht“ die österreichischen Untertanen bei der Besetzung der Stellen im polnischen Heere nicht übergehen möge.

Am 5. Mai wurde die Zusatzforderung gestellt, daß Legionären, die nicht Bürger des Königreichs Polen sind, die Möglichkeit geboten werde, auf Wunsch unverzüglich dieses Bürgerrecht zu erlangen.

Beide Beschlüsse standen in Verbindung mit mehreren anderen, darunter mit der Absicht der Schaffung von 3 Rekrutenlagern in Sitowo, Zambrowo und Zegrze, wo die Rekruten unter Leitung von deutschen Offizieren die erste Ausbildung erhalten sollen.

Die Infanterie-Regimenter der ehemaligen Legionen sollten je 300 Unteroffiziere und Mannschaften und einige Offiziere dahin kommandieren, damit sie dort als Hilfskräfte Verwendung finden. Hierbei wurde befohlen, daß man ausschließlich Untertanen des Königreichs Polen abkommandiere.

Wir fügen hinzu, daß das Übergehen, über das sich der erste dervon uns angeführten Beschlüsse beklagte, sich offenbar auf die Linienoldaten aus Galizien bezog.

Das ehemalige Militärdepartement des Nationalen Hauptkomitees, das schon vorher zu einer Rekrutierungsinspektion des polnischen Heeres umgewandelt wurde, soll eine Sektion der „Abteilung der polnischen Wehrmacht“ bilden. Hierbei haben wir von einer Klassifizierung in Polen und „Nationalpolen“ nichts gehört.

Die Inspektion des Obersten Sikorski wurde übrigens seitens der Abteilung „Polnische Wehrmacht“ stets besonders geführt.

Als ein Prognostikon, daß den Beschlüssen des Staatsrats günstig ist, ist zu erwähnen, daß die deutsche Zensur in Warschau die Veröffentlichung des vom Staatsrat einstimmig gefaßten Antrages nicht gehindert hat.

Da nun einmal von der Zensur die Rede ist wollen wir hinzufügen, daß diesmal die Warschauer Zensur auch die grundsätzlichen Forderungen des Staatsrats in der Sitzung vom 1. Mai, wie z. B. die Berufung des Regententen oder die „sofortige Ein-

setzung einer vorläufigen polnischen Regierung, die sich aus polnischen Ministern zusammensetzt, die vom Staatsrat nach vorangegangener Verständigung mit der Volksgesamtheit eingesetzt werden", durchgehen ließ.

Die Warschauer Zensur ließ auch die Begründung dieser Anträge durchgehen, die besagte, daß "die allmähliche Übernahme der Regierungsgewalt bis jetzt nicht in die Tat umgesetzt worden ist." "Die Angelegenheit des polnischen Heeres ist bis jetzt nicht im Sinne der Wünsche des Staatsrats gelöst." "Das Verhältnis der Okkupationsbehörden zu der Bevölkerung hat keine freundlicheren Formen angenommen." "Die Anordnungen werden auch fernerhin entweder unter Übergehen des Staatsrats oder ohne Berücksichtigung seiner Anschauungen gegeben."

Man hat es endlich auch in den einschlägigen Kreisen der deutschen Okkupation erkannt, daß "infolge des Mangels der Verwirklichung der Absichten des Aktes vom 5. November v. Js. von Seiten der Mittelmächte sogar die Idee der Anlehnung des unabhängigen polnischen Staates an ein freies Bündnis mit den Mittelmächten ins Wanken geraten ist. Infolgedessen übt die Existenz des vorläufigen Staatsrats in seiner heutigen Form mit seinen Kompetenzen nicht nur auf die Befestigung der freundschaftlichen politischen Beziehungen zwischen dem polnischen Staate und den Mittelmächten keinen Einfluß aus, sondern kann sogar auch die Konzeption eines polnischen Staates, der auf den Western gestützt ist, untergraben."

Anstatt einer mechanischen Zunichtemachung der Beschlüsse des Staatsrats und der Diskreditierung desselben durch seine Isolierung vom Volke hat man also diesmal im Einverständnis mit den beiden Mittelmächten versprochen, den Anträgen des Staatsrats gegenüber eine grundsätzliche Stellung einzunehmen. In der Antwort auf die wiederholt kundgegebenen Absichten, auf die Mandate zu verzichten, hat man betont, daß die Existenz des Staatsrats unbedingt notwendig sei, da man nur den Staatsrat als Vertreter des polnischen Volkes bei Verhandlungen mit den verbündeten Mächten zulassen könne.

Aus Nr. 110 des Głos Narodu (Kraukau)
vom 10. Mai 1917.

Die neuesten Gegner des Aktivismus.

Die ungeheure Mehrheit des Volkes im Königreich Polen mit der Linken an der Spitze verlangt, daß der vorläufige Staatsrat aus seiner Passivität heraustrete. In dem Augenblicke, da diese Stimme verschiedener Parteien mit voller Macht der Überzeugung ertönt, die sich auf das Gefühl für eine nüchterne und reale Politik stützt, läßt sich aus Kraukau ein entgegengesetzter Ruf vernehmen. Wenn wir hinzufügen, daß in ihm Kleinlichkeit durchklingt, die mit dem großen geschichtlichen Augenblick der Gegenwart nicht übereinstimmt, dann wird es nicht schwer zu erraten sein, von welcher Seite er kommt. Der Ton der Ausführungen des "Gzas" ist jedoch so eigenartig, daß er wahrscheinlich auch die Verwunderung der Kraukauer konservativen Kreise erregen wird, die bisher die Politik dieses Blattes ihrem eigenen Geschick nicht überlassen haben.

Das Organ, das einst den großen Gedanken konservativer Richtung vertreten hat, die die Gesamtgestalt der polnischen Frage so tief erfaßte, wie dies anderen Parteien nicht möglich war, kann jetzt den Ausweg aus dem Zauberkreis der Parteipolitik nicht finden, wie ihn die galizische Mandatpolitik geschaffen hat. Denn was geschieht heute? Die Rechte und die äußerste Linke — die letztere mit dem größten Nachdruck — verlangen von dem vorläufigen Staatsrat, aus der Untätigkeit her auszutreten. Der Nationalrat,

der sich aus dem Nationalen Zentralkomitee zusammensetzt, demnach aus der Radikalen Partei, der Demokratischen Vereinigung und der Polnischen Volkspartei, stellt fest, daß die "Erfolglosigkeit der Tätigkeit des Staatsrats von der Beschränkung seiner Kompetenzen herrührt und auf innere Hindernisse zurückzuführen ist". Er stellt ferner fest, daß "nur eine Regierung, die aus dem Schoße des Volkes selbst hervorgegangen und ihm verantwortlich ist dem Willen des Volkes genügen könne", und daß die nächste Aufgabe einer solchen Regierung neben der Aufstellung eines nationalen Heeres die Einberufung des Landtages sein müßte. Der "Gzas" aber sieht in solchen Forderungen nur — Intrigen der Nationaldemokratie! Die "Vereinigung der demokratischen Parteien" fordert Herrn Grendyszynski auf, aus dem Staatsrat auszutreten. Der "Gzas" glaubt wohl, daß es sich um die Vereinigung nationaldemokratischer Parteien handelt! Die polnische sozialistische Partei beruft ihren Vertreter Kunowski zurück. Kunowski wird vom "Gzas" als Nationaldemokrat bezeichnet. Dr. Jodko, ein bekanntes Mitglied der Polnischen Sozialistenpartei, tritt in einer Warschauer Versammlung gegen den Staatsrat auf. Augenscheinlich ist er Nationaldemokrat geworden, und bei diesem unverhofften Farbenwechsel leisten ihm Downarowicz und andere Gesellschaft, die vom "Gzas" wieder als Nationaldemokraten bezeichnet werden. Was braucht man sich da zu wundern, daß jeder, der in Galizien festzustellen wagt, daß das Königreich die Rechte im Staatsrat sehen möchte, schon als Nationaldemokrat von reinstem Wasser verschrien wird. Gewiß wurde auch der Brigadier Biljucki, als er mit der Rechte wegen des Eintritts in den Staatsrat verhandelte, dafür gehalten. Dieser hatte aber erkannt, daß keine Körperschaft, in der nicht Vertreter eines großen Teils der Allgemeinheit vorhanden sind, imstande ist, sich nach innen oder nach außen zu Gehör verschaffen.

Und jetzt, da ein allgemeiner Ruf an den Staatsrat ergeht, der einheitlich von den verschiedenen Parteigruppen ausgeht, da tatsächlich das Volk als Ganzes spricht, hört das Kraukauer Organ in diesem Ruf nur das Knirschen von Parteintriguen. Für einen gewissen Typ der geistigen Verfassung, der in der Enge der galizischen Verhältnisse verankert wurde und den man als Mandattyp bezeichnen könnte, gibt es keine polnische Frage als solche; es gibt nur einen Kampf um die Macht unter den Parteien. Wir erinnern uns, mit welcher Verwunderung das Königreich solche Auffassungen in Galizien betrachtete und wie es mit Unrecht annahm, daß der politische Kleinhandel bei uns Eigenschaft der Allgemeinheit sei. Anders würde heute unser Einfluß auf die ernstesten politischen Kreise im öst.-ung. Okkupationsgebiete und in Warschau sein, wenn nicht das Mißtrauen und die Überzeugung wäre, daß sich die politische Ideologie Galiziens in der Erlangung von Macht seitens dieser oder jener Partei erschöpft, und daß sie sich zu einem Streben nach allgemeinem Wohl, wenn auch unter Benachteiligung der Partei, nicht aufschwingen kann.

Man protestierte von der andern Seite der früheren Grenze gegen solche Auffassungen, die Galizien herabsetzten. Heute muß man noch einmal daselbst tun, da das Königreich wiederum ein solches Knirschen hört. Man muß feststellen, daß die galizische Volksgesamtheit als Ganzes während des Krieges viel gelernt hat und sich in ihrer politischen Moral hoch erhoben hat. Drei Jahre der Aktualität der polnischen Frage sind nicht ohne Spuren politischer Schulung an uns vorübergegangen. Wir brauchen nicht zu erläutern, welchen Instanzen der Gzas die empörende, weil bewußt unrichtige und aus Rücksicht auf die durchsichtigen Ziele so hoch ritterlichen Auffassungen über die angeblichen nationaldemokratischen Einflüsse beibringen möchte.

Denn wir glauben nicht, daß das Krafauer Organ tatsächlich nicht imstande wäre, die Möglichkeit der Existenz einer unparteiischen öffentlichen Meinung, die lediglich dem allgemeinen Wohl und nicht Parteiinteressen dient, zu begreifen. Darum jedoch, wie auch um die geraden Wege, auf denen sich politische Kämpfe bewegen müßten, werden wir mit dem „Gzas“ nicht rechten. Es genügt uns das freundige Bewußtsein, daß heute in Polen alle Bemühungen vergeblich sind, den Kampf der Geister um das Wohl des Vaterlandes auf das Niveau von Parteikämpfen mit ihrem Streben nach Einfluß herabzudrücken. Vergeblich ist auch die Negation, die das Krafauer Blatt, das seit 3 Jahren sich im Gegensatz zur Allgemeinheit des Königreichs befindet, der öffentlichen Meinung des Königreichs entgegenzustellen hat. Mit kindlicher Stimme ruft es nach der Tat, wenn der Instinkt des Volkes erst noch auf die Möglichkeit der Tätigkeit wartet. Dann aber knirscht seine verrostete Bremse, wenn der politische Verstand den Augenblick für gekommen hält und die Tat, also die Verwirklichung des polnischen Staatsgedankens im Sinne des Aktes vom 5. November verlangt.

Solche Strömungen fühlen heute bereits ihre Vereinsamung in der Volksgemeinschaft. Sie befinden sich gewissermaßen in der Lage eines Kandidaten, der von seinen Wählern fallengelassen wurde. Wir verstehen es, daß so etwas jemanden aus dem Gleichgewicht bringen und zur Bezeichnung der Tätigkeit des Gegenkandidaten als „heuchlerisch und schädlich“ veranlassen kann. Das, was für den Anhänger gewisser Parteimanöver schädlich sein kann, kann für die allgemeine Sache von Nutzen sein.

Die Beurteilung hängt vom Standpunkt des Beurteilers ab. Aber das Niveau des politischen Verstandes bezüglich der polnischen Frage ist heute unter unserer Allgemeinheit ein so hohes, daß gewisse bedauerliche galizische Auffassungen auch fernerhin heuchlerisch sein können. Schaden können sie jedoch nicht mehr.

Aus Nr. 238 der Nowa Reforma (Krafau)
vom 18. Mai 1917.

Der neue Generalgouverneur von Lublin, Graf Szepthycki, empfing, wie die Krafauer Nowa Reforma berichtet, am 15. Mai eine Abordnung der polnischen Bauernschaft aus dem österreichischen Okkupationsgebiet, die dem Generalgouverneur folgende Forderungen vorbrag: 1. Sofortige Berufung eines polnischen Königs oder Regenten in der Person des Erzherzogs Karl Stefan; 2. Bildung einer polnischen Regierung durch den König oder Regenten; die Regierung soll die Landesverwaltung und Organisation des Heeres übernehmen; 3. Einberufung eines polnischen Landtags nach Warschau auf Grund eines demokratischen Wahlrechts; 4. Einheitlichkeit der polnischen Verwaltung im ganzen Königreich Polen unter Aufhebung der Okkupationsgrenzen; 5. Behandlung des Königreichs Polen und der polnischen Bevölkerung als eines freien und unabhängigen, nicht aber als eines unterjochten und eroberten Landes und Volks; 6. Einstellung aller Requisitionen, weil dem Lande eine Hungersnot bevorsteht; 7. Freihandel mit Lebensmitteln; 8. Unterstützung des Verbandes der Erzeuger, namentlich bei Heereslieferungen; 9. Verbot der Abschlachtungen; 10. Wechsel des Personals der Gendarmerie und Ausschließung der Gendarmen nichtpolnischer Nationalität.

Der Generalgouverneur dankte für das ihm von den Bauern geschenkte Vertrauen und versprach Berücksichtigung ihrer berechtigten Forderungen und Beschwerden.

Aus Nr. 108 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 13. Mai 1917.

Der Streik der höheren Bildungsanstalten — verlängert!

(Von unserem Berichterstatter.)

Warschau, den 10. Mai.

Die Angelegenheit des Streiks der höheren Bildungsanstalten in Warschau wird von Tag zu Tag verwickelter.

Heute, am Donnerstag, fand in der Aula der Universität eine Studentenversammlung statt. Man besprach die Angelegenheit des Streiks und dessen Verlauf. Es herrschte eine ernste Stimmung.

Die Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, besagt, daß die Studentenschaft eine Genugtuung für die Mißhandlung der Studenten nicht erhalten hat; deshalb legt die in der Universitätsaula am 10. Mai versammelte Jugend dagegen Protest ein und beschließt, alle Arbeiten in der Universität zu unterbrechen. Zugleich wendet sich die akademische Jugend an den Universitätsrat und an die ganze Volksgemeinschaft mit der Bitte um tätige Unterstützung der Protestaktion.

Der Streik umfaßt gegenwärtig die Universität, das Polytechnikum, die höheren wissenschaftlichen Kurse, die höheren landwirtschaftlichen forstwirtschaftlichen, Handels- und Gärtnerkurse.

Eine aus verschiedenen Vereinigungen bestehende Kommission, die den Streik leiten, hat beschlossen, die Arbeit bis zum nächsten Montag niederzulegen. An diesem Tage wird die Kommission der Studentenversammlung über ihre Tätigkeit Bericht erstatten, die dann über die Aufhebung des Streiks oder seine Fortführung beschließen wird.

Es muß noch bemerkt werden, daß in der heutigen Versammlung die radikalen Gruppen der akademischen Jugend verlangt haben, daß man auch Abgeordnete der 3 national-jüdischen akademischen Vereine in die Streikkommission aufnehme. Die Mehrzahl der akademischen Bürger sprach sich dagegen aus, da sie der Ansicht war, daß die Zulassung solcher Delegierten die Anerkennung der jüdischen Nationalität in den Mauern einer polnischen Bildungsanstalt bedeuten würde.

Wie bereits erwähnt, soll die Fortsetzung des Streiks von der Entscheidung der Studentenversammlung am nächsten Montag abhängig gemacht werden. Wenn ihre Forderungen nicht berücksichtigt werden, wird der Streik fortgesetzt werden.

Nr. 238 des Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 12. Mai 1917

berichtet unter der Überschrift: „Der Rücktritt des Rektors der Warschauer Universität“, nach dem Krafauer „Kurjer Godzienny“ folgendes: „Am 6. Mai veranstaltete die Hochschuljugend einen Demonstrationsumzug in der Alja Jerozolimska. Der Zug erfolgte in vollständiger Ordnung. Anlässlich dieser Ereignisse benachrichtigte der Universitätsrektor Dr. Brudzinski die Behörden von seiner Demission. Dasselbe tat auch der Rektor des Polytechnikums. — Der Universitätsrat faßte einen Beschluß, wonach die Professoren in ihren Stellungen verbleiben werden, wenn die Universität von den Okkupationsbehörden unabhängig gemacht werden wird. Im Namen des Staatsrates führt der Direktor des Kultus-Departements Mikulowski-Pomorski und im Namen der Stadt Fürst Lubomirski Verhandlungen mit den deutschen Behörden.“ (Aus Nr. 96 des Warschauer Tagesberichts vom 15. Mai 1917.)

Nr. 82 des Glos (Warschau)

vom 18. Mai 1917

bringt unter der Überschrift: „Litauen und Polen“ folgende, aus dem „Kurjer Litowski“ geschöpfte Information: Bekanntlich habe sich sofort nach der Umwälzung in Rußland in Petersburg ein Komitee zur Verwaltung Litauens gebildet. Die Litauer hätten aber, ohne die Komplettierung des Komitees durch die Vertreter der anderen Nationalitäten abzuwarten, auf eigene Hand beim Fürsten Litwa Schritte unternommen. In Anbetracht dessen traten die polnischen Abgeordneten von Litauen und Ruthenien sowie Mitglieder des polnischen Demokratischen Komitees zu einer Beratung zusammen und faßten einen Beschluß, in dem festgestellt wird, daß über das Schicksal des Landes nicht die Emigration zu entscheiden habe. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß bloß das Gouvernement Kowno eine litauische Mehrheit aufweise. Das Gouvernement Suwalki müsse ein untrennbarer Bestandteil des Königreichs Polen bleiben, bis die dortige Bevölkerung in die Lage kommen werde, sich bezüglich ihrer Zugehörigkeit zu äußern. Von den Abgeordneten haben diese Resolution unterzeichnet: Babinski, Fürst R. Czerniewski, der Geistliche S. Maciejowicz, Meyztowicz, F. Raczkowski, K. Skirmunt. (Aus Nr. 58 des Warschauer Tagesberichts vom 18. Mai 1917.)

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 109 des Naprzód (Kraśów)

vom 11. Mai 1917.

Vor den Beratungen des Polnischen Klubs.

Wir sind vor einem Jahre in den Polnischen Klub eingetreten, damit es zur Zeit der Entstehung des Polnischen Klubs nicht zweierlei polnische Politik gäbe, weder bei uns, noch bei den andern. Wir sind freiwillig einer Organisation beigetreten, in der unsere politischen und sozialen Gegner herrschten, damit auch jeglicher Schatten der Möglichkeit verschwinde, den einen Teil des polnischen Volkes gegen den anderen auszuspielen, damit es niemandem möglich wäre, durch Zugeständnisse zugunsten des einen Teils die Allgemeinheit zu schädigen.

Indem wir dem Grundsatz der Unabhängigkeit des Volkes huldigten, durchbrachen wir nicht die polnischen Reihen in Österreich während der Zeit, in der es anderen Parteien schien, daß man zur Verwirklichung dieses Grundsatzes auf einem andern Wege — einem mittelbaren und sehr weitläufigen — gelangen könne. Als die Pläne anderer Parteien im Sommer vergangenen Jahres erschüttert wurden und die Sache selbst begraben zu werden drohte, arbeiteten wir auch dann noch ausdauernd an der Umgestaltung der Begriffe und der polnischen Organisationen, damit in Übereinstimmung mit den Wünschen und Bestrebungen der großen Mehrheit der Volksgesamtheit deren parlamentarische Vertretung zu dem fundamentalen Grundsatz der Existenz eines freien Volkes zurückkehre.

Wir protestierten gegen die systematische Vergiftung des Königreichs Polen durch die bekannten Persönlichkeiten aus dem Obersten Nationalkomitee und betrachteten dessen Absicht, sich aufzulösen, als eine Reinigung der polnischen Politik von den Trümmern, die den Weg zur Zukunft versperren.

Unser Weg war mit Schwierigkeiten gespickt; denn auch das ganze Volk hatte ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden. Die Veränderlichkeit der Kriegsgeschichte, die schreckliche wirtschaftliche Verwüstung des Landes in Verbindung mit der organisatorischen Schwäche des Landes und der verschwindend kleinen

Kraft der polnischen Wehrmacht, vor allem aber die Leichtigkeit der Erweckung von Illusionen durch irgend ein Versprechen, durch irgend eine These, die irgendwo in der Welt unter unserer Adresse aufgestellt wird, das alles verursachte Dualen, manchmal sogar Höllequalen in der polnischen Brust. Das Heilmittel in diesem schrecklichen krankhaften Zustande war die Wirklichkeit, die Arbeit an jeder Möglichkeit der Verwirklichung großer Lösungen, das Bestreben, während des Sturms den Anker in eigenem Boden festzumachen, ein eigenes Recht zu schaffen. Daraus ergab sich das freudige Streben nach Betätigung auf dem Boden der beiden Akte vom 5. November 1916 sowohl im Königreich als auch in Galizien; daher stammte die Bereitwilligkeit zu „positiver Tätigkeit“ seitens der „radikalsten“ Leute, die Bereitwilligkeit zur Beherrschung seiner eigenen viel weiter gehenden Bestrebungen, daher die verhältnismäßige Leichtigkeit von Organisationsversuchen im Volke, wenn diese nur nicht die Hoffnung raubten, daß sie zu dem vom Volke ersehnten Ziele führen werden.

Aber schon in diesen Stadien der Entwicklung der polnischen Frage konnte man ein für uns unheilverkündendes Zeichen beobachten. Es bildeten sich Gruppen, die das leidenschaftliche Streben im Volke, das infolge der Unsicherheit der Zukunft Martern auszustehen hatte, ausnützten und die unter der Losung der „positiven“ Arbeit das letzte Gut des Volkes, die Ehre und die Würde Polens, verkauften.

Nicht wegen parteipolitischer oder persönlicher Abrechnungen schreibe ich; daher werde ich auf jene Gruppen nicht näher hinweisen. Aber das Eine muß ich bemerken, daß ihre Taktik die allgemeine Unruhe noch verstärken, das Gefühl der bedrohten Ehre schmerzlich reizen und die Leiden vermehren mußte.

Unter solchen inneren Bedingungen des sozialen Reagierens in Polen versammelt sich in einigen Tagen der Polnische Klub und daneben auch der Landtagsklub zur Beratung über die Polnische Frage. Ich füge hinzu, daß diese Beratungen nicht mehr einen rein akademischen Charakter haben können. Zwei Wochen nach ihnen wird — das Wiener Parlament zusammentreten.

Dies bedeutet aber, daß der Polnische Klub sich entweder für die Regierung erklären oder zur Opposition übergehen muß. Mit der Politik der „freien Hand“, mit einem Sichverkaufen von Woche zu Woche, mit einer Politik, die weder eine Mehrheit noch eine Minderheit bedeuten würde, kann sich der Polnische Klub nicht begnügen.

Die politische Bedeutung der kommenden Verhandlungen des Polnischen Klubs ist unter diesen Bedingungen offenkundig. Das fühlen alle, und daher lenken sie die äußerste Aufmerksamkeit auf jedes Wort, sei es des Präsidiums, sei es der parlamentarischen Kommission, die bis jetzt aus Gründen, die ich nicht kritisieren will, mit dem Schleier des Geheimnisses sich umhüllen. Die Achtsamkeit des Volkes ist aber um so stärker, als die Allgemeinheit — dem polnischen Klub nicht traut.

Und wiederum werde ich nicht die Gründe auseinanderlegen, aus denen verschiedene, sogar ältere Anhänger der früheren Klubpolitik dem Klub nicht trauen, da ich kein Abrechnung suche. Ich stelle aber fest, daß auf dem Hintergrunde dieses allgemeinen Mißtrauens sehr leicht eine Demagogie erwachen kann, die inmitten der vielleicht möglichen Niederlage der Allgemeinheit entweder ihren Parteistandpunkt retten will, oder aber, was noch schlimmer ist, infolge des augenblicklichen Zerfalls der großen Pläne an die Bedürfnisse des heutigen Tages appelliert und die Hand nach Subvention dem durch den Krieg verarmten und müdeten Reiche entgegenstreckt, um ein Handgeld zu erhalten, das seine Konsequenzen haben muß. Diese

Befürchtungen ergeben sich aus der Reihenfolge der heute aktuellen Sachen. Aus den bisherigen Debatten haben sich drei Hauptpunkte ergeben: das allgemeine polnische Programm, die Sonderstellung Galiziens, schließlich die Millionen für die Kriegslieferungen und die riesigen Entschädigungen für die Kriegsschäden.

Ich gebe mich keinem Pessimismus hin, wenn ich die Überzeugung ausdrücke, daß Mitte Mai d. J. keine von diesen Angelegenheiten von dem Klub so behandelt werden wird, daß die Polen keinen Anlaß zu Befürchtungen bezüglich der Zukunft und zu bedrückender Unruhe zu haben brauchen.

Die polnische Frage ist zum größten Teil eine internationale Angelegenheit, und die internationale Entscheidung über Polen kann erst nach Beendigung des Krieges fallen. Die Verwirklichung der Sonderstellung Galiziens hängt nur von der Regierung ab, die sie aus bekannten Gründen nicht durchführen kann. Die Millionen aber, oder gar die Milliarden, die die Wunden des Landes heilen sollen, sind nur in der Form von — ersten Jahresraten möglich.

Es erwartet daher niemand von dem Polnischen Klub plötzlich irgend ein wunderbares Rezept gegen unsere Leiden.

Das Fieber des Mißtrauens hat eine andere Veranlassung, nämlich die Befürchtung, daß der Klub für einen augenblicklichen Vorteil oder politische Bequemlichkeit unsere Zukunft — und zwar nach jeder Richtung hin, opfern könnte. Die einen zittern vielleicht mehr um Polen und die andern mehr um Galizien; alle fürchten sich — vor der Scham.

Ich habe ein schweres Wort hingeworfen, so schwer wie ein Stein; aber dieser Stein lastet heute auf ungezählten polnischen Herzen.

Was wünschen die Polen vom Klub und von ihren erwählten Abgeordneten? Die Wahrung der nationalen Würde und Ehre!

Was befürchten sie? Die Erniedrigung in großer Zeit.

Der Politiker, der eine so schwere Lage vor sich sieht wie der polnische Politiker im gegenwärtigen Augenblick, erfüllt schon seine Pflicht, wenn er deren politische Moral hochhält und die Widerstandskraft des Volkes für die kommende schwere Zeit bewahrt, die kommen kann oder muß. Dieser Forderung muß der Polnische Klub entsprechen, wenn er solidarisch bleiben und die polnische Politik in Österreich leiten soll.

Nicht auf irgend eine feingeschliffene Formel wartet heute das Land, nicht auf eine Beruhigung bezüglich der Grenzen Polens, sondern es erwartet Worte und Taten, die dem entsprechen, was die Polen heute fühlen. Niemand hat heute das Recht, auf das unsterbliche Recht des Volkes, auf seine Größe zu verzichten, um keinen Preis in dieser oder jener Form. Es hat auch niemand das Recht, öffentlich zu bezweifeln, daß diese Rechte sich verwirklichen lassen.

Das fühlen heute alle Polen, und diesem Gefühl muß der Polnische Klub in Wien Ausdruck geben.

Ignaz Dasinski.

Aus Nr. 112 des Głos Narodu (Krakau)
vom 12. Mai 1917.

Die Notwendigkeit von Tatkraft.

Am Montag versammelt sich der Polnische Klub in Wien, um über die laufenden Angelegenheiten zu beraten. Seit einigen Tagen senden Wiener Berichterstatte mancher Blätter Prästudien zu diesen Beratungen. Wir hören, daß es zu Verhandlungen mit der Regierung in der Angelegenheit der Sonderstellung Galiziens nicht zu kommen scheint, „und daß

die Aussichten für die Zukunft pessimistisch beurteilt werden“. Über den Arbeiten des Klubs breitet sich auf diese Weise schon von vornherein eine gewisse Hoffnungslosigkeit aus, als wenn sie die öffentliche Meinung darauf vorbereiten wollte, daß günstigere Ergebnisse nicht zu erwarten seien, und als wenn sie jetzt schon unsere parlamentarische Vertretung rechtfertigen wollte, daß das Ergebnis ihrer Beratung nur ein bescheidenes sein wird.

Wir wünschen aufrichtig, daß die Schlussfolgerungen, die wir aus den Wiener Mitteilungen ziehen, sich als falsch erweisen möchten. Wir sehen nämlich keine mildernden Umstände, die den Polnischen Klub wegen seiner ungenügend starken Haltung gegenüber der Zentralregierung rechtfertigen könnten. Zwei Notwendigkeiten sind nämlich vor unsere Wiener Vertretung getreten, die beide durchführbar sind. Die eine ist die Erfüllung des feierlichen Versprechens der Regierung vom 23. April, daß die Wiener Behörden die Regelung der Kriegsentenschädigungen durchführen werden. Die zweite, die für die riesige Mehrheit der polnischen öffentlichen Meinung sowohl in Galizien als auch jenseits der Grenzen als unzweifelhaft galt, ist eine grundsätzliche Stellungnahme in der polnischen Frage als solcher.

Zur Erfüllung der letzteren Forderung bot sich in Krakau Gelegenheit, als Kaiser Karl das Präsidium des Polnischen Klubs empfing. Diese Gelegenheit ist unausgenützt vorübergegangen, obwohl sie so offenkundig war, daß die Ansprache Dr. Bilinskis sogar dort einer Kritik begegnete, wo man bisher nur Stimmen der Anerkennung für die polnische Taktik des Klubs und seines Präsidenten hatte. Wird man jetzt in Wien wieder gut machen, was man in Krakau versäumt hat? Wir wollen annehmen, daß dies geschehen wird. Hoffentlich wird der Polnische Klub daran denken, daß die galizischen Polen, die er vertritt, ein Teil Polens sind, daß aus dem Munde ihrer politischen Vertretung die Stimme ertönen muß, die von dem ganzen Volke gehört wird, die Stimme, in der unsere Hoffnungen und Forderungen erklingen werden.

Dieser Pflicht kann sich der Klub nicht entziehen. Außer Angelegenheiten Galiziens, deren lokale aber weittragende Bedeutung wir alle verstehen, namentlich die Forderungen materiellen Inhalts, die Galizien mit vollem Recht energisch erheben muß, gibt es grundsätzliche Fragen, die durch den geschichtlichen Augenblick in den Vordergrund gestellt worden sind, Fragen, an denen man nicht mit geschlossenen Munde und zu Boden gesenktem Blick vorübergehen kann. Es würde dies in den Augen Polens die Erniedrigung des geistigen Niveaus bedeuten, auf dem wir jede politische Vertretung unseres Volkes sehen möchten. Andere Teilgebiete könnten darin einen Mangel an Weitblick sehen, und an deren Meinung muß uns doch gelegen sein, und zwar nicht nur aus moralischen Gründen. Wir alle wissen, wie leicht man die galizische Politik im Königreich nimmt, in jenem Landesteil, den jeder gesunddenkende Pole möglichst stark zu uns hinüberziehen möchte. Man wirft dieser Politik einen engen Horizont und starres Festhalten an der Taktik vor dem Kriege vor, die der Größe der geschichtlichen Ereignisse durchaus nicht entspricht. Dieses harte und für die Solidarität der polnischen Seele schädliche Urteil wird die galizische Publizistik erst dann mit Erfolg bekämpfen können, wenn die Taten des Polnischen Klubs ihr die Argumente dazu liefern. Auf Taten müssen wir also warten, nicht auf Worte, deren bis jetzt schon so viele gefallen sind, leider aber — vergeblich.

Der Polnische Klub vertritt in Wien eine Macht, mit der jede Regierung in ihrem eigenen Interesse rechnen muß. Sie wird dies umso eifriger tun, je genauer sie darüber unterrichtet sein wird, daß hinter

unsrer Wiener Vertretung das Land steht. Diese letztere Bedingung wird sich sofort erfüllen, sobald unsere Allgemeinheit den Klub in einer energischen Haltung erblicken wird, im Bewußtsein seiner Bedeutung im Parlament, im Bewußtsein der Möglichkeit seines Einflusses auf galizische Angelegenheiten, vor allem aber im Bewußtsein der Rolle, die ihm im ganzen Volke zufällt. Von unserer Vertretung haben wir das Recht zu verlangen, daß sie in einem Momente wie dem heutigen ganze Energie und volle Entschiedenheit entfalte. Der Politiker darf auf keine Hilfsmittel verzichten. Es gibt Augenblicke, in denen die Taktik der Kompromisse oder sogar der Verbeugungen angebracht ist; es gibt aber auch Augenblicke, da man mit der Waffe in der Hand die Arena betreten muß. Nicht nur das Bewußtsein der Ziele, sowohl der lokalen als der allgemein nationalen Ziele erwarten wir daher vom Polnischen Klub, sondern auch die Energie der Mittel und diejenige Würde im Auftreten, die den Vertretern der nationalen Politik in einem polnischen Landesteile — namentlich in einem Augenblick wie dem heutigen — entspricht.

Aus Nr. 221 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 13. Mai 1917.

Der Polnische Klub.

Die Beschlüsse des morgen zusammentretenden Polnischen Klubs werden von unsrer Volksgemeinschaft mit großer Spannung erwartet. Allgemein herrscht die Empfindung, daß im Augenblicke des Herannahens großer Entscheidungen der Polnische Klub sowohl als parlamentarische Vertretung dieses Teilgebiets, als auch in seinem Charakter als eins der Organe unsrer allgemeinen nationalen Politik auf politische Schablonen verzichten muß, und daß er, nachdem er sich über die allgemeine Lage orientiert und aus ihr die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen hat, sich auf die Höhe der geschichtlichen Probleme des nationalen Daseins stellen müßte, die in nächster Zeit entschieden werden.

Dies Mal darf der Polnische Klub seine Rolle nicht nur als parlamentarische Vertretung des einen Landesteils auffassen. Denn obwohl der Klub auch in dieser Rolle ungemein bedeutungsvolle und schwierige Fragen zu lösen hat, so ruhen doch auf ihm unvergleichlich höhere, schwierigere und verantwortungsvollere Pflichten auf dem Gebiete der allgemein nationalen Politik, da er eins der Organe dieser Politik ist.

..... Mehr als jemals muß heute der polnische Politiker sich vor seiner — Einbildungskraft in acht nehmen. Denn viele und starke Dinge wirken auf diese ein. Das stärkste davon ist entschieden die russische Revolution. Diese hat die Geister mächtig erregt, und zwar nicht nur den linken Flügel der Volksgemeinschaft, was nicht verwunderlich wäre, sondern auch den rechten, was sehr charakteristisch ist. Aber obwohl wir aufrichtige Sympathien für diese mächtige Umwälzung hegen, obwohl wir wünschen, daß sie in ihrem Ergebnis ein neues Rußland schaffe, das zur Verwirklichung der ungeheuren Entwicklungsmöglichkeiten, die in ihm stecken, fähig ist, obwohl wir schließlich alle die Äußerungen, mit denen das zu neuem Leben erwachende Rußland sich an das polnische Volk und die Frage seiner Zukunft wendet, hochschätzen, so veranlaßt uns doch der politische Wirklichkeitsinn zu der Feststellung, daß die Revolution, die am 12. Mai 1917 als eine der realen Vorbedingungen der polnischen Politik besprochen wurde, nichts anderes bedeutet, als eine Stärkung der Stellung Österreichs und Deutschlands als Okkupanten der polnischen Gebiete. Alles andere gehört in das Gebiet der Metaphysik. Was

die russische Revolution für die polnische Frage sein wird, weiß niemand. Aber jeder müßte wissen, was sie heute für sie bedeutet. Und sie ist in ihren unmittelbaren und aktuellen Konsequenzen nichts anderes, als eine Stärkung der Stellung Deutschlands und Österreichs. Es ist nicht nötig, diese in die Augen springende Tatsache zu beweisen. Was wir für die Entwicklung der polnischen Frage von Österreich zu erwarten haben, wissen wir alle. Was wir von Deutschland zu erwarten haben — weiß niemand. Das ist die zweite unzweifelhafte Tatsache, die als Ganzes in jede genaue und verantwortliche politische Berechnung hineingezogen werden muß.

Die Interessen und Methoden der Politik Österreichs in der polnischen Frage decken sich nicht mit den gleichen Interessen und Methoden Deutschlands. Im Gegenteil kann jeder ohne übermäßigen Scharfsinn darin ziemlich bedeutende Unterschiede wahrnehmen. Das ist die dritte Tatsache, aus der sich unmittelbar ergibt, daß jede Schwächung Österreichs in den Tendenzen seiner polnischen Politik eine Stärkung Deutschlands bedeuten würde. Ob eine solche Wirkung den Absichten irgend einer polnischen Politik entsprechen kann, kann sich jeder selbst sagen.

So haben wir also 3 Tatsachen und eine große Menge verschiedenartiger Möglichkeiten, aber nur Möglichkeiten. — Unstreitig sind sie vorteilhafter als alles, was man bei der besten Gestaltung der drei Tatsachen für die polnische Frage deduzieren könnte. Aber ich wiederhole, daß dies alles nur Möglichkeiten sind, deren Verwirklichung außerhalb unseres Wirkungsbereichs liegt.

Worauf beruht also unsere heutige Aufgabe? Sie beruht darauf, mit den Tatsachen in Übereinstimmung zu bleiben und obige Möglichkeiten nicht zu verlieren. Die Aufgabe des Polnischen Klubs ist es, sowohl diese Tatsache als auch jede Möglichkeiten in eine politische Gleichung zu bringen.

Man spricht von der Notwendigkeit einer Revision der Grundlagen unserer Politik. Sehr gut! Jeder fürsorgliche Wirt betrachtet von Zeit zu Zeit sowohl das Dachgerüst, als auch das Fundament des Hauses, ob sie noch in Ordnung sind. Es handelt sich nur darum, daß die Revision dieser Grundlagen nicht zur Vernichtung dieser Grundlagen überhaupt führe, damit eine so revidierte Politik sich eines Tages anstatt auf dem Fundamente der Tatsachen, auf dem Spinnweben von Träumen und Annahmen befinde.

Diese ganze Revision braucht man wiederum nicht tragisch zu nehmen. Die Politik ist eine reale Sache, sogar dann, wenn sie nicht nach allen Regeln der Kunst betrieben wird. Die Politik verträgt keine Dogmen, auch dann nicht, wenn menschliche Verblendung, Einseitigkeit und andere Gebrechen sie auf solche stützen wollten.

Im Laufe dieses Krieges ließ sich die polnische Politik niemals von Dogmen leiten. Sie stützte sich niemals auf irgend welche unerschütterlichen Glaubensartikel oder auf irgend welche Eingebungen, sondern auf die genaue Abwägung von Tatsachen und Schlußfolgerungen aus denselben. Und daß dies nicht so schlecht war, daß niemand von den verantwortlichen polnischen Politikern sein Gewissen durch das Verbrechen eines politischen Fehlers belastet hat, wird jeder zugeben, der imstande ist, den Verlauf und die Entwicklung der Ereignisse dieses Krieges objektiv durchzudenken.

Es gab schon eine viel schwierigere Zeit, als die heutige, da die sogenannte „Revision der Grundlagen der Politik unvermeidlich zu sein schien.“ Es war dies damals, als die siegreichen Russen nicht nur in Galizien, sondern auch im Königreich Polen und in der Nähe von Krakau standen und ihre Kavalleriepatrouillen schon über die Grenzen der Provinz Posen schickten. Und gerade damals „revidierte“ der polnische Adel

Galiziens die Grundlagen seiner Politik nicht, sondern sandte eine Huldigungsdeputation an Kaiser Franz Joseph. Bereits heute läßt sich beurteilen, ob dies richtig oder unrichtig gewesen ist.

Obwohl es also einerseits unzweifelhaft ist, daß der Polnische Klub keine einzige der sich noch bietenden Möglichkeiten einer besseren und gründlichen Lösung der polnischen Frage aus den Augen verlieren darf, so wäre es doch direkt ein nationales Unglück, wenn er, von irgend einer ungesunden Eingebung ergriffen, sich dafür entscheiden sollte, den Boden oben angeführter Tatsachen plötzlich zu verlassen und in den Wolken von Erwartungen und komplizierten Hoffnungen hängen zu bleiben.

Zwei Sachen sind sicher: Zunächst darf der Polnische Klub unter keinen Umständen sein Verhältnis zu der Habsburger Dynastie verderben, da die Beschaffenheit dieses Verhältnisses ein erstklassiger Faktor der polnischen Politik in allen denkbaren Kombinationen und Möglichkeiten ist. Zweitens darf der Klub sich selbst durch die Ruinierung seiner Solidarität nicht schwächen. Das beste politische Programm und die kunstvolle Taktik ist zu nichts nütze, wenn das Subjekt, das dieses Programm ausführt und diese Taktik anwendet, nicht absolut und unbedingt solidarisch ist. Mögen daher die Entschlüsse des Klubs auch fernerhin Zweifel wecken! Das ist noch immer besser, als wenn bei der Jagd nach einer starken Phrase, die das Volk befriedigen soll, die Solidarität oder der Kontakt mit der Dynastie zugrunde gehen sollte.

Es wäre ein Verbrechen an der Nation, das eine oder das andere zuzulassen, ein Verbrechen, das sich weder durch Phrasen — noch durch irgend welche Möglichkeiten gut machen ließe.

So steht die Sache.

Aus Nr. 222 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 14. Mai 1917.

Die Krisis im polnischen Klub.

Im polnischen Klub ist eine Krisis in schärfster Form ausgebrochen. Das Barometer des Klubs deutete zwar schon längst Sturm an, aber die Ereignisse der letzten Tage haben den Ausbruch der Krisis noch beschleunigt. In der Sonntags-Sitzung des Ausschusses des polnischen Reichsrats-Klubs eröffnete der Obmann von Bilinski, daß er die Würde des Vorsitzenden niederlege. In der heutigen vollzähligen Sitzung des Klubs wird der Rücktritt dem Klub offiziell zur Kenntnis gebracht werden. Gleichzeitig mit dem Obmann von Bilinski beabsichtigt das ganze Präsidium zurückzutreten. Die Neuwahlen des Vorsitzenden und der Mitglieder des Vorstandes sollen in einer der nächsten Sitzungen des Klubs erfolgen.

Auf die gegenwärtige Krisis des Klubs sind sachliche und persönliche Gründe von Einfluß gewesen. Zu den ersteren gehört die Frage der Sonderstellung Galiziens, sowie das Verhältnis des polnischen Klubs zur Regierung und die allgemeine polnische Frage, und zu den zweiten gehört die präsidiale Krisis sowie die Affäre Glabinski.

Der Stand in der Frage der Sonderstellung Galiziens ist bekannt. Der von der Regierung auf den 10. Mai anberaumte Termin ist ergebnislos vorübergegangen.

Die Regierung, die anfänglich der Ansicht war, daß sich das, woran der polnische Klub fünf Monate lang gearbeitet hat, in einigen Tagen werde erledigen lassen, ist zu der Überzeugung gekommen, daß die Sonderstellung Galiziens längere Studien und Unterhandlungen erfordere, zu denen eine Zeit von einigen Monaten nötig sei!

Daher entstand die Frage, wie sich der polnische Klub zu dieser neuen Lage stellen soll. In der Sonntags-

sitzung des Ausschusses des Reichsrats-Klubs stellte die Volkspartei den Antrag, die Angelegenheit der Sonderstellung Galiziens als nicht aktuell zu erachten und zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag fand indessen bei den andern Gruppen keine Unterstützung.

Die Sozialisten verlangten alsdann, daß der polnische Klub zur Opposition gegen die Regierung übergehe.

Der Ausschuß faßte aber in der gestrigen Sitzung keinerlei Beschlüsse, sondern vertagte sich bis Montag, weil er von der Voraussetzung ausging, daß eine Festlegung des Verhältnisses des polnischen Klubs zur Regierung erst nach reiflicher Erwägung erfolgen könne. Die Entscheidung hierüber wird heute, Montag, nach neuen Beratungen des Klubs fallen.

In der allgemein-polnischen Frage stellte die Volkspartei weitgehende Anträge, die eine Vereinigung der polnischen Lande verlangen.

Die Frage der Nachfolgerschaft des Dr. von Bilinski stieß auf Schwierigkeiten. Bis jetzt ist es noch ungewiß, wer von den genannten zahlreichen Kandidaten Ausichten haben wird, gewählt zu werden. Die demokratische Gruppe hat zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen. Die Abgeordneten Dr. German und Dr. Leo erklärten, daß sie eine etwaige Wahl nicht annehmen würden. Die Konservativen rücken die Kandidatur des Fürsten Andreas Lubomirski in den Vordergrund.

Die Affäre des Abg. Glombinski wird für die Sitzung des Klubs am 15. d. M. auf die Tagesordnung gesetzt werden. Den Bericht hierüber wird der Abg. Krogulski erstatten.

Aus Nr. 225 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 16. Mai 1917.

Die Beratungen des Polnischen Klubs.

Wien, den 16. Mai 1917.

Gestern beriet der Polnische Klub den ganzen Tag. Die Beratungen hatten einen ruhigen Verlauf. Zu irgend welchen Reibungen zwischen den einzelnen Parteien kam es nicht. Es machte sich zwar eine Verschiedenheit der Ansichten in mancher Beziehung bemerkbar. Die Aussprache jedoch wurde in sachlicher Weise geführt. Zu der gestrigen Sitzung war auch der Abgeordnete Glabinski erschienen.

Zu Anfang der Sitzung wurde der Rücktritt Dr. Bilinskis zur Kenntnis genommen. Die Vertreter aller Gruppen sprachen ihm den Dank für die eifrige Arbeit im Interesse der polnischen Vertretung im Parlamente aus. Alsdann fand eine Aussprache über die Sonderstellung Galiziens statt. Die Volksparteiler verlangten die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung, da die Angelegenheit nicht mehr aktuell sei. Abg. Zieleniewski stellte hingegen einen Kompromißantrag auf Vertagung der Sache, da bis jetzt von seiten der Regierung keine Vorschläge gemacht seien. Diese Frage hat sich jedoch im Laufe der Nachmittagsverhandlungen teilweise als gegenstandslos erwiesen, da man beschlossen hatte, den Rahmen der Aussprache so zu erweitern, daß diese zu einer Aussprache über die polnische Frage im allgemeinen wurde. Es sprachen die Vertreter verschiedener Parteien. Auch der Minister für Galizien Dr. Bobrzynski hat das Wort ergriffen. Aus seiner Ansprache ist die Erklärung hervorzuhellen, daß der Pessimismus in der Angelegenheit der Sonderstellung Galiziens nicht begründet sei und daß diese Angelegenheit, wenn auch nicht durch die gegenwärtige, so doch durch eine künftige Regierung gelöst werden wird, wenn nicht infolge geschichtlicher Ereignisse die Gesamtgestalt der polnischen Frage eine andere werden sollte.

Von den Anträgen, die in der Sitzung gestellt worden sind, ist des Antrag des Abg. Glabinski charakteristisch. Der Antragsteller verlangte ein freies vereinigt Polen mit Zutritt zum Meere und die Berufung der Habsburgischen Dynastie auf den polnischen Thron. Das Präsidium des Polnischen Klubs solle im Sinne dieses Antrages in nächster Zeit den Landtagsklub einberufen und ihm das Projekt einer Adresse an den Thron unterbreiten, in der die Bitte ausgesprochen wird, daß Kaiser Karl bei den Friedensverhandlungen die Initiative zwecks Lösung der polnischen Frage in obigem Sinne in seine Hand nehmen möge.

Aus Nr. 225 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 16. Mai 1917.

Der Rücktritt Bilinski.

... Als Erzellenz Bilinski die Wahl zum Vorsitzenden des Polnischen Klubs und später zum Vorsitzenden des Obersten Nationalen Komitees in unserm Landesteil annahm, wußte er genau, daß er nicht auf Rosen gebettet sein werde. Diese Stellung erforderte damals nicht geringe Opfer. Das Steuer der Nation mit sicherer Hand inmitten der Verwicklung der widersprechendsten Hoffnungen und Aussichten für die Zukunft zu halten, war nicht leicht. Man durfte die Angelegenheiten der hohen nationalen Politik nicht aus den Augen lassen, mußte sich aber zugleich auch um die alltäglichen Angelegenheiten bemühen, um dem wachsenden Elend im Lande abzuhefen. Niemand wird sagen können, ob alles, was geschehen konnte, auch tatsächlich geschehen ist. Niemand wird aber auch bestreiten können, daß man für die alltäglichen Angelegenheiten viel erreicht hat. Heute wird in der Frage des Wiederaufbaus des verwüsteten Landes der Polnische Klub einen bedeutend leichteren Weg haben. Nach dieser Richtung hin wird man auch fernerhin an dem Programm festhalten müssen, das durch den zurücktretenden Vorsitzenden aufgestellt worden ist.

Dr. Bilinski hat aber auch an das große politische Programm gedacht, dessen Durchführung ihm übertragen worden war. Dieses Programm wurde zu Anfang des großen Krieges aufgestellt und nach außen hin durch die Bildung des Obersten Nationalen Komitees in Kraukau dokumentiert. Dieses Programm hat bekanntlich keine Verwirklichung erlebt und gehört gegenwärtig schon der Vergangenheit an. Man darf dem zurücktretenden Vorsitzenden nicht die Schuld beimessen, daß dieses Programm keinen Erfolg gehabt hat oder daß nur ein solches Programm aufgestellt worden ist. Dieses hat nur das Schicksal aller Kriegsziele geteilt, die von den einzelnen Völkern zu Anfang des großen Ringens aufgestellt worden sind. Seine Grundlage bildete die Hoffnung auf den vollständigen Sieg über Rußland und auch die Vereinigung des Königreichs Polen mit dem Hause Habsburg.

Heute, nach 33jährigen Kämpfen, stellt sich die polnische Frage ganz anders dar. Von einem vollen Siege einer der beiden kämpfenden Seiten kann nicht die Rede sein. Heute gibt die österreichisch-ungarische Regierung öffentlich bekannt, daß sie an keine Eroberungen auf Kosten des russischen Staates denkt. Heute ist nur noch von einem unabhängigen polnischen Staate die Rede, dessen Existenz die Mittelmächte verbürgt, manche neutrale Staaten zur Kenntnis genommen und auch alle Entente-Staaten feierlich angekündigt haben. Heute hat der Verlauf der kriegerischen Ereignisse die Notwendigkeit einer Revision des politischen Programms unserer nationalen Politik und der Direktiven, an die sich der Polnische Klub bei seinem Auf-

treten und seinen politischen Verhandlungen in Zukunft halten soll, bewirkt.

Die politische Frage, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen in den Vordergrund tritt, ist die Bestimmung der Grenzen des zukünftigen unabhängigen polnischen Staates. Dieser Punkt ist in der Novemberproklamation der beiden Monarchen offen geblieben. Von verschiedenen ernstlichen politischen Vereinigungen wird das Programm der Vereinigung aller polnischen Gebiete, dessen Erfüllung natürlich unsere nationalen Hoffnungen in vollem Umfange befriedigen würde, in den Vordergrund gestellt. Hat jedoch ein solches Programm einige Aussichten auf Verwirklichung? Schon General Babianski, einer der Vertreter des Programms der Vereinigung der polnischen Gebiete, hat in einer Unterredung, die er in Stockholm einem Berichterstatter des „Nz Est“ gewährt hat, dieses Programm einigermaßen modifiziert. Er sprach von internationalen Garantien für das polnische Volk für den Fall, daß gewisse Teile desselben außerhalb der Grenzen des entstehenden polnischen Staates bleiben sollten. Nicht von irgend welchen Elementen, die uns gegenüber unfreundlich gesinnt sind, würde alsdann das Schicksal der Polen abhängen, sondern es würde unter dem Schutz des Völkerrechts stehen und durch die Kraft der Garantiemächte gesichert sein.

Auf jeden Fall haben die sich nähernden Friedensverhandlungen vor dem polnischen Volk ganz neue Aussichten eröffnet. Es ist daher kein Wunder, daß der bisherige Vorsitzende des Klubs, der das heute nicht mehr aktuelle Programm vertreten hat, zurücktritt.

Es wird dem polnischen Klub schwer werden, ohne Erzellenz Bilinski als Vorsitzenden auszukommen. Es scheidet mit ihm ein Mann von unermüdlichem Fleiße und großer persönlicher Opferwilligkeit, ein Mann, der durch seinen Einfluß und die Stellung, die er in der Monarchie einnahm, die Stellung des Vorsitzenden des Klubs bedeutend stärkte. Sein Taft und seine persönlichen Vorzüge erleichterten die Vereinigung aller polnischer Parteien im Klub und waren imstande, die Solidarität im Klub aufrechtzuerhalten. Nachdem er der Reihe nach die höchsten amtlichen Stellungen in der Monarchie bekleidet hat, und zwar als Eisenbahnminister, zweimal als Finanzminister, als Generalgouverneur der österreichisch-ungarischen Bank und als gemeinsamer Finanzminister, hat Erzellenz Bilinski dadurch, daß er dauernd mit den höchsten staatlichen Fragen in Berührung kam und an ihrer Entwicklung mitgewirkt hat, für die Stellung des Vorsitzenden des Klubs eine ungeheure Menge von politischen und administrativen Erfahrungen mitgebracht, die in dieser entscheidenden Zeit dem Klub sehr nötig sind.

Einen zweiten Staatsmann von ähnlicher Bedeutung wird man in Polen so leicht nicht finden. Der Klub wird sein Fehlen sehr fühlen. Da wir jedoch die unermüdliche Arbeitskraft des zurücktretenden Vorsitzenden und seine Hingabe an öffentliche Angelegenheiten können, dürfen wir die Hoffnung hegen, daß Erz. Bilinski unserm politischen Leben nicht völlig verloren gehen wird.

Aus Nr. 227 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 17. Mai 1917.

Wichtige Beschlüsse des Polnischen Klubs.

Wien, den 17. Mai 1917.

Im Laufe des gestrigen Tages hat sich plötzlich eine Änderung der politischen Lage vollzogen. Wie bekannt, sollte der polnische Klub am 14. d. Mts. mit der Regierung die Vereinbarung in Sachen der Sonder-

stellung Galiziens ratifizieren. Anstatt dessen brach eine Präsidialkrisis aus, der sicherlich auch eine Krisis im Ministerium für Galizien folgen wird. Der Polnische Klub nahm eine für die Regierung unfreundliche Entschliessung an, die über den Rahmen des Beschlusses des galizischen Landtagsklubs vom 16. August 1914 hinausgeht.

Eine oppositionelle Stimmung herrschte im Polnischen Klub schon am Dienstag. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß Graf Clam Martiniec von allen Gruppen eine ablehnende Antwort erhielt, als er an diesem Tage die Vertreter aller Gruppen der polnischen Fraktion zu einer Konferenz auf 8 Uhr abends einlud. Wir wissen noch nicht, welche Schlußfolgerungen Graf Clam Martiniec aus dem kurz vor der Reichsratssession gefassten Beschlusse des Polnischen Klubs ziehen wird. Ob er auf seinem Posten verbleiben oder ein anderer seine Stelle einnehmen wird, wird jede Regierung mit der Tatsache rechnen müssen, daß die Zeiten, in denen der Polnische Klub jede Regierung unterstützte, längst vorüber sind. Die in dem Polnischen Klub herrschende Stimmung ist ein Spiegelbild der Stimmung im Lande, die durch den dreijährigen Krieg, durch die Kriegswirtschaft und durch die schrecklichen Leiden der Bevölkerung hervorgerufen worden ist, für welche nicht alle politischen Faktoren in Wien ein Verständnis haben.

Der politische Sturm, der in dem Polnischen Klub vier Tage lang tobte, hat die Grundlagen der bisherigen grundsätzlichen Politik des Polnischen Klubs vernichtet. Ein Antrag der Volksparteiler, der von dem Polnischen Klub angenommen wurde, enthält einen wichtigen Absatz, welcher das Vertrauen des polnischen Volkes zu dem Monarchen und der Dynastie Habsburg zum Ausdruck bringt. Das polnische Volk weiß, daß es in der erhabenen Person des Monarchen einen wohlwollenden Fürsprecher und Bundesgenossen hat. Möge die Polenfrage diese oder jene Wendung nehmen, so steht das eine fest: das herzliche und aufrichtige Verhältnis der Polen zu der habsburgischen Dynastie wird alle Stürme überdauern.

Gestern vormittag versammelte sich der parlamentarische Ausschuß des Polnischen Klubs, um über die demselben in der Dienstags-Vollsitzung zwecks Stellung entsprechender Vorschläge vorgelegten Anträge zu beraten. Die Abgeordneten German und Redzior legten ihre Ämter als Vizepräsidenten nieder, worauf der Ausschuß beschloß, mit der Wahl des Vorsitzenden gleichzeitig auch die Wahl der Stellvertreter zu verbinden.

Die Hauptsitzung des Polnischen Klubs begann um 3 Uhr nachmittags und dauerte bis 7 Uhr abends. Der Minister Bobryński beteiligte sich an diesen Beratungen nicht. Gerüchweise verlautete, daß er zum Vortrage beim Kaiser befohlen sei.

Gegenstand der Beratungen waren drei Sachen

1. Die Sonderstellung Galiziens,
2. die allgemein-polnische Frage,
3. das Verhältnis des polnischen Klubs zur Regierung.

In der ersten Sache wurde ein Kompromiß-Antrag des Abg. Zieleniewski in dem Sinne beschlossen, daß der polnische Klub wegen Mangels an Vorschlägen seitens der Regierung zu Beratungen und Beschlüssen in der Frage der Sonderstellung Galiziens keine Unterlagen habe.

In der allgemein-polnischen Frage wurde (Zensurlücke) der Antrag des Abgeordneten Tetmajer angenommen.

(Zensurlücke.)

Mit der Annahme dieses Antrages fielen die Anträge der Abgeordneten Glabinski und Leo. über den Antrag des Abg. Daszynski fand eine besondere

Abstimmung statt. Dieser Antrag erlangte jedoch keine Stimmenmehrheit.

In Sachen der Stellung des polnischen Klubs zur Regierung wurde der Antrag des Abg. Stęslowicz mit 35 Stimmen angenommen. Im Sinne dieses Antrages erklärt der polnische Klub, daß er die Regierung wegen ihres passiven Verhaltens und ihrer Gleichgültigkeit in den wichtigsten Fragen Galiziens fernerhin nicht werde unterstützen können. Der polnische Klub hoffte bis dahin, daß die Regierung ihr System den Polen gegenüber ändern werde. Da diese Hoffnung getäuscht worden ist, da die Zivil- und Militär-Behörden die Lage des vernichteten und zerstörten Landes nicht berücksichtigt, da das System des Regierens ohne die Polen weiter andauert, muß der polnische Klub seine Stellung der Regierung gegenüber ändern.

Die Anträge der Abg. Diamand, Angermann und des Fürsten Lubomirski fanden keine Stimmenmehrheit.

Aus Nr. 227 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 17. Mai 1917.

Die Angelegenheit des Abgeordneten Glabinski.

Wien, den 17. Mai 1917.

Die Angelegenheit des Abgeordneten Glabinski ist in der Sitzung des Klubs nicht behandelt worden. Der Abg. Glabinski hat nämlich unter dem 14. d. Mts. an das Präsidium des polnischen Klubs ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß sein Brief vom 21. April einen rein privaten Charakter habe und sich deshalb zu einer Erörterung im Klub nicht eigne.

Aus Nr. 228 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 18. Mai 1917.

Das Verhältnis des Polnischen Klubs zur Regierung.

In der Angelegenheit betreffend das Verhältnis des Polnischen Klubs zur Regierung hat der Klub mit 35 Stimmen einen von dem Abg. Stęslowicz im parlamentarischen Ausschusse gestellten Antrag folgenden Inhalts angenommen:

Wie in den Angelegenheiten der allgemeinen polnischen Politik, so ist der Polnische Klub auch in den wichtigsten Angelegenheiten des Landes während der ganzen Kriegsdauer auf eine Gleichgültigkeit und Untätigkeit der Regierung gestoßen. Der polnische Klub hat bisher der gegenwärtigen Regierung gegenüber einen abwartenden Standpunkt in der Erwartung eingenommen, daß die Regierung eine Änderung des ganzen, seit Beginn des Krieges gegen die Polen angewendeten Systems durchführen werde. Da dieses aber trotz mehrfacher Versprechungen nicht geschehen ist, das Auftreten und Verhalten der Behörden die Interessen des Landes nicht berücksichtigt wird und das Regieren ohne die Mitwirkung der Polen sogar sich festzulegen scheint, erklärt der Polnische Klub, daß er die Regierung nicht unterstützen wird.

Aus Nr. 231 des Czas (Kraufau)
vom 21. Mai 1917.

Der ukrainische Klub des Wiener Reichsrats

hat nach dem Kraufauer „Czas“ in einer an die gegenwärtige Regierung des Grafen Clam-Martiniec gerichteten Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß sie gegenüber dem ukrainischen Volke das Versprechen, sich ausschließlich vom österreichischen Staatsgedanken leiten zu lassen und alle österreichischen Völker gleichmäßig zu behandeln, nicht gehalten und insbesondere

in der Frage der Sonderstellung Galiziens einseitige Verhandlungen mit dem Polnischen Klub geführt sowie Verpflichtungen übernommen habe, ohne die Reichratsvertretung des Ukrainischen Klubs gehört und ohne sie von den einseitig übernommenen Verpflichtungen in Kenntnis gesetzt zu haben. Infolgedessen habe die ukrainische Vertretung des Reichsrats beschlossen, gegen diese Regierung im Reichsrat eine oppositionelle Haltung einzunehmen.

Aus Nr. 117 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 19. Mai 1917.

Entſchiedenheit.

...Am 30. Mai tritt das Parlament zuſammen, in dem das Kabinett ohne eine Mehrheit ſein wird. Wenn alſo Graf Clam-Martinic den politiſchen Hauptgrundſatz noch nicht kennt, daß Regieren — Vorausſehen bedeutet, dann wird er ſich, wenn nicht alle Anzeichen trügen, überzeugen, das Vorausſehen — Regieren heißt, aber nicht Zurücktreten. Der Polniſche Klub hat zur Unterſtützung ſeiner Entſchloſſenheit die ganze Entſchiedenheit der öffentlichen Meinung hinter ſich; das Land begrüßt mit Anerkennung ſein Auftreten in Verteidigung ſeiner Rechte und Forderungen. Deſſen mag die Regierung ſicher ſein, ſowohl die gegenwärtige, wie auch die zukünftige, daß es ſich nicht um Perſonen handelt, ſondern um das Syſtem. Wer ein gerechtes und demnach ein verſtändiges Syſtem einführen wird, der wird das Räſſel der Präſidentſchaft des Wiener Kabinetts löſen. Dieſes lautet ſehr einfach, nämlich, ob es möglich iſt, gegen die Polen zu regieren. Auf dieſe Frage kann es nur eine einzige Antwort geben. Man kann zugeben, daß das Wiener Kabinett es nicht nötig hatte, ſich den Kopf darüber zu zerbrechen; aber dieſe Tatſache iſt heute bereits eine geſchichtliche Erinnerung, und keine politiſche Aktualität. Davon hat ſich Graf Clam-Martinic überzeugt, und es wird ſich, deſſen ſind wir ſicher, jeder Wiener Politiker davon überzeugen, der Luſt verſpüren wird, ſich mit dieſem gefährlichen Räſſel zu befaſſen.

Die Stellung des Polniſchen Klubs in der polniſchen Frage als ſolcher war ein zweites Problem. Es laſtete auf den polniſchen Abgeordneten Galiziens als auf den Vertretern eines polniſchen Landesteils. Unſer Volk hatte das Recht, von ihnen zu erfahren, was ſie über die Zukunft des Vaterlandes denken und wie ſie die polniſchen Wünſche und Hoffnungen, die ſich an die gegenwärtige geſchichtliche Umwälzung knüpfen, formulieren werden. Lange hat leider der Polniſche Klub dieſe moralische Pflicht, die unter den heutigen Verhältniſſen auch eine bedeutungsvolle politiſche Pflicht iſt, hinausgeſchoben. Aber es iſt heute keine Zeit zu Betrachtungen, da doch dieſe Pflicht erfüllt worden iſt.

(Zensurlücke).

Der Polniſche Klub hat dem Monarchen ſeinen huldigenden Dank für die Antwort erſtattet, die dieſer ſeiner Abordnung in Kraſau erteilt hat, in der „die aufrichtigſten Sympathien für das polniſche Volk und volles Verſtändnis für ſeine Bedürfniſſe“ Ausdruck gefunden haben. Der Polniſche Klub hat erkannt, daß es in der gegenwärtigen Lage keine Grundlagen zu Beratungen und Beſchlüſſen in der Angelegenheit der Sonderſtellung Galiziens gibt. (Zensurlücke).

Es konnte dies nicht anders ſein, da der Krieg die Unabhängigkeit Polens aus Tageslicht gebracht hat, da die ganze Welt, heute von dieſer Loſung widerhallt, da man zu beiden Seiten der Kampfſront dieſe Loſung nicht nur als eine der notwendigen Folgen der heutigen Kataſtrophe, ſondern auch direkt als eins der Kriegsziele erkannt hat. Dieſe Ziele können durch

ihren moralischen Inhalt, durch ihren Grundgedanken der politiſchen Gerechtigkeit und der politiſchen Ethik vor dem Urteil der Geſchichte erklären, was ſeit drei Jahren Unmenſchliches und Ungeheuerliches geſchieht. Die Menſchheit ſchaudert vor dem Gedanken, daß ſoviel Blut wegen materieller Vorteile, wegen des Imports oder des Exports oder ähnlicher Sachen vergoſſen werden konnte. Der moralische Sinn der Welt mußte höhere Ziele ſuchen, und unter dieſen ſteht die Unabhängigkeit Polens, die Wiedergutmachung des an ihm begangenen Unrechts und die Wiedererweckung ſeines ſtaatlichen Dafeins in erſter Reihe. So will es die ſittliche Weltordnung, ſo der politiſche Verſtand, der nach Wiederherſtellung von normalen Verhältniſſen in Europa ſtrebt, um durch dieſe den anormalen, auf Unrecht und Geſetzeswidrigkeit beruhenden Zuſtand zu erſetzen.

In einigen Tagen verſammelt ſich in Kraſau der Polniſche Landtagsklub, die höchſte politiſche Inſtanz Galiziens. Wir hegen die Hoffnung, daß auch ſeine Beratungen ſich zu derſelben Höhe aufſchwingen werden, die der polniſche Reichsratsklub durch ſeinen Beſchluß vom Dienſtag erreicht hat. Es gibt Tage, in denen das Wort die Tat bedeutet. Gerade ein ſolches Wort hat unſer Volk von ſeiner Vertretung in Wien gehört. Möge ebenſo erhebend und ebenſo erquickend die Loſung ſein, unter der ſich alle Strömungen und politiſchen Richtungen dieſes Landesteils, die im Landtage und den beiden Häuſern des Staatsrats vertreten ſind, vereinigen. Denn dann werden ſie ebenſo mit dem Volk ſein, wie das Volk mit ihnen iſt. Die Zeit des Rufens iſt gekommen; man muß rufen, damit uns die Welt hört.

Aus Nr. 231 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 20. Mai 1917.

Gegenüber dem neuen Rußland.

Unter dieſer Überſchrift ſchreibt das Kraſauer Blatt u. a.:

In Anbetracht deſſen, daß das Zartum nicht nur aus Polen gewichen, ſondern auch nicht mehr wiederkehren wird, weil es inzwischen zu beſtehen aufgehört hat, drängt ſich dem polniſchen Gemüt und Gewiſſen die Frage auf, welche Haltung Polen zu dem neuen erſt werdenden Rußland einnehmen ſoll.

Ohne lange Auslaſſungen kann man in unzweifelhaftem Einverſtändnis mit dem guten Inſtinkt der ganzen polniſchen Volksgeſamtheit feſtſtellen, daß dieſe Haltung von Wohlwollen, von einem verſtändigen, von aller Begeiſterung freien Wohlwollen für das ruſſiſche Volk und deſſen Ziele gekennzeichnet ſein ſollte, Ziele, die es innerhalb der Grenzen ſeines rieſigen ethnographiſchen Gebietes ſich ſteckt oder auf dem Wege der vollen Entwicklung der Fülle ſeiner ſchlummernden geſchichtlich-ſchöpferiſchen Kräfte ſtecken wird. Eine raſche Feſtlegung dieſer Ziele ſeitens des ruſſiſchen Volkes und eine raſche Auffindung des Weges zu dieſer Fülle liegt in dem wohlverſtandenen Intereſſe der ganzen geſitteten Menſchheit und der ganzen weißen Raſſe. Um ſo mehr mußte das auch in unſerem Intereſſe liegen, da die geſchichtliche Fügung uns für immer zu weſtlichen Nachbarn Rußlands gemacht hat.

Das große Intereſſe an der Wiedergeburt Rußlands oder vielmehr an der Geburt des neuen Rußlands, an ſeiner inneren Konſolidierung und Erſtarkung hat auch das öſterreichiſche Kabinett erkannt, das unlängſt öffentlich feſtſtellte, daß die öſterreichiſch-ungariſche Monarchie nicht mit dem ruſſiſchen Volke gekämpft hat oder heute noch kämpft, weil ſie von ihm keinerlei feindſelige Akte gegen ſich erwartet und auch gegen dieſes keine feindlichen Abſichten hegt.

Dieser geschichtlich begründete und politisch kluge Standpunkt deckt sich vollständig mit dem polnischen Standpunkte und sicherlich auch mit den Anschauungen aller der österreichisch-ungarischen Monarchie angehörigen Völker.

Keins derselben kann ein Interesse haben an der weiteren Erschöpfung Rußlands, an einer anarchischen Verwirrung seiner inneren Verhältnisse und an seinem Untergange als einer großen öffentlichen Macht, die noch sehr große geschichtlich-zivilisatorische Aufgaben zu erfüllen hat. Alle Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie haben daran ein Interesse, daß dieser sechste Teil des Festlandes, den Rußland einnimmt, sich in einem geordneten Leben befinde, daß das russische Volk ruhig und intensiv alle seine riesenhaften Schätze umgestalte, mit denen die Natur sein Land so reichlich ausgestattet hat, denn nur eine solche Sachlage kann für alle andern Völker Europas von Nutzen sein, insbesondere für diejenigen, die bald unmittelbar, wie wir, bald mittelbar Rußland benachbart sind.

Der in Rußland selbst wütende Kampf mächtiger Parteien um diese oder jene Beendigung des Krieges beweist, daß dort ein klares Bewußtsein darüber besteht, daß der ganze Prozeß der Schaffung eines neuen Rußlands erst nach dem Kriege beginnen kann und daß Rußland, um seinen inneren Umbau wirklich beginnen zu können, schleunigst den Krieg beenden muß, um sich dem Reize derjenigen Verpflichtungen zu entziehen, in das sie seine gegenwärtigen Verbündeten mit England an der Spitze verstrickt haben.

Das polnische Interesse im Verhältnis zu Rußland erfordert, daß der Kriegszustand zwischen diesem und den Mittelmächten schnellstens aufhöre. Dasselbe verlangt auch das Interesse der Monarchie und aller zu ihr gehörenden Völker aus den oben angedeuteten Gründen, weil wir ein seiner vollen Entwicklung fähiges Rußland brauchen — und nicht ein anarchisches Rußland, das durch England auf das Niveau eines neuen — Indien herabgedrückt ist.

Es ist notwendig, daß das russische Volk die Überzeugung gewinne und sich darin beseftige, daß sowohl die Polen als auch alle Völker Mitteleuropas wünschen, mit dem neuen Rußland in einer freundschaftlichen Eintracht zu leben, und nicht etwa danach trachten, demselben ein Unrecht zuzufügen oder es in irgend einer Weise in der Möglichkeit seiner unermesslichen Entwicklungen zu beschränken, so daß es sich also ruhig zu einem Friedensschluß entschließen kann, der die Grundlage guter nachbarlicher Verhältnisse bilden würde.

Aus Nr. 110 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 16. Mai 1917.

Die polnischen Standarten in Moskau.

Im Sitzungsaal des Vorstandes des polnischen Komitees fand am 18. April d. Js., unter Vorsitz des Herrn J. Gwert eine Versammlung sämtlicher polnischen Organisationen in Moskau in Sachen der Herausgabe der polnischen Standarten durch die russische Regierung statt. Nach einer lebhaften Debatte wurde von der Versammlung folgender Beschluß gefaßt:

„Die versammelten Delegierten sämtlicher polnischen politischen und wirtschaftlichen Organisationen in Moskau haben beschlossen, eine Deputation an die Vertreter der Regierung und der Militärbehörden mit dem Ersuchen zu schicken, die polnischen Standarten zu Händen des Vorsitzenden der Liquidationskommission, Herrn Lednicki, auszuliefern, der diese nationalen An-

denken als Depositen aufbewahren und bis zu der Zeit behalten wird, bis sie dem freien, unabhängigen polnischen Volke werden zurückgegeben werden.“

Außerdem wurde ein Telegramm an den Ministerpräsidenten Fürsten Lwow, an den Minister des Äußeren Milukow und an den Kriegsminister Guczkow mit dem Ersuchen abgesandt, die Standarten Lednicki als dem Vorsitzenden der Liquidationskommission auszuhandigen und die früheren anders lautenden Verfügungen der Militärbehörden aufzuheben.

Das „Echo Polskie“ vom 21. April teilt nun mit, daß der Ministerpräsident Fürst Lwow folgendes Telegramm an Lednicki gesandt hat:

„Die Provisorische Regierung sieht kein Hindernis, die polnischen Standarten aus dem Jahre 1830 Ihnen als dem Vertreter des polnischen Volkes auszuliefern. Der Kommandantur des Moskauer Militärbezirks wurden dementsprechende Weisungen erteilt.“

Es wurde dann in dieser Angelegenheit eine neue Versammlung abgehalten, in der einstimmig beschlossen wurde, daß von den 81 polnischen Standarten, die sich in der Rüstkammer des Kreml befinden, 77 Standarten, die nach der Einnahme Warschaws am 8. September 1831 durch die Armee des Zaren aus dem Nationalmuseum in Warschau weggenommen und keineswegs auf dem Schlachtfelde erobert wurden, dem polnischen Volke zurückzugeben seien, weil die siegreiche russische Revolution durch die Herausgabe derselben das Recht des polnischen Volkes zum Kampfe mit dem Zarentum moralisch in einer feierlichen Weise sanktionieren würde. Dasselbe betreffe die Standarte des zweiten polnischen Jägerregiments, die von diesem Regiment dem Zaren Nikolaus I. ausgeliefert wurde. Die drei Standarten der polnischen Legionen aus der Ära Napoleons, die durch die russische Armee im Kampf erobert wurden, bildeten eine besondere Kategorie. Die Versammlung könne betreffs derselben, da sie ausschließlich die Herausgabe der polnischen Standarten aus der Zeit der polnischen Revolution verlange, — keinen Beschluß fassen.

Der „Dziennik Polski“ (Petersburg) vom 21. April teilt nun folgendes Communiqué der Petersburger Agentur mit:

„Der Kriegsminister Guczkow hat die Herausgabe derjenigen polnischen Standarten angeordnet, welche der polnischen Armee während des Aufstandes im Jahre 1830 weggenommen und im Zeughause aufbewahrt wurden. In der Kommission zur Übernahme des Zeughausbesitzes durch die Stadtverwaltung hat aber diese Angelegenheit gewisse Bedenken hervorgerufen. Die polnischen Standarten hätten nämlich — so meinte man — historische Bedeutung, und sie seien ein glänzendes Zeugnis der früheren geschichtlichen Eroberungen Rußlands. Wenn nun die polnischen Standarten zurückgegeben werden sollten, so müßte man ebenso alle Trophäen der früheren siegreichen Kriege Rußlands herausgeben. Es sei auch fraglich, ob auf Grund der Verfügung eines Ministers ein Staatsgut an irgend jemanden ausgeliefert werden dürfe; außerdem wüßte man noch nicht, wie sich die neue polnische Regierung zu Rußland stellen werde und welche Bestimmung diese Standarten erhalten würden. Angesichts dessen hat die Kommission ihr Mitglied Grabar und den Vorsteher des Zeughauses Arsenjew nach Petersburg geschickt zwecks Aufklärung aller dieser Zweifel und zwecks Aufhebung der erlassenen Verfügung.“

Nr. 132 des Kurjer Polski (Warschau)

vom 17. Mai 1917

widmet einen Artikel der Frage, was nach dem Kriege mit dem Rapperswyl polnischen Nationalmuseum geschehen soll. Der Gründer des Museums, Graf Plater, hatte in seinem Testamente festgesetzt, daß das Museum Eigentum der Nation zu sein habe und einst von der Regierung des unabhängigen Polens in Besitz genommen werden soll. Der Bibliothekar des Museums, Stanislaw Zielinski, äußert sich dahin

(seine Ansicht wird vom Blatte zitiert), daß der überwiegende Teil der Museumsammlungen und der Bibliothek nach Polen zu verlegen sei, der Rest aber in Rapperswyl zu Informationszwecken verbleiben sollte. Beim Rapperswyl Museum besteht als besondere Institution der Nationalschatz, der 351 000 Franken enthält. Zielinski meint, daß dieses Geld den polnischen Legionen gehöre, da es für die Erringung der Unabhängigkeit gesammelt wurde.

(Aus Nr. 98 des Warschauer Tagesberichts vom 18. Mai 1917).